

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitzeile oder deren Raum 80.-

Inhalt: Der außerordentliche Verbandstag. — Ein Tarifbruch und seine „Rechtsfertigung“. — Wirtschaftliche Ausstellung. — Politische Umstau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Aus Frankreich. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Lehrlingswesen. — Central-Krankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus anderen Vereinen. — Generelle Rechtspflege und Arbeiterversicherung: Arztliche Sachverständige bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Berichtseines. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Hausschild: Das billige Haus.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Hannover, den 31. August.

Der außerordentliche Verbandstag wurde am gestrigen Sonntag eröffnet. In dem mit Emblemen und Sinnprüchen festlich geschmückten geräumigen Saale des „Lindenholz“, von dessen Bühne herab die Schwabische Büste der Freiheit auf die Teilnehmer herabschaute, hatten sich schon am Nachmittag zahlreiche Gäste eingefunden. Die Zahl der Delegierten beträgt 282.

Gegen 7½ Uhr, nachdem der vom Massenchor der Freien Sänger vorgetragene Böhmisches Festgruß verklangen war, ergreift

Meißner-Hannover das Wort, um im Namen des Lokalkomitees den Verbandstag willkommen zu heißen. Redner gab einen kurzen Überblick über die Geschichte der Maurerbewegung in Hannover und wies auf die dem Verbandstag bevorstehenden Aufgaben hin. Donnernd durchbrach das dreimalige Hoch auf die klassenbewusste Arbeiterbewegung und den Zentralverband der Maurer, mit dem er seine Ansprache schloß und in welches die Anwesenden begeistert einstimmt, durch den Saal.

Hierauf bestieg der Verbandsvorsitzende Bömelburg das Rednerpult, um den Delegierten und Gästen in zu Herzen gehender Weise die Bedeutung des diesmaligen Verbandstages vor Augen zu führen. Es handelt sich darum, angesichts der außerordentlichen Verhältnisse außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Das Unternehmertum hat die Zeit für gekommen zu halten, einen großen Schlag gegen die Arbeiterorganisationen des Baugewerbes auszuführen. Der Maurerverband im Verein mit den Bruderverbänden hat eine Bewegung hinter sich, wie sie an Umfang und Bedeutung fast einzig dasteht. Die Bewegung konnte aber nicht geführt werden ohne taktische Maßnahmen, die etwas abweichen von den bisher gebräuchlichen, und daraus hat sich eine kleine Verstimmung ergeben, die es notwendig erscheint, daß die Leitung des Verbandes über ihr Tun und Lassen Redenrecht ablegt. Weiter handelt es sich darum, neue Richtlinien für die zukünftigen Arbeiten zu schaffen. Der zukünftige Gesichtsschreiber der deutschen Maurerbewegung wird wahrscheinlich konstatieren müssen, daß der diesmalige Verbandstag eine der bedeutungsvollsten Tagungen des Verbandes gewesen sei.

Die beiden Städte Hannover und Linden sind von großer Bedeutung für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Hannover hat seit vielen Jahren ununterbrochen einen Arbeiter als Vertreter in den Reichstag entsandt und Linden hat die Ehre — abgesehen von Berlin — den ersten Sozialdemokraten für den preußischen Landtag gewählt zu haben. (Stürmischer Beifall). Aber auch für die Bewegung im Baugewerbe ist vornehmlich Hannover sehr bedeutend, die Bauarbeiter Hannovers haben regen Anteil an allen Bestrebungen zur Hebung der Lage ihrer Berufskollegen.

Genommen. Als es zu Anfang der 80er Jahre möglich war, von neuem an den Ausbau der Organisationen zu gehen, da hat Hannover an erster Stelle gestanden, wie wir es auch in der jetzigen Periode der Maurerbewegung wieder an der Spitze finden. Allerdings hat es jahrelanger Arbeit bedurft, ehe es soweit gekommen ist. Im Herbst 1899 hat die Zahl der organisierten Maurer Hannovers sich auf 715 belaufen, heute beträgt sie über 3000. Die Berufskollegen haben von der Organisation auch nur Vorteil gehabt; der Stundenlohn ist von 28 Pf. im Jahre 1885 auf 42 Pf. im Jahre 1895 und dann weiter auf 62½ Pf. gestiegen, die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden gesunken. Besonderen Anteil an der Bewegung hat Albert Paul genommen, einer der Senioren, dessen Name einen guten Klang hat, und der erfreulicherweise heute unter den Anwesenden weilt (Beifall). Redner beruft die Gelegenheit, angesichts der Delegierten aus dem ganzen Lande dem Kollegen Paul für sein Wirken herzlichen Dank auszusprechen. (Beifall).

Die Zukunft steht an die Organisation ungeheure Aufgaben. Eine gewaltige Krise durchweht das gesamte Wirtschaftsleben und erschwert den Arbeitern ihren Kampf. Die Organisationen der Unternehmer rüsten sich, um zum Schlag gegen die Arbeiterorganisationen auszuholen. Daher muß die Parole lauten: Einig sein und rüsten, zum Kampf! Auch die Frauen sind verpflichtet, den Männern im Kampfe beizustehen. Es gilt das feierliche Gelöbnis abzulegen: Treu und fest auszuharren am Weltentwurf der schaffenden Arbeit, nicht zu wanken, nicht zu zittern und zu zagen, selbst nicht im Augenblick der größten Gefahr. Wenn die Delegierten von ihrer Aufgabe durchdrungen sind, dann wird der Verbandstag segensreiche Arbeit verrichten. (Sehrhafter Beifall.)

Von stürmischem Beifall begrüßt, richtete sodann Albert Paul Worte des Dankes für die ihm zu teil gewordene Anerkennung an den Verbandstag. Er bat, niemals zu vergessen, daß nur in der gemeinsamen Arbeit die Kraft liegt, wie es schon in dem alten Richtspruch heißt:

Nicht nur, wer oben auf
Siegel des Daches bauen
Oder der Säulen kaufen,
Soll Lohn und Doult gewinnen.
Gebot soll jeder sein.
Der da, groß oder klein,
Arbeitet am höchsten Dache.
Oder im tieffesten Gemüse.
Denn wenn der nicht tanzt mit dem Sand
Und Jener nicht mit dem Kalke,
So stände nicht diese Wand
Und läge nicht jener Vale.
Aus dem Kleinsten fest
Sich Großes zusammen zulegt,
Und keiner darf fehlen von allen,
Wenn nicht das Ganze soll fallen.

Der Verbandstag konstituierte sich sodann und wählte Barmstorf-Hannover, Silberschmidt-Berlin und Bömelburg zu Vorsitzenden, Borgmann-Bremen, Dege-Hagen, Meißner-Hannover, Grünhagen-Danzig, Thöns-Berlin und Ziegler-Nürnberg zu Schriftführern.

Bon ausländischen Gästen sind bisher eingetroffen: Franz Siegel-Wien, Achterberg-Amsterdam, Garbay und Bokany-Budapest. Erwartet werden noch Käppler-Basel und Duaglino-Turin.

Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am Montag mit der Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, des Kassierers, des Ausschusses und der Redaktion des „Grundstein“.

Ein Tarifbruch und seine „Rechtsfertigung“

Schon in Nr. 33 des „Grundstein“ berichtet wie über recht sonderbare Vorgänge im Kieler Plattenlegergewerbe. Es wurde gemeldet, daß die dortigen Unternehmer des Plattenlegergewerbes der vertraglich eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich des Lohnes überdrüssig geworden seien und versucht, bedeutend geringere Lohnsätze einzuführen. Den Widerstand der geschädigten Arbeiter beachteten sie nicht, und sie ließen es sogar zum offenen Konflikt, zur Sperrung einzelner Geschäfte kommen; aber auch das vermochte sie nicht zur Umkehr zu bewegen. Dies Verhalten der Kieler Plattenleger ist ein offener und bewußter Tarifbruch.

Der heute in Kiel gültige Tarif für das Plattenlegergewerbe wurde am 7. Mai 1908 ohne jeglichen Kampf, lediglich durch Verhandlungen, abgeschlossen, mit der Maßgabe, daß er bis zum 15. Mai 1908 Gültigkeit habe, jedoch dann, wenn er bis dahin von keiner Seite gekündigt würde, stillschweigend auf ein Jahr weiterlaufe. Diese Kündigung ist nicht erfolgt, weder von den Kieler Leger noch von den Unternehmern, so daß der Vertrag also ohne jeden Zweifel zu Recht besteht. Der Vertrag ist damals mit den Beauftragten der Unternehmerorganisation abgeschlossen und unterzeichnet worden. Nachdem dies geschehen war, erfährt auch die außerhalb der Organisation stehenden Plattenleger, den Vertrag ausdrücklich an. Diese Tatsachen schlagen jeden Zweifel an der Gültigkeit des Vertrages nieder. Nun hat sich später eine neue Organisation der Kieler Plattenlegerinhaber gebildet, die heute auch Leute zu ihren Mitgliedern zählt, die vordem Mitglieder in der Organisation waren, die den Vertrag mit den Arbeitern vereinbarte. Diese neue Organisation gehört dem allgemeinen Arbeitgeberbund der Plattenlegerinhaber an, dessen Sitz in Essen a. d. R. ist, und diese Unternehmer stellen nun das Verlangen nach Verhandlungen über einen neu abzuschliegenden Vertrag. Die Kieler Plattenleger waren entgegenkommend genug, sich zu Verhandlungen bereit zu erklären, nur stellten sie die eine nach der Rechtslage und nach dem Schiedsgericht in der Lohnbewegung im Baugewerbe selbstverständliche Bedingung, daß irgendwelche Verpflichtungen der Lohn und Arbeitsbedingungen nicht eintreten dürfen. Jetzt mußten die Unternehmer Farbe bekennen, und sie taten es, indem sie durch den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Kiel, Zimmermeister Frauen (nicht Trauen, wie es in voriger Nummer hieß), einen Brief schreiben ließen, worin sie diese Bedingung ablehnten und auf Verhandlungen verzichteten. Was die Kieler Plattenlegerinhaber nun tun werden, geht aus dem in Nr. 35 des „Grundstein“ abgedruckten Briefe klar hervor: sie werden den Vertragsbruch aufrechterhalten und werden versuchen, die Kieler Plattenleger, die unter diesen Umständen die Arbeit einfetten, durch auswärtige Arbeitswillige zu ersetzen. Das ist dann also der offene Kampf, angestiftet von den Plattenlegerinhabern durch bewußten Bruch des zu Recht bestehenden Tarifvertrages.

Was die Unternehmer zur Begründung oder besser zur Entschuldigung ihres Verhaltens anführen können wir durch den schon erwähnten Brief, den der Vorsitzende des lokalen Arbeitgeberverbandes in Kiel an die Leitung der Kieler Plattenleger geschrieben hat. Wir haben natürlich unter den vorliegenden Umständen gar keine Ursache, die Einwände zu berücksichtigen, die auf die flache Geschäftslage und auf die Konkurrenzschwierigkeiten hinweisen, die der Durchführung des Vertrages entgegenstehen sollen. Sachlich sind wie

darin der Meinung, daß diese Mißstände teilweise vorhanden sind, daß sie aber von den vertragsschuldigen Kieler Unternehmern in tendenziöser Weise vergrößert und verallgemeinert werden, um damit ihren flagranten Rechtsbruch als eine wirtschaftliche Notwendigkeit, als eine Existenzfrage für sie hinzustellen. Von den Arbeitern verlangt man, daß sie darauf Rücksicht nehmen sollen; als unsere Kollegen aber im vorigen Jahre in vielen Städten um Lohnhöhungen anhielten, um die durch die Preisteigerung für Lebensmittel herbeigeschaffte Verschlechterung ihrer Lage auszugleichen, so wurden sie in neuundneuzig von hundert Fällen auf den Vertrag verwiesen, der sie zwang, sich mit den gezahlten Löhnen zufriedenzugeben. Sie taten es, und keinem von ihnen ist damals eingefallen, die bestehenden Verträge anzutasten; weder die Kollegen noch wir hätten gewagt, darin ein Recht zum Vertragsbruch zu sehen. Die Unternehmer hatten das formelle Recht für sich, und wir mußten uns selbstverständlich fügen. Diese Begründung der Plattengeschäftsinhaber kann damit als abgetan gelten.

Anders ist es aber mit dem Einwande, daß der „Lohntarif“, wie sie den Vertrag nennen, den Arbeitgebern aufgezwungen worden sei. Das ist, wenn es eine Rechtfertigung des Vertragsbruches sein soll, eine sehr wichtige Meinungsäusserung, um so wichtiger, als sie von Unternehmern herrührt. Wenn dies auch die Auffassung des Arbeitgeberbundes wäre, so wären damit Verträge überhaupt nicht mehr möglich. Dann wäre es jeder Partei in die Hand gegeben, zu geeigneter Zeit zu sagen, der Vertrag sei ihr aufgezwungen worden, und sie sei daran nicht mehr gebunden; denn wenn dieser Grundsatz einmal gelten soll, dann gilt er selbstverständlich auch für die Arbeiter. Man denkt an die Folgen, die eintreten würden, wenn man diesen von den vertragsschuldigen Kieler Unternehmern aufgestellten Grundsatz als berechtigt anerkennte; er könnte auf die meisten Verträge angewandt werden. Denn stets wird bei Vertragsabschlüssen eine Partei nur gewonnen zu sein. Bei dieser Zwangslage gehört nicht einmal notwendigerweise ein Streit oder eine Ausperrung; schon die Androhung, ja die einfache Möglichkeit eines Streits über einer Ausperrung kann eine der Parteien einen Zwang bedeuten, der sie zwingt, Verträge einzugehen, die sie als eine lästige Fessel empfinden müsste. Und dann wäre sie, nach dem Grundsatz des Kieler Arbeitgeberverbandes, berechtigt, bei ersterer Gelegenheit zu sagen: So, nun spielt ich nicht mehr mit; jetzt einen anderen Vertrag her, und wenn nicht gutwillig, dann mit Gewalt! So könnte man dann handeln.

Die Auseinandersetzung ist aber auch zur Beurteilung der Rechtslage außerordentlich wichtig. Die Unternehmer lassen durch ihren Wortführer also erklären, der Vertrag sei ihnen aufgezwungen worden. In diesem Einwand liegt das Zugeständnis, daß tatsächlich ein Vertrag

bestanden hat; denn wenn sich die Unternehmer nicht gebunden fühlten, so hätten sie nicht nötig, zu versuchen, sich mit der sonderbaren Ausrede vom Aufzwingen des Vertrages zu lösen. Man kann nicht sagen, der Vertrag ist uns aufgezwungen, wenn gar kein Vertrag vorhanden ist. Die Unternehmer wissen sehr wohl, daß der Vertrag in aller Form Rechtes besitzt, eben darum nehmen sie zu der angeblichen Zwangslage ihre Zuflucht. Wie wir schon gesagt haben, ist dieser Einwand ganz unzulässig; aber unbedacht dieser unserer grundsätzlichen Auffassung weisen wir darauf hin, daß gerade hier keine unmittelbare Zwangslage bestanden hat. Der Vertrag ist in vollem Frieden zu Stande gekommen; seine Hand hat deswegen gefeiert. Dadurch kennzeichnet sich die Rechtfertigung des Vertragsbruches als ein Verlegenheitsgeständnis, zu dem man die Motive aus allen Ecken zusammengezogen hat.

Das Vorbringen der Zwangslage bei Abschluß des Vertrages macht sich nun besonders schön im Munde von Kieler Unternehmern. Diese sollten doch wohl wissen, wie man seinem Gegner Verträge aufzwingt; denn sie haben doch eislige Übung darin. Ist etwa der jetzt im Kieler Baugewerbe bestehende Vertrag den Arbeitern nicht aufgezwungen, in des Wortes schlimmster Bedeutung aufgezwungen worden? Was würden die Kieler Unternehmer sagen, wenn die Arbeiter eines Tages erklärt hätten, jetzt haben wir den uns aufgezwungenen Vertrag fort, jetzt holen wir uns einen anderen? Gelegenheit hätten sie doch schon dazu gehabt!

Es ist klar, daß die Einführung solcher Grundsätze die reine Anarchie im Gewerbe bedeuten würde, die weder den Arbeitern noch den Unternehmern nützt. Einmal als zehnjährige Arbeit der baugewerblichen Organisationen auf dem Gebiete des Tarifwesens wäre damit vernichtet. Darum haben beide Organisationen, die der Arbeiter wie die der Unternehmer, ein großes Interesse daran, solchen Grundsätzen die Tür zu sperren, und wir erwarten von der zuständigen Stelle der Unternehmerorganisation, daß sie ihre Leute in Kiel energisch zur Ordnung rütt.

Der Vorgang in Kiel steht selber nicht vereinzelt da. Während des Frühjahrs kamen von diesen Orten Klagen, daß die Unternehmer sich weigerten, die in den Verträgen festgelegten Lohnhöhungen eintreten zu lassen, oder auch die bestehenden vertraglichen Lohnsätze weiter zu zahlen. Es wird sich Gelegenheit bieten, das alles noch einmal gründlich zu besprechen. Es sind das Benehmen, wie wenig der dem Vertragsverhältnis zu grunde liegende Gedanke der Gleichberechtigung beider Teile die alte Auffassung verdrängt hat, daß der „Arbeitgeber“ von der Vorlesung sozusagen dazu berufen sei, alles nach seinem Willen einzurichten. Das ist ein schweres Hindernis für das Zusammenwirken der beiderseitigen Organisationen in der Tariffäche. Vor einiger Zeit war man auf Unter-

nehmerseite eifrig am Werke, angebliche Verstöße der Arbeiter gegen vertragliche Bestimmungen aufzustöbern, um sie der Offenheit in tendenziöser Aufmachung zu unterbreiten. Das Ergebnis der vielen Mühe war für uns sehr ehrenvoll; keinen Fall konnte man anführen, wo sich unsere Organisationen des Vertragsbruches schuldig gemacht hätten. Das war selbstverständlich; denn stets war es ein unantastbares Grundgesetz bei uns eingegangene Verpflichtungen streng zu halten. Wollten wir jetzt mit gleicher Minze zählen, wollten wir jetzt alle die Fälle anführen, wo nicht einzelne Unternehmer, sondern ganze Ortsverbände die Verträge brachen oder zu brechen versucht haben, so würde die Unternehmerorganisation nicht sehr gut dabei fortkommen.

Das ist in gewisser Hinsicht erklärlich; denn nach unserer Auffassung wird von den Unternehmerorganisationen viel zu wenig getan, um das Pflichtgefühl der Mitglieder zu schärfen. Wir erinnern an den Tarifbruch des rheinisch-württembergischen Arbeitgeberverbandes im Jahre 1905; wo war da ein Unternehmerblatt, das die Unantastbarkeit abgeschlossener Verträge betont hätte? Kein einziges von den maßgebenden Unternehmerblättern, weder die „Baugewerks-Zeitung“, noch das „Zentralblatt“, noch irgend ein anderes Organ des Arbeitgeberbundes, hat sich auch nur zu einem leisen Tadel aufgeschwungen. Und so ist es bisher stets gewesen. Wir sind gespannt, was man zu dem Falle in Kiel sagen wird. Wird man sich die Grundsätze, die dort verhindert werden, zu eigen machen? Hoffentlich wird man es nicht tun, sondern wird dafür eintreten, daß auch die Unternehmerorganisationen dieselbe unverrückbare Vertragstreue halten, wie es die Arbeiterorganisationen tun; denn wenn irgendwo Trau und Glauben nötig ist, dann im Tarifwesen, das sich auf nichts weiter stützen kann als auf die strengste Rechtfertigung beider Teile.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der internationale Verkehrskrieg bei der Schifffahrt und auf den Eisenbahnen. — Die Lage der Textilgewerbe und der drohende Kohlenkrieg in England.

Der wirtschaftliche Riedergang trifft diesmal, wie es scheint, die großen Transportwege des inneren und des internationalen Verkehrs besonders heftig.

Die Schifffahrt litt, wie wir schon mehrfach schrieben, bereits vor dem amerikanischen Zusammenbruch unter dem Nebenangebot von Schiffszetteln. Die fast allgemeine Stagnation in den überseeischen Ländern, mit Amerika an der Spitze, steigerte die Verlegenheiten rasch. Der Personentransport fand eine Zeitlang in der unerhörten Starthen Flüchtlingswanderung einen gewissen Ausgleich für das dauernde Zusammenschrumpfen der Auswanderung; doch ist das selbstverständlich nur vorübergehend. In dem Geschäftsbereich der großen Reedereien treten nun deutlich zwei Strömungen auf: teils sucht man durch gegenseitige Vereinbarungen ein Konkurrenzklampt auf Tod und Leben vorzubeugen, teils sucht der eine Teil in dem Gebiet des anderen voraus zu ziehen, um sich einen gewissen Transportaufschwung, freilich auf Kosten des lieben kapitalistischen

Das billige Haus.

Der von uns bereits besprochene Bauinsturz in Charlottenburg hat die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf die spekulativen Gewinnsspekulationen, die im Rahmen des Plattenbaus vorgenommen wurden. Bauunternehmer und Bauleiter wollen möglichst viel profitieren. Das schlechte Material wird verwandt in Verbindung mit der fridolsten Affordmärkten; Rücksichten auf solide Konstruktion, Verankerungen werden nicht genommen.

Es liegt hier eine Ercheinung vor, die wie eine Epidemie hauptsächlich die Großstadt überfällt und um sich greift. Das „Berliner Tageblatt“ stellt eine Betrachtung über die Entwicklung des Schundbauwesens in Berlin seit dem Ende der siebziger Jahre an. Damals entstand der massenhafte Schnellbau billiger Bruttobauten auf der Basis des Gründungswunscons. Terrassenhäuser bildeten sich über Nacht, gaben Altien aus, bauten, fallierten; die Häuser blieben im Rohbau stehen, bis neue Kapitalisten sie um lächerliche kleine Summen erwarben. Die tollsten Hypothekenschiebungen litten aus dieser Zeit noch in der Erinnerung. Nur wenige ahnten damals die unumschränkte jugendliche Macht des berücksichtigten „Auges nach dem Westen“. Jene vielen, die weniger seine Instinkte für wirtschaftliche Massenbewegungen hatten, verloren mit all ihrem Besitz von festem Grund und Boden ihr Vermögen. Berlin ist die Geschichte eines alten Major, der um jeden Preis an die Zukunft der Gegend als Villenort glauben wollte. Er baute Häuser, baute die erste Straßenbahn nach Lichterfelde — alles erschien erfolglos. Zuletzt war er froh, als der Zustus ihm von seinen drückenden Verpflichtungen befreite und ihm das Terrain abnahm — ohne einen Pfennig dafür zu bezahlen. Heute ist Groß-Lichterfelde ein blühendes Gemeindezentrum. Der alte Mann starb in volliger Armut. Eine andere seltsame Spekulantenerscheinung war der Eisenbahnbau Strousberg, von dessen Barrenfesten ganz Berlin sprach. Der große Baukrach kam. Strousbergs Palast ist schon seit Jahren ein Hotel, und den einstmal angestauten Großspekulanten konnte man später in kleinen Anteilen des Hausesgebiets destruktiv leben, angestückt, gedrückt, struppig und weißhaarig, mit schlechten, beschädigten Kleidern — unerkannt, vergessen!

Damals lernte man zuerst in Berlin, wie man schnell und billig Häuser baut. Zum Neubau wurde der morsche Schutt des alten Hauses verworfen. Die frischen neuen Breiter der Dielen bargen altes Gerümpel, die Dänen, die dem Möbel

Bindung geben sollten, stammten noch vom alten Haus und waren trocken und spitzig. Aber alles wurde überlebt mit den Goldblechen der glänzenden Tapeten und dem massenhaft angespritzten dünnen Stuckwerk. In den neuzeitlichen Jahren zog die *am exklusiven Bauart* in Berlin vor, oder vielmehr ihre obige Auskunft: die wilde Technik, mit dem im fernen Westen häufig Goldgräberstube aus dem Boden gestampft werden. Man arbeitet jetzt Tag und Nacht, trocknet den Neubau mit der trügerischen Glut von Kohlensäure schnell aus, nur um den Anforderungen der Gewerbebehörde zu genügen. Später liegen sich die Wände und saugen wie Schwämme jeden Zustand in ihre Risse — aber dann sieht ja keiner mehr Berlin wird nun mit einem Netz jener Nässewände überzogen, hinter denen man jedes Geheimnis des Nachbars mit Widerwillen belauschen kann, jeden Streit, jeden Kuss. Das amerikanische System kommt in Aufnahme. Wände einfach dodurc herzustellen, daß man zwischen zwei Rahmen cement giebt. Noch heute nennt der Handwerker spöttisch eine unbekümmerte Oberfläche, Schrauben mit einer paar flüchtigen Hammerschlägen an Ort und Stelle zu preisen, anstatt sie sorgfältig ins Gewinde zu drehen, „amerikanische Schrauben“. Die Türen und Fenster werden von amerikanischen Schrauben gehalten. Giebel baut man nicht mehr; wo es gewünscht wird, steht man auf. Nach einer hohen, spitzen Tragfassade, die auf der Rückseite von eisernen Drähten gehalten werden muß.

Das Schnellbauen kennt man jetzt. Und immer mehr entstellt sich das große Geheimnis, billig zu bauen. Man versucht die Belastungsfähigkeit der Natur zu hintergehen. Bekanntlich enthält die Mauerziele jedes Stockwerks, nach den Erfahrungen der Druck- und Längsgesetze, immer einen Stein weniger als die Mauer des darüberliegenden Stockwerkes. Was liegt näher: man gibt den höheren Etagen einfach noch viel weniger Steine, als nötig ist. Resultat: die Mauern der oberen Stockwerke haben die Dünne eines Kartons. Wer im Winter in den oberen Etagen solcher Häuser wohnt, hat die Wahl, entweder durch Überheizung sich zu erhöhen, oder zu frieren. Dann wird eine gewisse Generation von Mauerpoltern herangeführt, die es trefflich versteht, die Mauer anzuwelsen, wie man ja mit dem Möbel spart. Auf den Altbauwerken muss der Maurer ohnehin in wilder Hoff arbeiten. Wenn ein solches Haus dann einzurütteln, so stellt die Untersuchung „Schwärme im Mauerwerk“ fest. Die Mehrzahl dieser Spekulationshäuser fällt ja nicht sofort ein. Prunktvolle stehen solche neuen Häuser auf den eben eröffneten Grundstücken da. Das „hochstädtliche“ Haus lockt mit den auschwelenden Arabesken seiner

lustglänzenden Fassade. Es hat eine Warmwasserheizung, die im Winter einfriert. Dafür aber hat es Badewaben, die mit Seeschichten bemalt sind, und einen Fußboden!

So das „Berliner Tageblatt“. Unseren Sefern, vornehmlich den Berliner Berufsgenossen, bietet seine Darlegung ja allerdings nichts Neues; sie kennen den verbrecherischen Umgang solcher Bauausführung aus eigener Erfahrung. Aber seine Feststellung durch ein bürgerliches Blatt ist doch eine Unart. Rücksichtlich drängt sich die Frage auf: wie ist es möglich, daß dieses Unwesen unter den Augen der Baupolizei entstehen konnte und bestehen kann. Lediglich deshalb, weil die Behörde ihres Amtes nicht gewissenhaft und energisch wachte, resp. mangels einer guten Baudisziplin nicht wachten konnte. Sefern falls zeigt der Charlottenburger Bauinstanz aus neuem, wie sehr reformbedürftig das Baupolizeiwesen ist. Es muss in gründlichster Weise beginnend reformiert werden, daß Bauausführungen der in Rücksicht auf die Art nicht mehr möglich sind. Für eine solche Reform aber ist bis jetzt einzige und allein die organisierte Bauarbeiterchaft energisch eingetreten. Das baugewerbliche Unternehmertum, auch das zünftlerisch organisierte, dessen besondere Aufgabe es angeblich sein soll, die Solidität im Bauwesen wieder herzustellen, hat sich immer mehr oder weniger eifrig widerstellt, unter der Motivierung, daß eine weit gehende Erhöhung des Bauwerts verhindert werden müsse.

Vor allem ist eine weit bessere Bauaufsicht notwendig, als sie bisher von Seiten der Polizei und der Unternehmerorganisationen (Berufsgenossenschaften usw.) geübt worden ist. Diese Aufsicht wird so lange ungenügend bleiben, bis heraußkundige Arbeitgeber der Arbeiter zu ihr herangezogen werden, wie es die organisierte Bauarbeiterchaft schon so lange fordert. In absehbarer Zeit wird man diese Forderung wohl oder übel allgemein erfüllen müssen; sie ist so unbedingt gerecht und vernünftig, daß bloßer Unverständ und Spkulativer Unternehmensinteresse auf die Dauer ihre Erfüllung nicht zu verhindern vermögen. Daß es muss es kommen, daß die Arbeitgeberorganisation im stand ist, die Beschäftigung von Arbeitern bei unsoliden, gewissenlosen Bauausführungen zu verhindern. Da steht die Beseitigung der wilden Altkarreit mit in erster Reihe. Denn gerade sie ermöglicht die Schundarbeit, die Gefahren schwämmer Art in sich schlägt und dem Baugewerbe zur Schande gereicht.

Rücksten, zu verschaffen. So hören wir denn mehr als je von internationalen Schiffahrtskonferenzen. Anfang August tagten wieder einmal 49 Vertreter der großen Interessen des nordatlantischen Passagierverkehrs in Paris, und nach den Zeitungsmeldungen wäre man über die kleinen und die algewohnten Wettbewerbssträgen zu einer durchaus befriedigenden Vereinbarung gelangt. Danebenher laufen jedoch mehr oder weniger ernst gemeinte Drohungen. Die führenden italienischen Dampfergesellschaften haben allmählich die italienische Auswanderung mehr und mehr in die eigene Hand bekommen: Die Zeit der kleinen und gebrechlichen Fahrzeuge, die einst unter italienischer Flagge fuhren, ist vorbei; der Fahrgut ist erneuert und modernisiert, obwohl man nicht gleich zu Eisenbahnern deutschen und englischen Stils übergehen konnte. Die eingewurzelte deutsche Konkurrenz hat sich jedoch aus dem Mittelmeerausgangsgebiet nicht so leicht verdrängen lassen, weder in den nordamerikanischen, noch in der für die italienische Auswanderung gleichfalls hochmächtigen südamerikanischen Fahrten. Wie zur Vergeltung tauchte neuerdings der Plan auf, italienische Dampferlinien auch von den Nordseehäfen und dem europäischen Nordwesten und Westen nach den Vereinigten Staaten laufen zu lassen. Die deutschen Großreedereien widerum lassen den im wesentlichen gegen die englische Konkurrenz gerichteten Plan erörtern, Dampfer direkt, ohne das Auftauchen weiterer europäischer Zwischenhäfen, von den standinobischen Ländern nach Nordamerika gehen zu lassen. Droschwerjuck wie Konferenzen sind offenbar Angelegenheiten der erschütterten, unbeständigen Geschäftslage.

Leider die Sache in den Händen. Die Wiedererrichtung für den Güterverkehr bei unfreiem Handel ist in den Bahnen hatten wie zuletzt für den Monat Juni, gegen den gleichen Monat des Vorjahrs, auf 6,08 Millionen Mark oder auf M 153 pro Kilometer angegeben. Der Juli 1908 stand abermals mit 130,9 Millionen Mark Gütergutumschau um 2,18 Millionen Mark oder um M 76 pro Kilometer unter dem Juli 1907. Danach hätte sich der Rückgang zuletzt etwas abgeschwächt. Aber vielleicht lautet das Urteil richtiger dahin, daß die diesjährigen Gütertransporte wegen der Unterbrechung durch die stile Flügelwöche zu ungünstig dagegen, die Gütertransporte wiederum zu günstig erscheinen, weil vor dem Beginn des Regens viele Transporte von den ungünstigen Wasserstraßen auf die Eisenbahnen übergingen. Auf jeden Fall bleibt der ganzmercative Abfall, und zwar ständig seit dem März 1908. In England liegen die Abrechnungen der täglichen großen Prädiktions für das erste Halbjahr 1908 vor. Das Zusammensetzung der Gummimasse aller Art betrug zuletzt über 10,4 Millionen Mark (521 000 Pf. Sterl.), und diese Einbuße ist um so empfindlicher, weil in England die Rohstoffpreise im Anfang der Krise gleichfalls hochgeblieben, ja sogar zunächst noch gestiegen. Besonders hieraus erklärt sich die halbjährige Mehrausgabe um über 13,4 Millionen Mark, so daß die Gesamtbilanz sich um 23% Millionen Mark für das Halbjahr verschlechterte. In Amerika haben wir zahlreiche Konflikte von Bahngeellschaften, vor allem soweit sie zum Güterbahnen System gehören. Aber auch die Gesamtheit der transporthierenden Gütergeellschaften schreibt, obwohl die Zahl der „feiernden“ Wagen allmählich wieder abnimmt, nach höheren Frachtziffern. Dagegen lehnen sich natürlich alle Unternehmungen auf, die Rohstoffe, Lebensmittel und Fabrikate verbünden müssen und die selber von der Krise bedroht sind. Die ganze politische Situation ist zudem im Augenblide den verhassten Eisenbahnmagistraten keineswegs günstig, die in der guten Zeit so wenig den Ansprüchen des Verkehrs zu genügen wußten.

Wie bei der Schiffsahrt Vereinbarungsversuche und härtere internationale Kämpfe nebeneinander herlaufen, so scheint es in der Textilgewerbe gleichfalls zugezogen. Auf dem letzten Pacific Internationalen Baumwollkongress hatten die Engländer vor ein paar Monaten vorschlagen, in allen Ländern einheitlich die Betriebe einzuführen. Aber nicht einmal in der Spinnerei kann es zu einem solchen gemeinsamen Schritt. Die englischen Unternehmer haben hier unter sich die früher erwähnte Vereinbarung getroffen, im Juli und August durch Schließung am Freitag und Sonnabend 10½ Arbeitsstunden aufzulösen zu lassen. Aber die französischen Spinnereiunternehmer haben ziemlich frühzeitig erkannt, daß sie keine Urtrehe hätten, für das Gründen sieher in England ihrerseits mit zu büßen. In Deutschland ist man zu ziemlich regelloser Betriebs- und Erzeugungssteueranwendung übergegangen, doch haben die Süddeutschen einheitlich eine Einschränkung um 14 p. z. beschlossen. Trotzdem ist die Misere geblieben. Sie kommt in Deutschland unter anderem darin zum Ausdruck, daß sich der Abstand (die sogenannte Spannung oder Marge) zwischen den Rohstoffen und dem Fabrikat erst beständig verfügt. Stellt man die Preiserhöhung von Middling amerikanischer Baumwolle und die Gladbachser Rösterung von zwei Watergarn einander gegenüber, so betrug der Preis für 1 Doppelzentner beginnende Spannung Pfennige:

	Baumwolle	Garn	Dennach Spannung
Im Jahresdurchschnitt 1907	122	211	89
Jänner 1908	121	207	86
Februar 1908	119	203	84
März 1908	118	191	78
April 1908	103	182	79
Mai 1908	113	167	64
Juni 1908	118	169	51

Vor allem nach März-April ist der Anstieg ein geradezu heftiger; die überkommenen alten Aufträge waren erledigt oder vor dem Handel und der Weberei rückläufig gemacht; die Vollbelastung der englischen Konkurrenzarbeiter eine Verschärfung der englischen Konkurrenz. Die Unternehmer haben den englischen Spinnereiarbeitern eine Lohnkürzung um 5 p. z. vorschlagen; die Arbeiter verlangten einer Aufschub des Termins. Am 19. August haben sich die Spinnereiunternehmer von Lancashire endgültig mit einer Majorität von 92 p. z. aller Spindeln, für Aufrechterhaltung ihrer Forderung entschieden, säme es zu keiner Eingang, so würden vom 21. September ab 20000 Arbeiter und gegen 36 Millionen Spindeln feiern. Kommt es zur Lohnreduktion, wie stark wird abschann der Anprall der verbilligten englischen Konkurrenz sein? Denn

nirgends hat man in den letzten Aufschwungsjahren die Spindelzahl und damit die Überproduktionsgefahr so enorm vermehrt wie gerade in England. Weiter sind durch den letzten Tarif die deutschen Garnzölle wesentlich herabgesetzt worden — was durchaus gute Gründe gehabt haben mag, aber im Augenblick die Lage der deutschen Spinnereien natürlich viel weniger angenehm macht.

Da diese Verhältnisse in den nächsten Wochen und Monaten wahrscheinlich eine große Rolle spielen werden, so sei nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich die Statistik der Baumwollspindeln für die Hauptländer mitgeteilt, für den Zeitraum vom 1. September 1906 bis 31. August 1907:

	Geschäfte Gesamtspindelzahl	Davon in Betrieb
Großbritannien	50879641	48154718
Vereinigte Staaten	26242000	26242000
Deutschland	9389448	9191940
Frankreich	6800000	6603105
Österreich	3616434	3584434
Italien	3500000	2867862
Schweiz	1484450	1413896
Belgien	1140000	1110800

All die übrigen europäischen und nichteuropäischen Länder mit einer einzix zu nehmenden Baumwollspindelindustrie hinzugerechnet, kommt diese Statistik auf 114 Millionen vorhandene, auf 100% Millionen im Gang befindliche Spindeln. Welt über 40 p. z. davon entfallen demnach auf England. Es läßt sich denken, wie sehr unter solchen Verhältnissen die Entwicklung in England auf alle europäischen und überseeischen Länder zurückwirken muß, auch wenn, wie erwartet, bei dem drohenden Lohnkampf direkt zunächst nur 36 Millionen Spindeln betroffen werden.

Berlin, 23. August 1908. Max Schippel.

Politische Umschau.

Der englische Schatzanalter und die deutschen Arbeitervertreter. Am 22. August hat der Schatzanalter Lloyd George mit drei Vertretern der Berliner Arbeiter über die Arbeiterversicherung eine Unterredung gehabt: mit unserem Kollegen Eugen Simonski, dem Vorsitzenden der Centralcommission der Ortsfrankenzassen Deutschlands, mit Albert Kohn, dem Geschäftsführer der Ortsfrankenzasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, mit Herrn Peter Becker, Vertreter der christlich-sozialen Gewerkschaftsmitglieder.

In Frankfurt a. M. unterhielt sich der englische Schatzanalter in einer anberabstimmbaren Unterredung mit dem Sekretär des Frankfurter Gewerbeaufsichtsrates Dorfus über Fragen der Arbeiterversicherung. Professor Arndt hatte die Zusammenfassung der Unterredung gefordert; er fungierte auch bei der Unterredung als Dolmetscher. Genosse Dorfus stellte fest, daß die deutsche Arbeiterschaft dem Grundgedanken der Alters- und Invalidenversicherung sympathisch gegenüberstehe, er bemängelte aber die große Dürftigkeit der Subsistenzrente. Dorfus betonte dann, daß die in der Alters- und Invalidenversicherung gesammelten Gelder zu außerordentlich mühsamen Verhandlungen geführt hätten. So übernahm die Landesversicherungsanstalt in vielen Fällen die Kostenbedeutung in Heilanstalten und Sanatorien und überlasse damit den Familien der Erkrankten das volle Krankengeld. Genosse Dorfus erkannte, daß die Versicherungsanstalten Kapitalzinsen zu möglichen Zinsfuß an gemeinschaftliche Baugesellschaften geben, wodurch ein einfundenes Wohnungsweisen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gefördert werde. So über die Frage des Engländer, wer nun die Mittel für die notwendige höhere Rente herstelle, erwiderte Dorfus, daß er dies zunächst für die Bildung des Staates halte. Er ist aber auch nicht grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Beiträge, wenn eine andere Möglichkeit, die nötigen Mittel zu höherer Rentenzahlung zu beschaffen, nicht gegeben sei.

Der Staatssekretär Bloch, George berührte dann das Problem der Arbeitslosigkeit. Dorfus wies auf die regelmäßige Wiederkehr der Krisen hin. Staat und Kommunen können deshalb sehr wohl darauf hinweisen, daß größere Arbeiten, wie Kanalisations, Eisenbahn-, Brücken-, Staatsbauten, Schulen und Verwaltungsgebäude, Hafenanlagen nach Möglichkeit so dirigiert werden, daß die Anangriffnahme resp. die Ausführung in die Krisenzeiten fällt. Auf die Frage, was der Staat denn bisher in dieser Richtung schon tue, meinte Genosse Dorfus mit Bedauern konstatierte, daß nach unzureichenden Bedachtungen von Staate nichts in dieser Richtung geschiehe, ja, daß im Gegenteil das Heranziehen von ausländischen Arbeitern zu Kanal- und Eisenbahnbauden von staatlichen Behörden trotz der Krise gefordert werde, um die deutschen Industriearbeiter zu zwingen, als Handarbeiter Verwendung zu suchen. Eine weitere Frage galt der Unterstützung der Arbeitslosen bei Krisen. Genosse Dorfus betonte, daß diese Krise eine der brennendsten sei. Wenn bisher keine Hungerreliefen ausgebrochen seien, so verbannte der Staat das einzige der Niederspielen und der umfassenden Fürsorge der Gewerkschaften. Dorfus hält es für die Pflicht des Staates, der Kommunen und des Unternehmertums, für Krisenzeiten ausreichende Mittel zu beschaffen, die eine ernsthafte Not verhindern. Den Gewerkschaften könne man keinen mit, daß der Organisierte durch die Mittel seiner Nichtorganisierten erwartet, sich zu organisieren. Dagegen wirkt nach seiner Überzeugung auch die niedrige Erkenntnis mit, daß der Organisierte die obige Mittel seiner Gewerkschaft eine höhere Unterstützung bekomme, die der Nichtorganisierte sich in vielen Fällen für die Zukunft auch sicherne wolle. Auf die Frage, wie Dorfus sich denn die Verwendung der Ressourcen bei Krisen und Ausperrungen denke, gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß bei Krisen der Zuschuß ohne Bedenken ausgeschafft werden könne. Erst nach Beendigung des Streiks, wenn sich ergebe,

doch Opfer, die unterstützungswürdig seien, verblieben, sei Zulage wieder in Anpruch zu nehmen. Bei Ausperrungen liege die Sache in der Regel anders. Doch habe er auch hier keine Bedenken, von Fall zu Fall die Entscheidung einem Schiedsgericht darüber zu übertragen, wer die Ausperrung verhübt habe. Im übrigen hält Dorfus auch den Weg der Zwangsbeiträge, wie bei den übrigen Sicherungsmaßnahmen, gängig. Er befürchtet dadurch keine Schwäche des Organisationsgedankens, bei der intelligenten Arbeiterschaft. Dorfus empfahl dem Herrn Minister, sich an die Generalversammlung in Berlin zu wenden.

Die Konferenz des englischen Ministers mit einem deutschen Gewerkschaftsführer liegt den Büßern stark im Magen. Als vor Jahren in Berlin der soviel Ehren entzollende Beamterversicherungskongress tagte, sandte die Regierung keine Vertretung, eine Vertretung zu entsenden. Nach allen Gelehrtenwürken wurde die so starke deutsche Arbeiterbewegung ignoriert.

Es ist deshalb besonders interessant, daß ein Auslandsminister, um die deutsche Sozialgefecht kennen zu lernen, sich auch bei Gewerkschaftsleitern erkundigt.

Der Schatzanalter Lloyd George hat nun einmal wohl erwogene, auf Mustererfahrungen geführte Urteile deutscher Arbeiter über die deutsche Arbeiterversicherung gehört. Bis her erreichten nur die Berichte der kritischen Vorredner der deutschen Arbeiterversicherung das Ohr der ausländischen Staatsmänner.

Partei und Gewerkschaften. Zum Parteitag in Nürnberg beantragen der Parteivorstand und die Kontrollkommission folgende Resolution:

„Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Übergang der sozialistischen Vereine in die Zentralverbände.“

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie, entgegen den Beschlüssen des Parteitages und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes nicht wollen. Die Freie Vereinigung, deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Aneignung an die anarcho-socialistischen Verbündeten die Sozialdemokratie geflüstert und schimpft.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegenat zu über der Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben, erklärte der Parteitag: Sobei Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutschen Gewerkschaften verbündeten Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.“

Zur Frage der Maifeier liegen bereits 15 Anträge vor. In den meisten feststehen in der Arbeitsruhe gefordert. Einige sprechen sich schärfer gegen die zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission getroffene Vereinbarung aus. Die Auslieferung dieser Beschlüsse wird verlangt zu Gunsten einer neuen Regelung. Ein Antrag König Berg i. Br. schlägt für die Regelung der Unterstützung der Maifeierregelung folgende Richtlinien vor:

1. Über die Arbeitskräfte wird nach zu vereinbarenden allgemeinen Grundsätzen, für die bei einigen Gewerkschaften bereits bestehende als Vorbild dienen, entschieden.

2. Den Gewerkschaften wird die Unterstützung vom britischen Vertrag abgezahlt und zwar a) für jedes Tage aus lokalen Mitteln, die durch obligatorische Beiträge der am 1. Mai arbeitenden Organisierten Sammlungen u. a. aufgebracht werden, reichen die Mittel dieses Maifestes nicht aus, so sind die noch erforderlichen Summen am Ort auf die Parteivereinigung und die Gewerkschaften, denen die Ausgehrten angehören, angesessen zu verreichen; b) weiterhin aus den zentralen Hauptstellen der Partei und der Gewerkschaften in angemessener Verteilung. Als angemessene Verteilung gilt die Bildung der Unterstüzung für die ältesten politisch organisierten aus Parteimittern, für die aktiver gewerkschaftlich organisierten aus Gewerkschaften, und für die beiden Organisationen Angehörigen aus beiden Seiten zu gleichen Teilen.

3. Die Gewerkschaften werden erachtet, von Erhebung besonderer Maibabys für andere Gewerkschaftszwecke in Zukunft Abstand zu nehmen.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind für die allein politisch organisierten Gewerkschaften aus der Zeitschrift der Partei, für die allein gewerkschaftlich organisierten aus der Zentralstufe der Gewerkschaften, und für die beiden Organisationen Angehörigen aus beiden genannten Stufen zu gleichen Teilen zu zahlen.

Einen leidenschaftlichen Einbruck macht die Fassung eines Antrags. Das ist z. B. die Red. von Bremer und Bielefeld, die es zu erlangen versuchen aus Gewerkschafts- und Parteikreis. Man möge zu der Frage der Arbeitsruhe verhandeln, so wie man will, so ist es doch wahrscheinlich nicht nötig, solch eine schroffe, völlig unmotivierte Tonart anzuschlagen. Zur Klärung und Verständigung können sie beitragen. Das Gewicht der Gründe ist entscheidend und nicht die sogenannte Radikalität. Bielefeld, die noch dazu in diesem Falle befehlend ist, wenn sie Parteivorstand und Generalkommission ist. Denn in erster Linie an sie, die doch gewiß ihre Beschlüsse nach ehrlicher Erwägung gefaßt haben, sind die betreffenden Bemerkungen gerichtet.

Regelung des Streikrechts in der internationalen Gesetzgebung. Das „Deutsche Arbeitsblatt“ veröffentlicht zu dieser, schon mehrfach angeregten Frage eine umfassende Studie die sich wie folgt zusammenfassen läßt:

1. daß mit Ausnahme von Australien alle Staaten das Streikrecht im allgemeinen zwar in geordnete Formen zu leiten suchen, aber seine Ausübung nicht verhindern;
2. daß dagegen für gemeinschaftliche Betriebe die Tendenz der neueren Gesetzgebung dahin geht, a) auf dem Wege des Submissionswesens, b) des obligatorischen Schiedsverfahrens, c) der Beamtengefechtsgesetz, d) des Strafrechts, dem Streikrecht bestimmte Grenzen zu ziehen.

Die einzelnen Wege werden beschritten, je nachdem es sich um Staats- oder Gemeindebetriebe oder um konfessionierte oder submittierende Privatbetriebe handelt. Der Grundgedanke, welcher der italienischen Gesetzgebung zu grunde liegt und als die deute Lösung des Problems erscheint, ist, daß jeder Ertichtung oder Verhängung des Koalitions- bzw. Streitrechts zur Seite geben soll eine Kontrolle der Arbeitsbedingungen der so beschrankten Berufe und die Möglichkeit, die Anprüche im geordneten Schiedsverfahren zu regeln. „Wenn es richtig ist, daß im öffentlichen Interesse eine Einschränkung des Rechts der Arbeiter, zu streiken, in gemeinnützigen Betrieben stattfinden soll, so ist ebenso richtig, daß in diesen Fällen das Wohl des Arbeiters, dem dies Recht entzogen oder beschränkt wird, erfordert, daß der Staat dafür Vororse trifft, daß ihm angenannte Arbeitsbedingungen garantiert werden, entweder durch Selbstnormierung oder durch Kontrolle dieser Bedingungen oder durch Schaffung geordneter Methoden seine Rechte wahrzunehmen.“

In Deutschland ist die Rechtslage bemerklich so, daß ein Verbot der Koalition nur für die Landarbeiter besteht. In der Gewerbeordnung ist den unter Teil VII. der Gewerbeordnung fallenden Vereinigungen von gewerblichen Gesellen, Gesellen oder Fabrikarbeitern das Koalitionsrecht ausdrücklich gewährt. Ab § 2 des § 152 gestattet freilich den jederzeit stattfindenden Rücktritt von solchen Vereinigungen; positiv gesetzliche Grenzen für die Ausübung des Streitrechts sind nicht vorgegeben; soweit die Bevölkerung in Frage kommt, besteht ein Streitrecht nicht, diese Kategorien können sich gelegentlich auf dem Boden des Gewerbrechts belägen. In der Praxis gestaltet sich die Sache tatsächlich erheblich anders. Wir werden auf die Frage zurückkommen.

Krupp obenau! Eine Reihe von Handelsblättern brachte kürzlich die Nachricht, daß die Rheinische Metallwarenfabrik Chrhardt unter die Kontrolle der Aktionärschaft Friedrich Krupp geraten sei. Die Kruppgeellschaft soll dem Betreiber nach bereits über die Mehrheit des Aktienkapitals der Firma verfügen. Dieser Plan war schon lange vorbereitet. Bereits seit etlichen Jahren traten an der Berliner Börse kleine Firmen als Käufer der Aktien der Fabrik Chrhardt auf. Dies fiel besonders auf, als nach dem Bekanntwerden des letzten Jahresberichts der Fabrik, der die Geschäftslage als ungünstig charakterisierte, die Aktien ruhig weiter gefaßt wurden. Das Resultat ist jetzt da: Das Kruppmonopol ist nun allmächtig in Deutschland; auch in Rohrindustrie gibt es jetzt keine Konkurrenz mehr. Befremdlich baute die Firma Chrhardt nach eigenen Patenten, die Krupp in langjährigen Prozeßen vergeblich anfocht, solche Geschütze. Viele Aufträge hat die Firma, trotzdem ihre Geschütze erkannt besser waren als die von Krupp hergestellten, vom Deutschen Reich allerdings nie gehabt: Krupp wurde jedoch immer den höchsten Spitzen des Reiches prämiert. Aber trotzdem: mit dem Abhängigwerden Chrhardts von Krupp ist die Monopolstellung des letzteren endgültig gesichert und nun kann die Ausbeutung freilich weiter gehen, denn bestanden hat sie ja schon immer.

Das Kruppmonopol in Deutschland ist überhaupt ein ganz besonders interessantes Kapitel, welches in erster Linie von jedem Steuerzahler mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen werden mußte.

Warum Krupp es so eilig hatte mit dem Totmacher der Chrardtschen Konkurrenz, erreicht man daraus, daß erst vor einigen Monaten in der bairischen Abgeordnetenkammer, beim Kapital-Reichsfinanzreform und Sparen, die sozialdemokratische Fraktion durch Mitteilungen aus Kreisen rheinischer Großindustrieller in der Lage war, jekzukennen, daß die Ergebnisse der Berreitsproben Krupp'scher Gußstahlrohre und die Preisunterschiede für neuen Konkurrenz zu Ungunsten der Firma Krupp ausgefallen sind.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei Lieferungen, die man der Konkurrenz in Auftrag gegeben, die Preise noch um mehr als 30 p. 100 sinken. Man überlege sich einmal: Die deutsche Armee braucht jährlich für 50 bis 60 Millionen Mark Munition; die Ersparnis wäre da bei Reduzierung des Preises um 20 bis 30 p. 100 schon recht bemerkbar. Gestellt ist, ich auch, daß die Firma Krupp einmal die geforderten Preise um einiges reduzierte, weil die Konkurrenz um 30 p. 100 billiger dessere Fabrikate angeboten und zur Probe geliefert hatte!

Alles dies wird erläutert, wenn man die immer wieder auftauchenden Gerüchte hört, die alle eine bestimmte Rüchtung haben und dahin gehen, daß der preußische Kronfiskus nach 1870/71 die Firma mit einer gewissen Summe unterstützt hat, also, da von einer Lösing der geschäftlichen Beziehungen nichts bekannt ist, er auch heute noch an dem Krupp'schen Werke mit einer starken Kapitalbeteiligung interessiert ist! Dazu kommen noch Geschäftsbeziehungen zwischen dem Kruppwerke und der Kaiserlichen Maschinenfabrik Cadinen. Daraus resultiert wohl auch die eigenartige Krupp-Propaganda der deutschen Diplomatie im Auslande. *

Zur Witwen- und Waisenversicherung bringt die „Germania“ folgende Darlegung: In dem Bolltarifgesetz ist bestimmt, daß über denjenigen Ertrag der neuen Bälle auf Getreide, Mehl, Kindvieh usw., welche über den Durchschnittsertrag der betreffenden alten Bälle in den Jahren 1895 bis 1902 hinausgeht, durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu verabschließendes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Witwen- und Waisenversicherung bestimmt werden sollte. Bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes müssen die Mehrverträge für Rechnung des Reiches gesammelt und vorsätzlich angelegt werden. Der Reichstag hat sich seinerzeit nahezu einstimmig für die Durchführung der Witwen- und Waisenversicherung ausgesprochen. Und auch die Regierung willigte das Ziel des Zentralbankantrages, so näher jetzt die Ausführung des Reichstagsbeschlusses herantritt, um so mehr werden hier und da Stimmen laut, die Verwirklichung der Witwen- und Waisenversicherung einzuweisen zu lassen. Das Reich habe ohnehin mit Finanzjagoren schwerster Art zu kämpfen, und darum sollte man ihm nicht noch weitere Lasten aufzutragen. Es ist daher gefordert, daß die Witwen- und Waisenversicherung nicht auf die lange Bank geschoben werden kann. Sie kann vom 1. Januar 1910 nur dann-

unterbleiben, wenn ein neues Gesetz durch Bundesrat und Reichstag geschaffen würde. In § 15 des Bolltarifgesetzes handelt es sich jedenfalls nur um die Einführung eines Gesetzes zur Schaffung des neuen Arbeitsversicherungsgesetzes, sondern um die prinzipielle Erledigung der Frage. Ob bis zum 1. Januar 1910 ein Gesetz zu stande kommt oder nicht, ist gleichgültig. Von dem genannten Zeitpunkt ab muss die Versorgung verwirkt werden. Denn in § 15 ist ausdrücklich bestimmt, daß, tritt das Gesetz nicht in Kraft, doch die Binsen der angemessenen Mehrverträge der landwirtschaftlichen Bälle sowie die eingehenden Mehrverträge seien den einzelnen Zwangsversicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgebrachten Versicherungsbeiträge zum Zwecke der Witwen- und Waisenversicherung der bei ihnen Versicherten zu überweisen sein. Unter allen Umständen also müssen die Unterbezirksteuervergütungen, sowie die weiteren Mehrverträge der landwirtschaftlichen Bälle für die Witwen- und Waisenversicherung verwirkt werden. Das fügt im Reichsrecht eine Mehrheit finden lassen würde, die bereit wäre, die Bestimmungen des § 15 durch ein neues Gesetz zu bestätigen, glauben wir nicht.

Diese Hoffnungsfreudigkeit des ultramontanen Blattes teilen wir nicht, wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß der Blod rascher ein Gesetz fertig bringt, das die anderweitige Verwendung der angekündigten Gelder bestimmt, also daß er sich über die Witwen- und Waisenversicherung einigt.

Das zeigen uns die mahllos heftigen Ausflüsse einiger Kunzlerblätter gegen die gewaltige Witwen- und Waisenversicherung. Für das Zentrum ist die Frage freilich sehr wichtig; es bestand damals auf die Einführung dieser Einrichtungen, um eine leichtere Absolution für seine Mitswirkung beim Brotnutzertarif zu sichern. Wir glauben, dies Thema wird noch einmal sehr wichtig werden.

Das Unheil der Polizeiaufsicht. Freilich ist, worüber unser Leiter durch die Tagespresse unterrichtet sein werden, der Hauptmann von Köpenick begnadigt worden, der durch die über ihn als Verbrecher verbürgte Polizeiaufsicht auf's neue zu einem Verbrechen, zur Verbrauchung des Köpenicker Stadttaffet getrieben, und diehhalb zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Dieser Fall und sein unumstrittiges Ende hat die schärfsten Kritiken gegen die Polizeiaufsicht gezeigt und der berechtigte Forderung nach ihrer Abschaffung starke Nachdruck verliehen. Wir haben es darin mit einer Erhöhung zu tun, die vorgeläßt dem „Schutz“ der bürgerlichen Gesellschaft“ gegen das Verbrechertum dienen soll, tatsächlich aber das Gegenteil bewirkt; eine schwere Strafe gegen die Gesellschaft. Es ist längst ermittelt, daß hauptsächlich sie die Schuld trägt an der Rücksichtlosigkeit des Verbrechers. Sie widersetzt den wichtigsten Geboten der Vernunft, Gerechtigkeit und Humanität. Natürlich sind es fast durchweg Polizist, unter ihr zu leiden haben. Erfahrung lehrt, wie leicht ein von Not und Elend aufs äußerste heimgesuchter Arbeiter zu einem Diebstahl, zu einer Überfälligung, Geplündere oder einem sonstigen Eigentumsvergehen, förmlich getrieben wird, um nicht zu verhungern. Wird neben der Bestrafung auf Polizeiaufsicht gegen ihn erlaubt, so ist damit in der Regel sein Los besiegelt. Ein schreckliches Los! Die Polizei verfolgt ihn auf Schritt und Tritt und macht ihm in aller Eile schreckliche Schäden.

Die Polizeiaufsicht ist ein alter Handwerksmeister in der „Berliner Volkszeitung“ wie folgt:

„Wenn ich einmal einen Gesellen in Arbeit genommen hätte, der schon mit den Gesetzen in Konflikt geraten war, was bei einem arbeitslosen Menschen nur zu leicht der Fall sein kann, so kann ich nach wenigen Tagen, der Genauigkeit mit der Frage: „Arbeiter bei Ihnen der und der?“ — und auf meine befahende Antwort folgte die weitere Frage: „Wissen Sie, daß der Mann bestraft ist?“ Fast immer mußte ich diese Frage verneinen, und nun erfolgte die Ausführung des mehr oder weniger „Stundentests“ des bei mir in Arbeit Stetzenen, der sich wieder leicht durch die Welt schlagen wollte. In der Regel wurde einem dann so lange, weniger vor dem Arbeiter, als vor den polizeilichen Belästigungen, denen man danach ausgesetzt war, daß man es oft, wenn auch mit schwerem Herzen vorzog, den Arbeitswilligen wieder zu entlassen.“

So wurde er dann immer wieder auf die Landstraße geworfen und dem Hunger und dem Elende preisgegeben, statt auf der Wahrheit der Ordnung und der Rechtlichkeit festgehalten zu werden!“

Wer nie gehungert hat, der hat ja leicht, zu verdammen und zu strafen. Wer aber weiß, wie sehr Hunger und Kälte tun, der denkt in solchen Fällen ganz anders als diejenigen, die sogar dem Mittelbürger verbieten möchten, einem Bedürftigen etwas zu geben. Wie heißt es doch in der Bibel, auf die sich gewisse Kreise manchmal so leichtfertig berufen? „Brid dem Hungriernden dein Brod, und sie so im Elende sind, führe in dein Haus!“ Aber die Herren, am grünen Tisch verstecken unter dem „Haus“ oft nur „Brot und Brod“ und unter dem „Haus“ nur das „Arbeitslosenhaus“!

Fälle der hier geschilderten Art, daß ein gerichtlich bestrafte Arbeiter, der den besten Willen hat, sich ehrläufig durch die Welt zu bringen, von der Polizei aus Brod und Arbeit vertrieben und so aus zu Strafanlagen gezwungen wird, ereignen, sich fälglich, wie weiß, wie viele. Nur der geringste Teil dieser Fälle gelangt zur öffentlichen Kenntnis. Solche polizeiliche Praxis darf man wohl, ohne daß der Übertritt schwierig zu machen, eine verderbliche und unerträgliche Beleidigung der Moral der Gesellschaft, in Anlehnung der sogenannten „Streitkörten“ — vor elf Jahren demonstrativ erklärt: „Schwere Strafe (Bußhausstrafe) dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern!“ Das war die Enthaltung aus Bußhausstrafe, die dem Schuh der Arbeitsswilligen dienen sollte. Nach diesem Auspruch hätten schon sehr viele Polizeiaufsichtsorgane, die vorbestrafte Arbeitern ehrläufig Arbeit unmöglich gemacht haben, zu Bußhausstrafe verurteilt werden müssen. Wenn streikende Arbeiter, die bestreikt sind, bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, die für Menschenrecht eintraten, sich demütigen, arbeitende Klassengenossen zu veranlassen, sich ihnen anzuschließen, so ist dies unter moralischen und

allgemein rechlichen Gesichtspunkten nicht ansehbar. Wenn aber Polizeiorgane im Namen der „Ordnung“ arbeitswilligen vorbestrafte Arbeitern die Arbeit in gefüllter Weise unmöglich machen — so ist das ein Verfahren geradezu schändlicher Art. Dagegen die Bußhausstrafe anzubringen, wäre wahrlich nicht unberechtigt. Aber freilich, dieses Verfahren stellt sich auf „Mehr und Gesetz“. Also ist der Gesetzgeber der Verbrecher — der Gesetzgeber, der es sich nicht länger zu Mitleidigen machen durch festzuhalten an dem schlimmen System, sondern ihm ein Ende bereiten!

Das Zeugniszwangsvorfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ über das wir in letzter Nummer unseres Blattes berichtet, ist eingestellt und die zuerst wegen Zeugnisverweigerung verhängte Geldstrafe von 40 500 ist durch Beschluss des Frankfurter Gerichts aufgehoben worden. Damit hat eine „Sensation“, die für die reaktionäre preußische Verwaltungspraxis außerordentlich dramatisch ist, ihr Ende gefunden.

Die Affäre ist bemerklich durch den Fall Schüting veranlaßt worden. In diesem Falle soll eine „Wendung“ eingetreten sein. Die Regierung soll geneigt sein, der öffentlichen Meinung, die über das gegen den Hohenzoller Bürgermeister eingeleitete Disziplinarverfahren mit Recht empört ist, Rechnung zu tragen, und dem Verfahren gegen Schüting Einhalt zu tun. Man folgert, daß vornehmlich daraus, daß der Schleswiger Regierungsvorstand den derartigen Verfahren ins Werk setzte, „beruhkt“ worden ist.

Eine nach unserem Ermessens richtigere Ansicht geht dahin, daß darauf nichts zu geben ist und das Verfahren gegen den „Unwürdigen“ seinen Fortgang nehmen wird. Alle, die den Fall ernsthaft und ehrlich beurteilen, sind überzeugt, daß der Regierungspräsident nicht ohne Zustimmung der maßgebenden Stellen in Berlin gehandelt hat. Denfalls haben diese Stellen nichts gesah, daß doch zweifellos zu ihrer Kenntnis gelangte Verfahren zu verhindern. Sie sind beruhigt, die Einstellung des derselben anzunehmen. Das hätten sie sicher längst getan, wenn sie nicht damit einverstanden wären. So wird Schüting wohl dafür büßen müssen, daß er den Mund hatte, die Wahrheit über die preußische Reaktion zu schreiben. Aber die hoffnungswerte Macht wird dabei sicher nichts gewinnen.

Die Streikbewegung in Russland während des Revolutionsjahres. Das russische Handelsministerium veröffentlichte vor kurzem die Statistik der Arbeiterstreiks auf den Fabriken und Werken in Jahr 1905, die eine Fülle schrecklicher Material über die Sturm- und Drangperiode der russischen Arbeiterbewegung enthält. Besonders zeigt, daß es geboren erscheint, die Ereignisse der letzten Jahre an den Hahn genaueren Daten frisch zu beleuchten, ist diese Statistik doppelt wertvoll.

Das genannte Werk kann zwar den Anspruch nicht erheben, eine erschöpfende Darstellung aller Arbeiterstreiks im Jahre 1905 zu geben. Es sind in weitaus nur die Streiks berücksichtigt, die in den industriellen Städten, die der Fabrikinspektion unterstellt sind, stattfinden. Dagegen sind die Streiks der Eisenbahner, Grubenarbeiter, Landarbeiter, Handarbeiter usw. völlig außer acht gelassen. Der wirkliche Umfang der Arbeiterstreiks dürfte daher die Angaben des offiziellen Werkes fast um das Doppelte übertreffen.

Trotz dieser Unvollständigkeit der offiziellen Statistik entstellt sie vor uns ein überwältigendes Bild. Zur den der Fabrikinspektion unterstellt 14 066 industriellen Städten mit 1 651 957 Arbeitern wurden im Jahre 1905 registriert 13 110 Arbeitseinstellungen, an denen 2 709 695 Arbeiter teilnahmen. Die Zahl der an den Streiks beteiligten Arbeiter übertraf also die Gesamtzahl der Arbeiter um mehr als anderthalbmal! Im Vergleich mit dem vorhergehenden Decennium erhalten wir folgende Zahlen:

	Streitfälle	Streiteinnehmer		
	Gesamtstädt.	Auf je 100 Gesamtstädt.	Arbeiter	Auf je 100 Arbeiter
1895 bis 1904 durchschnittlich im Jahr...	176	9,98	43125	2,7
1905	13110	93,2	2709695	163,8

„Dieser außergewöhnliche Aufschwung der Streitfälle — so bemerkt der offizielle Autor — erscheint während des letzten Decenniums beispiellos nicht nur in der Geschichte der Arbeitseinstellungen in Russland, sondern in der ganzen Welt: nach der Intensität der Streikbewegung übertrifft Russland im Jahre 1905 Amerika und Deutschland um das Hundertfache, Frankreich um das Zehnfache; die absolute Ziffer der Streitenden übertrifft die Gesamtzahl aller streikenden Arbeiter im Jahre 1900 in sieben der in industrieller Beziehung entwickeltesten Staaten der Welt mehr als um das Doppelte.“

Die Zahl 2 709 695 gibt — wie aus der angeführten Tabelle bereits ersichtlich ist — nicht die tatsächliche Zahl der streikenden Arbeiter an, sondern bloß die Gesamtsumme aller an verschiedenen Orten stehenden (manche Städte trennen im Laufe des Jahres 2, 3, zwischen sogar 10—12 mal) teilnehmenden Arbeiter. Die offizielle Statistik gibt die Zahl der streikenden Arbeiter durchschnittlich auf 90 p. 100 aller beschäftigten Arbeiter an. In Petersburg und in den Grenzgebieten (Russisch-Polen, Litauen, Ostsee-Provinzen, Kaufus usw.) war diese Zahl weit höher. So nahmen im Gouvernement Petersburg 75 p. 100 und in Livland 90 p. 100 aller beschäftigten Arbeiter an den Ausständen teil!

Es muß natürlich hergehoben werden, daß die politische Massenbewegung einem großen Teil der Ausstände einen ausgesprochenen Charakter verleiht. Einem mehr oder weniger kleinen Charakter tragen 8900 Streiks mit 1 680 000 Teilnehmern, und von diesen werden in der offiziellen Statistik als rein politische bezeichnet 5836 mit 64 000 Teilnehmern. Hieraus folgt aber nicht — wie von mancher Seite behauptet wird — daß die russische Arbeiterbewegung im Jahre 1905 einen überwiegend politischen Charakter trug. Gewiß, das politische Element war häufig vorherrschend, von nicht zu unterschätzender Bedeutung war aber auch — insbesondere in den politisch mehr rücksichtigen innerrussischen Gouvernementen — der spontan ausbrechende ökonomische Kampf. Die Gewerkschaften des Blut-

sonntags in Petersburg vernichtet nicht nur den politischen Subsistenznuss der breiten Massen, sie wecken auch eine unselige ökonomische Bewegung, die, aller Sorgenlosigkeit widerstrebend, sich über das ganze Land ergibt.

Im offiziellen Bericht heißt es: „Augeblick der Besonderheiten der rein revolutionären Stimmung des Jahres 1905, regte das Interesse für ökonomische Forderungen die Massen der Fabrikarbeiter jedenfalls nicht in geringerem, sondern eher in größerem Maße an (als die politischen Forderungen).“ Hierauf weisen auch folgende Tatsachen hin: „Jeder rein ökonomische Streik hatte im Durchschnitt mehr Teilnehmer, als ein politischer Streik; ferner übertrafen die Gesamtzahl der Teilnehmer an ökonomischen Streiks die der Teilnehmer an politischen Streiks; die letzteren wurden endlich weniger beharrlich geführt und hielten kürzere Zeit an als die ersten.“

Diese Tatsachen sind außerordentlich bedeutsam. Sie weisen darauf hin, daß die Sturmflut des Jahres 1905 in bedeutendem Maße dem spontanen Drang der russischen Arbeiterschaft, zur Aufbewahrung ihrer ökonomischen Lage entsprang. In ähnlichen Schwüngen lebte sie sich über die Schranken hinaus, die das Kapital im Bunde mit dem Aristokratismus für sie erichtet hatte, und eroberte nicht nur, auf politischem Sonderweg auch auf ökonomischem Gebiet eine Position nach der anderen. Sie unterlag hierauf im ungleichen Kampf gegen eine Welt von Feinden und lebt nun dank der appaltischen Krise, der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Stadt und Land, der exorbitanten Preisesteigerung aller Lebensmittel und endlich dank der brutalen Ausplünderungskräfte der Unternehmer in ärgsten ökonomischen Verhältnissen als vor 1905. Dieselben Überprüfung ihrer ökonomischen Lage, die sie damals das Hauptgewicht auf ökonomische Forderungen legte ließen, müssen sie aber auch jetzt in den Kampf treiben. „Man darf nicht denken,“ so schreibt der liberale Nationalökonom Steuerjahn (Kl. Redon, Nr. 14), „daß unsere Sozialisten sich aus dem Zustand der jetzigen Depression erheben. d. h. sobald ein günstiger Moment für die Entwicklung einer neuen Welle ökonomischer Streiks eintrete; werden sich diese überwältigen, ungestraft aller Hemmisse, über das ganze Land ergießen.“

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird; werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hausstädte:

Hamburg (Sperre über Unternehmer Zeidler, die Bauten sind Eppendorferlandstraße, Wolzenweg, Ovelgönnerstraße und Methfesselstraße, und Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook), **Lübeck** (Sperre über Görner & Heidereich);

Schleswig-Holstein:

Quickborn (Streik), **Trittau** (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstätte Meierei in Möhnen), **Rendsburg** (Sperre über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlshütte);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrenshop a. Pischland** (Sperre über Helms);

Brandenburg:

Wittstock a. d. D. (Streik), **Neu-Buch** (Sperre über Ehrlich), **Königs-Wusterhausen** (Sperre über den Schulbau in Zerbst), **Fürstenwalde** (Sperre über Pätz);

Ost- und Westpreussen:

Neidenburg (Streik), **Hammerstein** (Sperre über Kofat und Karge), **Osterode** (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

Schlesien:

Märzdorf (Sperre über Schiundel in Grebelwitz), **Hundsfeld-Rosenthal** (Sperre über Vetter aus Weide), **Neustadt I. Oberschl.** (Sperre über Hahnel);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, Börndt & Söhne, Berliner Straße, in L. Mücke K. Edlich, Hühnerbeinerstraße), **Lautsch** (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), **Knauteberg** (Sperre über David Ludwig und L. Loos), **Saupsdorf bei Zwickau** (Sperre über Bürger aus Schönheide), **Milsen** (Sperre über Ferd. Döhn in St. Niklas und Ernst Meier in Otmannsdorf), **Grimma** (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Stassfurt (Streik), **Cracau**, **3. Magdeburg** (Sperre über Weingart), **Kouschberg** (Sperre über Bautzmann aus Lützen), **Halle a. d. S.** (Sperre über Steger in Passendorf), **Weissenfels** (Sperre über Oskar Paasche, Bahnhof Corbeta);

Thüringen:

Anstadt (Sperre über Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kreitschmar);

Bamberg, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wittingen (Streik), **Stadthagen** (Sperre über Pape in Nordfisch und Pape in Helpsen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Münster**, **Westerstede** u. Umgegend (Differenzen), **Visselholz** (Differenzen), **Verden** (Sperre über die Bauten der Metallwerk-Aktiengesellschaft), **Gianfarde** (Sperre über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), **Grusendorf** (Sperre über Thiele aus Lehrte), **Grusendorf** (Sperre über Ringe);

Hessen:

Kinteln (Sperre über Ackermann in Oberkirchen und Ebingen in Wieden);

Westfalen und Rheinland:

Eberfeld-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfürth aus Gerresheim und über die Arbeiter der Firma Dieidier & Co. aus Stattin an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Bonath** (Sperre über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), **Castrop** (Sperre über Kleine, Lamperts und Vellemer), **Solingen** (Sperre über Fischer), **Überhausen** (Sperre über Volbracht);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Sperre über Steidle), **Mühlhausen** (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal);

Bayern:

Bayreuth (Sperre über Hoffmann, Realschule);

Fliesenleger:

Mülheim-Kirr (Sperre über Möhlenbrück & Matheis), **Kiel** (Differenzen).

Isolierer und Steinholzleger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik).

Schweiz:

Olten (Streik), **Bern** (Differenzen);

Oesterreich:

Kladno, Kralup, Neuhaus, Prossnitz, Triesch.

Gau Köln:

An den Neubauten des Unternehmers Fischer in Solingen kam es am 15. August zur Arbeitseinstellung, weil sich Fischer, mit dem noch sechs Jahre Schiedsgerichtsentschieden sind, mal wieder weigerte, den vertraglich festgelegten Lohn zu zahlen. Sämtliche Maurer und Hilfsarbeiter auf dem Neubau Provincial-Gießerei-Sanatorium und drei Maurer und zwei Hilfsarbeiter am Neubau Eisenbergerstraße legten die Arbeit nieder. Beteiligt waren über hundert Männer, die mit Ausnahme von circa zehn christlichen Organisationen den Verbänden der Maurer und Hilfsarbeiter angehörten. Nach einjähriger Dauer kam es zur Einigung mit Fischer, der sich verpflichtet hat, mit dem Unternehmerverband abgeschlossenen Arbeitsvertrag anzuerkennen, sämtliche Leute wieder einzustellen, eine den Arbeitsschäden des Arbeiters entsprechende, genügend große Baubude herzurichten und den Italienern durch die Gantinenbüttel das Essen zuzubereiten zu lassen. Fischer teilte am 17. August an der Anfahrt sämtliche Leute ein, dagegen erklärte er den Leuten, die an dem Bau Eisenbergerstraße beschäftigt waren, er habe keine genug, er wolle sie nicht mehr. Dasselbe erklärte er auch den Vorständen der drei Arbeiterorganisationen, die erneut wegen der Nichteinstellung bei Fischer vorstellig wurden. Dabei fügte Fischer gleichzeitig im Arbeitsmarkt dreizehn Italienern. Die drei Vorstände waren nunmehr der Überzeugung, daß es sich hier um eine Maßregelung handele, gegen die man sich wehren müsse. Der Vorstand der Christlichen, Flecken, wollte auch sofort die Arbeit von der Anstalt davon in Kenntnis sezen. Da die beiden anderen sofort keine Zeit dazu hatten, wurde die Angelegenheit bis zum Erreichen der Christlichen verschoben. Am 20. August traf nun unter Geworrvorsitzender Ruth, der auch die Abmachungen mit Fischer getroffen, an Köln ein und verständigte sich mit dem christlichen Vorstand Fischer und seinem Vorstand Udo Sahn, dass am anderen Tage sämtliche Leute bei Fischer die Arbeit wieder einfassen sollten. Der christliche Fischer legte nach bei dieser Gelegenheit: „Es wäre doch eine Schande, wenn wir mit den drei feuerfesten Organisationen, die wir hier haben, den Fischer nicht abwenden können, sein Wort zu halten.“ So weit, so gut. Am Freitag aber, nämlich Auseinandertritt der christlichen Arbeiter, Deutsche wie Italiener, bei Fischer auf, mit ähnlichem Ausdruck der zehn christlich-organisierten Maurer. Wie sie sagten, befürchteten sie wieder „3. Schadenarbeitsabkommen“ zu bekommen, da sie nicht am Tage vorher gefindigt hätten. Sie wollten deshalb am Sonnabend aufzuhören. Am Sonnabend abend nun beschlossen die Christlichen, keine Solidarität zu üben. Wie man in einer Zuschrift an den „Bergischen Volksfreund“ behauptet, soll es sich bei der neuzeitlichen Arbeitseinstellung nicht um nichtbillige Forderungen, sondern um Prinzipientreithei handeln, die Arbeiter der Baufirma Cronenbergerstraße hätten mit Arbeitseinschränkungen nichts gemeint gehabt, weil sie nicht mit dem Halbfestigkeit in Beziehung standen. Eine größere Heuchelei ist doch noch nicht dagewesen. Das ist die Arbeiter vom Bau Eisenbergerstraße die Arbeit auf Anordnung der Organisationsleitung einzustellen, weil Fischer wegen Wichterkenntnis des Vertrages für sein gesetztes Baugeschäft nicht nur für den Halbfesthof gesperrt wurde und auch gezwungen werden sollte, den Tarif anzuerkennen. Weshalb ist das Verlangen der Wiedereinstellung am Kampfe Beteiligter, nun Prinzipientreithei? Eine aus dem Grunde, weil sie freigemacht waren? Das wäre gewesen, wenn die betreffenden Arbeiter christlich organisiert wären? Wir hätten das Gefühl nicht hören mögen, wenn es sich um christliche Gewaltregelte gehandelt hätte, und die freigemachten Arbeiter hätten sich geweigert, Solidarität zu üben. Da man nun um höchsthaltige Gründe für die Beftölung des Arbeitervertrages verlegen ist, so sucht man eben welche mit den Haaren beftzogenziehen. So behauptet man, die Kollege Ruth hätte dem Bauführer Fischer vorgelegten, daß Gorge zu tragen, daß eine Partei am Halbfesthof verschwinden. Das ist eine ganz gemeine Säge. Wie heißt das, das Bildwort: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nachsten!“ Das ist also die Schau getragene Christlichkeit. Erst verschaffte man sich mit Hilfe der freigemachten Kollegen den vertraglichen Lohn und dann verließ man den Delfter in der Not und lädt ihn seine Feinde im Tisch. Die Arbeiterschaft wird sich das Verhalten der Christen merken.

Arbeitsmenschen mögen die Christlichen nicht denken, daß sie hiermit schon über alle Berge wären. So haben wir

nicht gewettet! Die Angelegenheit wird weiter verfolgt werden und der christliche Verband wird sich äußern müssen, ob er ein solches Verhalten seiner Mitglieder aufweist und hingehen läßt. Wer mit uns zusammenarbeiten will, muß auch christliche Waffenbrüderhaft halten, er kann nicht an einem Ort mit Verrat arbeiten, wenn er in der Allgemeinität mit uns zusammengeht.

Die Bewegung für Durchführung des Vertrages in Wermelskirchen ist beendet. Zuerst war, wie wir berichtet haben, der Unternehmer Hufschmidt gesperrt worden. Außer diesem sträubte sich noch der Unternehmer Langen dagegen, den Vertrag anzuerkennen. Als wir diesen dazu aufforderten, meinte er, er wolle wohl fügen, aber er möchte nicht der erste sein. Darauf blieb uns nichts weiter übrig, als auch ihm zu sperren. Da der Brüderfeind hoffte die Streitbrecher aber eingesehen, daß es doch nicht richtig ist, ihnen Kollegen in den Rücken zu fallen und in dieser Erfahrung lehrte sie die Arbeit ebenfalls niedera. Bereits vorher hatte sich Hufschmidt telefonisch an unseren Gauleiter Ruth (in der vorigen Nummer hatte ihn der Brüderfeind Ruth getauft) gewandt, daß er unterhandeln wolle. Als er jedoch gekommen, machte Hufschmidt den Vorfall, er wolle den Vertrag anerkennt, wollte, weil er augenscheinlich die Maurerarbeit hätte, die Maurer gegen Hufschmidt arbeitswillig mit Erdarbeiten beschäftigen. Das lehnte wir ab, denn wir wußten, daß er wohl Maurerarbeit hatte. Erst als die Streitbrecher von der Arbeit fortblieben, begnügte sich Hufschmidt zur bedingungslosen Akzeptanz des Vertrages.

Zu der dann stattfindenden Verhandlung waren auch Hufschmidt und Langen erschienen, und hier gab Hufschmidt nochmals die Erklärung ab, daß er den Vertrag anerkenne. Nebenbei beschwerte er sich darüber, daß man keinen „arbeitswilligen“ Polster, so wenig respektvoll behandelt hatte. Nach einigem Hin und Her erklärte ich auch lange bereit, den Vertrag anzuerkennen. Es bleibt nun noch der Unternehmer Pfleider. Pfleider pflegt noch auf den Vertrag, obwohl er Mitglied des Arbeitgeberbundes ist. Wir werden nun vom Bunde verlangen, daß er entweder Pfleider veranlaßt, den Vertrag anzuerkennen, oder wir werden die Arbeit für die Maurerarbeit rückerlangen.

Gau Dresden.

Die Kollegen in **Schön** haben, wie aus dem Verhandlungsbericht in der heutigen Nummer zu ersehen ist, den Vertrag zugestimmt.

Gau Erfurt.

Nachdem nun am 14. und 15. August von den beiden Parteien die abgeschlossenen Verträge unterzeichnet sind, wollen wir einen kurzen Rückblick auf die diesjährige Lohnbewegung in Gau hin. Im Anbetracht der sich schon im vergangenen Herbst bemerkbar machenden Krise und des Plans des Arbeitgeberbundes, Ausperrungen, großen Streiks herzuführen, hielten wir es im allgemeinen für gut, eine abwartende Stellung einzunehmen. Aus diesem Grunde haben wir auch in wenigen Orten Lohnbewegung gehabt, nämlich in **Eisenach**, **Gotha**, **Jena**, **Kahla**, **Meiningen**, **Salzungen** und **Weimar**.

In **Eisenach**, **Salzungen** und **Weimar** leiteten die Unternehmer die Bewegung ein, indem sie uns zur Verhandlung einluden und den Mustertarif vorlegten. In **Gotha**, **Jena**, **Meiningen** und **Kahla** stellten die Kollegen Forderungen, und auch hier wurde, mit Ausnahme von Meiningen, der Mustertarif vorgelegt. Mit Ausnahme von Kahla, wo die Unternehmer auf zwei Jahre verteilt, 3 1/2 Lohnzulage angeboten, und in Meiningen, wo für 1909 2 1/2 angeboten werden sollte, ließen wir es in den anderen fünf Orten des Mustervertrags ohne jede Veränderung angenommen werden. In **Weimar** waren die Unternehmer sogar so freundlich, und wollten den Lohn auf 40 bis 44 1/2 festlegen, obwohl schon im vorigen Jahre im allgemeinen 44 und 45 1/2 gezahlt wurden. In **Meiningen** wurde die Lohnzulage von 2 1/2 für 1909 mit dem alten Vertrag angemommen. Mit Ausnahme von Kahla, die die Unternehmer sogar so freundlich und wollten den Lohn auf 40 bis 44 1/2 festlegen, obwohl schon im vorigen Jahr in Kahla 44 1/2 gezahlt wurde. Mit Ausnahme von Kahla und in Kahla die Lohnzulage von 3 1/2, die Kollegen gegen den Mustertarif und seine schönen Bestimmungen blöd gemacht haben. Außerdem hatten auch die Unternehmer die einzelnen Paragrafen in ihrer Vorlage etwas anders gestellt als im Mustertarif, und so hatte wohl die Kommission diese Verziehung nicht erkannt. Groß war die Freude bei den Unternehmern, als in der Arbeitgeberzeitung unter „Thüringen“ mitgeteilt wurde, in Kahla sei der Mustervertrag angenommen. Möglich war dies dadurch, daß der Zweigverein Tarifordand dem Gauvorstand nicht das genügend einer Lohnbewegung mitgeteilt hatte. Nach Bekanntgabe des jetzt bestehenden Vertragsmaßstab durch die Verhandlungen am 25., 26. und 27. März in Berlin erfolgten mit Ausnahme von Jena, weitere Verhandlungen in den einzelnen Orten, um die Lohnzulage zu regeln. Zur Einigung reichte zum Abschluß eines Vertrages kaum ein in seinem Bereich liegender Tarif aus, weil er in seinem Bereich bestimmt ist. Daher wurde mit Ausnahme von Gotha, wo man 3 1/2 Zulage für das nächste Jahr hat, nirgends Lohnabschöpfungen eingetragen. In Kahla sogar hatte sich die Situation verschärft, indem, wohl zur Strafe dafür, daß der Gauvorstand den Mustertarif nicht unterschriebe, die Unternehmer die angebotene Zulage für 1909 von 3 auf 2 1/2 vermindert hatten. Am vaterlichen Tarifordand der Unternehmer, froh zu sein, daß es bei der nächsten Zeit nicht vom Lohn absieben wollten, hat es in den Verhandlungen nicht geschafft. Neben diesem „glücklichen“ Zulageversuch verfügte man mit der Arbeitsschärfel auf die eingeworbenen, in den Verhandlungen einmal ein Wort redeten. Schließlich hat es nichts, Verträge fanden nicht zu stande. Dabei hatten wir das Gefühl, als wenn die Beftölung gar kein Interesse an dem Abschluß von Verträgen hätte. Die Zeit erinnert den Unternehmern an so glücklich, und die Siege in Berlin, Halle und Erfurt im Jahre 1907 ließen manch kleinen Geist von noch größeren Träumen. „Sie sind gar nichts.“ Wie Verband hat abgewirtschaftet. „Wie die nächsten fünf bis zehn Jahre sind wir nie oben.“ Das sind nur einige Worte, die uns noch von den vielen in Erinnerung sind, die bei den Ver-

handlungen einzelnen erregten Herren entzündeten. Bei den zentralen Verhandlungen in Berlin am 23., 24., 25., 26. und 27. April musste auch für den Bau Erfurt konstatiert werden, daß außer Meinungen kein Vertrag zu stande gekommen war, doch überall noch Streitpunkte, in der Hauptrichtung über den Lohn, bestanden. Der gefallene Schiedsspruch hat manchen Kollegen nicht befriedigt, jedoch sind zum großen Teil auch die Unternehmen mit dem Ausgang der ganzen mit so viel Kritik angelaufenen Bewegung nicht zufrieden. Mit Ausnahme von Eisenach, wo nach dem Schiedsspruch die Unternehmer für beide Vertragsparteien keine Zulage zu geben brauchen, mußte überall, trotz dem klaren Willen des Schiedsspruches, immer noch bei den Verhandlungen gekämpft werden. Fast in jedem Orte hatte man „juristisch“ ein anderes Dach gesucht, um die klaren Sätze des Schiedsspruches umgehen zu können. Das Ende war, daß Jena wegen Punkt 3 und Salzungen wegen Punkt 4 das Kollegium der Unparteiischen um Absehung der kritischen Punkte anriefen. Die Unparteiischen füllten in beiden Fällen den Schiedsspruch so, wie ihn die Unternehmer resp. ihre Vertreter auslegten. Dies hindert aber die Unternehmer in Salzungen immer noch nicht, auch mit diesen Schiedsspruch nicht einverstanden zu sein; sie haben Protest beim Kollegium eingereicht und ihr Bundesvorstand soll ihn vertreten. Ancheinend sind sie mit ihrer Bezirksvertretung nicht mehr zufrieden. Das ist ein Ortsverband der Arbeitgeber, obwohl es heißt, daß die gefallenen Schiedssprüche endgültig sind. Auch die Jenauer Herren sind zwar mit dem Spruch des Kollegiums nicht einverstanden, haben sich jedoch damit abgefunden, wahrscheinlich in Abetracht der guten Konjunktur, die in Jena herrschte und der Hinterfutur im § 4 des Vertrages, die bei dem Worte „angemessen“ eine Gegenleistung sieht. Hoffentlich vertrauen die Kollegen nicht nur in Jena sondern überall durch ihre Organisation und ihre Solidarität den Unternehmern diese Aussicht.

Verträge, die bis zum 31. März 1910 laufen, sind nun abgeschlossen in Eisenach, Gotha, Jena, Kahla, Weiningen, Weimar, Wetzlar, Suhl und Sonneberg. Die letzten drei Orte standen nicht mit in der großen Bewegung, sondern sind erst nach Fällung und auf Grund des Schiedsspruches zu Verträgen gekommen. Dabei wurde in Wetzlar eine Lohnreduzierung von 3 % verhindert. Hier trat am 1. März auf Kürze früherer Abmachungen eine Lohnzulage von 3 % ein; da sich die Herren in der Zwischenzeit organisiert hatten, so sollte die erste Tarif der Organisation wahrscheinlich der Bruch des geschmackten Zugeständnisses sein. Bei den Unternehmern in Langensalza, Ilmenau und Rudolstadt ist noch Neigung vorhanden, einen Vertrag abzuschließen; in Ilmenau und Rudolstadt soll es den Herren jedoch nichts kosten, und in Langensalza wollen sie im Jahre 1909 1 % zuliegen. In allen drei Orten haben die Kollegen dies Verlangen abgelehnt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß es in Langensalza doch noch zum Vertragsabschluß kommt.

Außer den Kollegen in diesen Orten hatten noch Forderungen gestellt die Kollegen in Auhus, Frankenhausen und Waltershausen. In Frankenhausen behielt die Zinnung nach zweimaligem Verhandeln, daß bei der schlechten Konjunktur von den 1. Juli nicht über eine Lohnzulage geredet werden könnte. Da sich ancheinend die Konjunktur aber nicht gebegeistert hat (Mitteilungen darüber konnte der Sauborstand bis heute nicht erhalten), so ist es wahrscheinlich beim Allen geblieben. In Auhus hat man sich auf 42 bis 44 % Lohn geeinigt; das bedeutet eine Zulage und auch keine. Von Waltershausen fehlt jede Nachricht. Die beiden restigennannten Orte haben auch sonst ihre statutarischen Bestimmungen betreffs Lohnbewegung dem Sauborstand gegenüber nicht erschaut.

In Nordhausen haben die Kollegen einen Vertrag bis 1909, haben aber trotzdem auf ihre Ertrüche eine Leitungszulage von 2 % erhalten.

In Apolda hatte die Innung im Herbst 1907 versprochen, den Lohn am 1. April 1908 von 38 auf 40 % zu erhöhen. Das ist auch gelungen.

Im Arnstadt mußte sich der Lohn nach im vorigen Jahre getroffener Abmachung am 15. April von 43 auf 45 % erhöhen. Ein Unternehmer wollte es sich erst noch überlegen, während bei Greifswald schon am 11. April statt 43 nur 40 % gezahlt wurden; also statt Zulage Abzug. Der Unternehmer hatte wenig oder gar nichts zu tun und konnte sich darum dies Vorhaben erlauben. Die Kollegen stellten die Arbeit ein und das Geschäft wurde gesperrt.

In Tambach war den Unternehmern, wohl infolge der Gründung eines Arbeitgeberverbandes für Georgenthal und Umgegend, das Blut in den Kopf geliefert. Zwei von ihnen versuchten Abzüge zu machen. An der Einigkeit der Kollegen scheiterte der Plan, obwohl es in Januar war.

Beachtliche Lohnunterdrückungen in Treffurt und Heringen von je 3 % die Stunde wurden durch das Eingreifen der Gauleitung wieder rückgängig gemacht. Die Treffurter Kollegen lohnten dieses durch Austritt aus dem Verbande.

In einigen anderen Vereinen war auch der Wunsch nach Lohnbewegung vorhanden. Nach Lage der Verhältnisse konnte jedoch der Rat nur lautete: Abwarten!

Alles in allem genommen, hat sich die diesjährige Bewegung ruhig abgewickelt, und es ist zu hoffen, daß die Entwicklung der Organisation dadurch nicht gefährdet worden ist.

Von Ilmenau wird berichtet, daß sich die Kollegen in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung noch einmal mit dem Vertrag beschäftigt haben und wiederum die Ablehnung beschlossen haben. Der im Vertrage angebotene Lohn von 40 % bleibt hinter dem jetzt gesetzten Lohn zurück und auch gegen die Höhe im vorigen Jahre bedeutet der Vertrag eine Verstärkung.

Gau Leipzig.

Von Weissenfels berichtet man uns. Im vergangenen Jahre hat unsere Organisation mit dem Arbeitgeberverband einen Vertrag abgeschlossen, wonach der Stundenlohn bis zum 31. März 1909 48 % betragen soll. Dieser Vertrag scheint den Herren sehr in den Sledern zu liegen; denn bereits im Mai dieses Jahres wurde die Lohnkommission der Maurer zu einer Sitzung des Arbeitgeberverbandes eingeladen, in der die Unternehmer das Ergebnis stellten, die Organisation der Maurer sollte von ihrem vergangenen abgeschlossenen Vertrage freiwillig zurücktreten, da es für die Unternehmer unmöglich sei, bei der ungünstigen Geschäftslage den Stundenlohn von 48 % zu zahlen. Natürlich blieb die Lohnkommission den Herren die Antwort nicht schuldig, so daß die Unternehmer bis jetzt von einer Lohnreduzierung (mit einigen Ausnahmen) abgesehen haben. Jetzt wollen die Herren, weil viel-

leicht die Arbeitszeit halb kürzer wird, die früheren Arbeits- und Lohnverhältnisse wieder einführen; denn einem Kollegen der Lohnkommission würde folgendes Schreiben zugeschickt:

Weissenfels, den 26. August 1908.
An die Lohnkommission der organisierten Maurer,

Auf die jetzige schlechte Geschäftslage sowie die mittleren Geldverhältnisse hin, in der Hauptrichtung aber, da die außer unserm Verbande stehende Konkurrenz den mit der Lohnkommission vereinbarten Lohn ebenfalls nicht zahlt und weil der abgeschlossene Tarif vom Deutschen Arbeitgeberverband keine Genehmigung gefunden hat, hat der Arbeitgeberverband seine Lohnkommission gebeten, den Tarif vom 48 % Höchstlohn herabzusetzen und soll vom nächsten Sonnabend ab in Kraft treten.

Der Vorstand.

(Stempel des Arbeitgeberverbandes.)

Auf dies Schreiben ist den Unternehmern sofort die Antwort zugegangen, daß die Maurer an dem festgesetzten Lohn unbedingt festhalten. Wahrscheinlich denken die Herren beizitzen daran, daß es ein Gewerbegefecht gibt. Nun zu dem Schreiben selbst einige Worte. Die Unternehmer behaupten, die Hauptrichtung sei die außer ihrem Verbande stehende Konkurrenz; der Lohnkommission ist aber nichts von einer Umgehung des Tarifs seitens solcher Unternehmer gemeldet worden, wohl aber von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes (z. B. Zimmerling). Als im Mai d. J. die Sitzung des Arbeitgeberverbandes mit der Lohnkommission stattfand, wurde von fast sämtlichen Unternehmern darauf hingewiesen, daß alle den festgesetzten Lohn zahlen müssten; trotzdem zog ein Unternehmer (Zimmerling) den Lohn nicht. Es aber fehlt von Unternehmern, daß auch für diesen Unternehmer die Abmilderung gegeben habe.erner erzählte die Unternehmer, weil der abgeschlossene Tarif keine Genehmigung vom Deutschen Arbeitgeberverband gefunden habe, könnten die Herren ebenfalls nicht zahlen. Hierauf worten wir ihnen nur erwidern, daß es dem vollständig gleich ist, ob der Tarif Genehmigung gefunden hat oder nicht. Unser Tarif ist vergangenes Jahr abgeschlossen und das ist für uns maßgebend. (Herr Mohler sagt doch selbst, wir richten uns nicht nach dem Arbeitgeber-Verbande, wir machen, was wir wollen.) Auf eins muß man die Herren noch aufmerksam machen. Als die Streitleitung vergangenes Jahr bei dem Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes, Herrn Hermann, zweckdienlicher Beilegung des Streits durch Abschluß eines Generalvertrages wurde, wurde von demselben erwidert, was nicht uns steht? Die Maurer hätten ihn ja doch nicht. Als ihm die Antwort zu wurde, daß es umgekehrt wäre, wollte der Herz bald aus der Haut fahren, aber jetzt liegt der Beweis vor uns. So gut es die Unternehmer in anderen Städten fertig gebracht haben, den Tarif zu brechen, befinden es die Weissenfeler auch, trotz Herrn Hermanns gegenteiliger Antwort und trotz des von verschiedenen Herren gegebenen Schwörwörter. Einigen haben die Unternehmer bereits den Anfang gemacht, den Plan durchzuführen. Am 29. August ist in allen Bauten und Kontoren der Unternehmer ein Plakat mit folgender Bekanntmachung ausgehängt worden:

„In der am 25. August 1908 stattgefundenen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes des Maurers und Zimmergerwerbes für Weissenfels a. d. S. und Umgegend ist beschlossen worden, den Höchstlohn für Maurer von 48 auf 45 % herabzunehmen.“

Dieser Beschuß tritt mit dem 29. August 1908 in Kraft und zwar so, daß die erste Lohnzahlung in dieser Weise am 5. September 1908 in Kraft tritt.

Weissenfels, den 26. August 1908.
Der Arbeitgeberverband des Maurer- und Zimmergerwerbes für Weissenfels a. d. S. u. Umg.

Eingeratener Verein.

Nach dieser Bekanntmachung find alle Unternehmer mit der Heraufsetzung des Lohnes durch Vertragsbruch einverstanden. Man darf aber nun wohl gespannt sein, wie sich der Unternehmer Hoffmann dazu stellt, der das neue Heim der Arbeiterschaft, das Volkshaus, aufzubauen. Hoffentlich greift der Gewerkschaftsrat hier sofort ein, falls auch dieser Miete machen sollte, den Lohn zu kürzen.

Soweit die Zukunft unserer Kollegen in Weissenfels, die aufs neue die Wahrheit dessen bestätigt, was wir im Vorarlertag über die Vertragsstreite der Unternehmer gesagt haben. Auch hier also sieht man sich über verbrieft und verfestigte Verträge hinweg, sobald man glaubt, die Macht dazu zu haben. Nur so weiter, ihr Herren!

Aus Frankreich.

In der französischen Monatsschrift „Le Mouvement Socialiste“ behandelt A. Picart die Aussprünge der Pariser Maurer. Er sagt ungefähr folgendes: Am 12. Juni 1906 mussten die Pariser resultation ihren Streit beenden. Sie begannen dann eine neue Taktik, die der passiven Resistenz: die Arbeiter regelten ihre Produktion nach den Leistungen der Schwächsten unter ihnen und hielten alle vorhandenen Vorschriften bei der Arbeit peinlich ein. Die Gehilfen forderten zu Beginn der Arbeit höhere Löhne, und wenn sie abgewiesen und andere angenommen wurden, machten diese es ähnlich, so lange, bis der Unternehmer nachgab. Durch diesen Kleinkrieg von Baustelle zu Baustelle wusste man die Meister mürbe zu machen und die Forderungen durchzusetzen, die früher abgewiesen wurden. Die Unternehmer sannen jetzt auf Mittel, die Gewerkschaft zu unterdrücken. Anfangs 1907 wurde ein Unternehmerverband gegründet, der sofort durch Annonce in den Provinzblättern geflügelte Arbeitskräfte nach Paris zu locken versuchte. Sie bereiteten eine Aussprünge vor, schoben die Inangriffnahme neuer Bauten auf, und bei den Unterhandlungen mit der Gewerkschaft wollten sie dieser einen Kontrakt aufzwingen, der alle Errungenschaften der letzten Jahre rückgängig mache. Am 4. April 1907 fing dann die Aussprünge an. Aber schon am 11. April wurde sie wieder aufgehoben. Eine Anzahl kleinerer Meister wollte nicht nach der Flöte der grossen tanzen; eine Anzahl Architekten und Grundbesitzer wendeten sich gegen die Aussprünge und überlegten, ob die grossen Unternehmer nicht auszuschalten wären. So schlug der Versuch der Unternehmer fehl; aber es war auch kein Sieg der Arbeiter.

Die alte Taktik, die Gewerkschaftsmitglieder durch Provinzler zuersetzen, dauert fort. Die Konsolidation des Unternehmerverbandes geht zugleich weiter; und da die Maurermeister immer mehr kapitalistischen Unternehmern Platz machen, wächst den Arbeitern ein immer stärkerer, besser organisierter Feind empor, mit dem sie noch viel schwerere Kämpfe zu führen haben werden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandskalender. Mit dem Verlauf des Kalenders ist diese Woche begonnen worden. Zweigvereine, die bisher ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, mögen das nun umgehend tun.

Geldsendungen für die Hauptrichtung sind nur an den Kaiserl. 3. Ritter, Hamburg 1, Befreiungshof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 23. bis 29. August 1908 sind folgende Verträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Wiesbaden A. 200, Alsfeld 100, Brandis 100, Bruchsal 200, Bergedorf 150, Braunschweig 800, Celle 486,55, Celle (Neumann) 10, Chemnitz 800, Delitzsch 350, Döbeln 300, Dortmund 2400, Flensburg 200, Gera 1600, Göttingen 700, Greif 60,80, Großenhain 600, Gelsenkirchen 200, Gotha 100, Gröningen 1. Schul 200, Commerce 600, Gengenbach 70, Harsburg 550, Hamm 17,29, Hamburg 3000, Kattowitz 400, Karlsruhe 400, Kaiserslautern 47,95, Lichtenfels 100, Löbau 300, Lüd 17,20, Lüdenscheid 100, Meissen 800, Mühlhausen 1. Schul 600, Mühlhausen 1. Schul 200, Mühlhausen 1. Schul 150, Osnabrück 200, Polzin 7,50, Peine 200, Pries 35,50, Rostock 50, Steinbeck 200, Steine 60, St. Johann 1800, Schleiden 55,80, Schleiden 100, Schmölln 250, Seehausen b. Wittenberg 100, Stadthagen 16,96, Taucha 200, Vegesack 400, Wilhelmshaven 800, Weimar 250,94, Wittau 100.

b) Für Kalender.

Bassau A. 25.

c) Für „Grundstein“-Einbanddecken.

Gießen A. 30.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingefüllt haben und denen nicht direkt eine andere Mitteilung geworden ist.

Gefunden ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Willy Döösche (Verb.-Nr. 13 418), geboren am 31. August 1887 in Riddagshausen, eingetragen am 3. Juni 1905 in Braunschweig.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Altenburg: Herrn. Roth (Verb.-Nr. 50 220), Edwin Herbig (264 932), Karl Endlein (475 535), Richard Radt (475 986); Stadttagen: Frieder. Bergmeier (357 089), Heinrich Bischfeld (357 083), Fried. Krause (409 937), Heinrich Kreigel (357 084), Aug. Hofmann (357 074), Friedrich Schröder (409 914), Wilhelm Paul (20 053), Ernst Paul (419 915); Bamberg: Johann Müller (291 230).

N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgesetzt, ihren Verpflichtungen nachzufolmen, werden vom Zweigverein Straßburg: Georg Ristie (Verb.-Nr. 29 225), aus Eggersdorf, Walter Duth (76 880), aus Hammer, Friedrich Stohmann (497 805), aus Hammer, Wilhelm Häbner (479 824), aus Straßburg; Ludwig: Bruno Walter (278 523), Gustav Späß (404 765); Chemnitz: Heinrich Bierbrauer, geb. 25. September 1888 zu Bierbrau (518 461).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Ge nannten bekannt ist, werden erachtet, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.
(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholtermaßen aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unserem Büro eingehen.

Antwortenblätter. Am 25. August tagte im Verbandsbureau zu Antonienhütte eine öffentliche Maurerversammlung, in der unser Vorsitzender, Kollege Bias, über die Entfernung des Vereinsgefechts durch Maßregelungen und Schikanen zu berichten suchte. Er führte an, wie wir unter dem alten Vereinsgefecht durch Maßregelungen und Schikanen zu leiden hatten, was jetzt, unter dem neuen Vereinsgefecht, nicht mehr in dem Maße möglich sei. Leider sei aber die große Not um Verzahnungsblätter noch nicht beseitigt. Am Schlus der Versammlung bebautete Kollege Bias, der unter Gauleiter, Kollege Baube, schon längere Zeit nicht hier gewesen ist, obwohl wir ihn schon einigemal um einen Vertrag gebeten haben. Mit einer Mahnung an die Kollegen zur Agitation wurde die Versammlung geschlossen.

Worms-Ebersberg. Die Bautätigkeit im Wupperthal wird im ganzen Zweigvereinsgebiet liegen immer noch sehr daniert. Die in diesem Frühjahr auf eine baldige Belebung des Baumarktes gesetzten Hoffnungen sind nicht in dem Maße eingetroffen, als man annahm. Erklärt wird dieser Umstand, wenn man die gegenwärtige Depression im Wirtschaftsleben im allgemeinen und den schlechten Geschäftsgang der hiesigen Industrie am besonderen berücksichtigt. Es gibt zur Zeit hier in Worms-

Eberfeld, Velbert, Kronenberg, Ronsdorf eine große Anzahl Betriebe in der Textil- und Kleineisenindustrie, die nur drei Tage in der Woche arbeiten lassen. Andere wieder lassen täglich nur fünf, sechs oder sieben Stunden arbeiten. Das unter diesen Umständen neue Fabrik-Anlagen, Aus- oder Umbauten, äußerst wenig errichtet werden, ist leicht ersichtlich. So haben wir denn auch in diesem Jahre eine noch nie gefallene Anzahl arbeitsloser Maurer bis jetzt, in den Nachkommen hinein, zu verzeichnen. Auch eine andere recht unliebsame Errscheinung ist in diesem Sommer recht deutlich an Tag gekommen, nämlich das Feiern wegen Mangels an Material, Verlegens der Bahnlinien und der Verspätung von Eisenbahnbediensten. Solche Maßnahmen erlaubt sich das Unternehmertum nur dann, wenn sich genügend Arbeitskräfte anbieten. Als ein weiteres Zeichen der Zeit mag auch der Selbstmord des Bauunternehmers Schenckmeier jun. aus Eberfeld angegeben werden. Man sagt, er sei ein Opfer der Krise und habe sich in schwerer Geldnot befunden. Die Firma Eithoff & Gerling aus Eberfeld ist ebenfalls fertig, die Bank hat ihm den Kredit entzogen, die Arbeiter wurden sämtlich entlassen. Auch diese Firma war eine der größten in Eberfeld. Man spricht davon, daß noch mehrere am Baden sind, und jedem Einzelnen ist es klar, daß es ein solches Ende nehmen mußte. Es sind dies die natürlichen Folgen der ungeheuerlichen Preisdrückereien und Unterbietungen, wie sie auch zum Schaden der Arbeiter seit Jahren hier im Schwange sind. In Bezug auf die Einführung des Tarifs muß hergeholt werden, daß es immer noch eine große Anzahl Unternehmer gibt, die ja nur sehr schwer in geordnete Verhältnisse schaffen können. Wir sind häufig gezwungen, vorstellig zu werden oder die Schlichtungskommission anzurufen. Am schlimmsten treiben es natürlich auswärtige Unternehmer, die auch leider noch Maurer finden, die sich nachher verabschieden lassen, ohne sich an die hierigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu halten. Die bekannte Firma Diederichs & Co. aus Stettin, die hier in Eberfeld an der Gasanstalt Arbeiten ausführte, mußte wegen ihrer langen und lästigen Arbeitszeit geschlossen werden. Neun Eberfelder Kollegen legten die Arbeit nieder und 17 importierte Maurer der Firma blieben stehen, so daß die Firma nicht gezwungen werden konnte, den Tarif anzuerkennen. Man muß sich wundern, wie man nur 17 Maurer mit solch gleichmäßiger Gehinnahme zusammensetzen kann. Ähnlich liegt es mit der Firma Wipperfürth aus Gersheim, die wir wegen Nichtanerkenntung des Tarifs sperren mußten. Sämtliche Kollegen von hier legten die Arbeit nieder und in einer Woche kamen neben Streikbrecher aus Gersheim und machten dadurch die Sperrre wirtschaftungslos. Der Unternehmer Marx aus Wipperfürth beachtet ebenfalls den bisherigen Tarif nicht, jedenfalls, weil die Maurer, die aus Wipperfürth mitkommen, damit aufgrißen sind. Aber hier ist das lehrreichste nicht gesprochen. Der Unternehmer Hause aus Wermelskirchen zählt nicht den hiesigen Tarif, es schweigt zur Zeit Verhandlungen; er versprach bereits, zu bewilligen. Die Firma Kahlbecker aus Köln, die hier Zement- und Asphaltarbeiten ausführt, hält ebenfalls den Tarif nicht, weil die Colner Kollegen angeblich damit einverstanden sind. Weiter arbeiten hier noch die Unternehmer Schauburg & Sieger aus Schwelm, Weber aus Unna und Höhn aus Düsseldorf. Diese halten an dem Tarif fest. Das es bei diesen Verhältnissen zu allerlei Scherereien kommt, ist kein Wunder. Auch bei der Eisenbahnerbewegung hatten wir viel durch Nachregelungen zu leiden, obwohl die Schlichtungskommission von Eberfeld entschieden hatte, daß Plattenarbeit keine Maurerarbeit ist. Für die Section der Zement- und Asphaltarbeiter wurde der Maurertarif mit einigen Abänderungen, die durch die Natur des Berufes geboten waren, vereinbart. Der Vertrag kam ohne Streit zu Stande. Bei den für 14 Tage ausgenommenen Statistiken wurden im ganzen Zweigvereinsgebiet auf 210 Neubauten 1442 Gelegen, 182 Poliere und 101 Lehrlinge gezählt. Zu der Zahl der Gelegen müssen mindestens noch 100 arbeitslose hinzugerechnet werden. Kleineisenarbeiter wurden gezählt 55, Zementarbeiter und Asphaltarbeiter 32. Die Zahl der Neubauten ist sehr niedrig. Im Jahre 1904 waren in Eberfeld allein 166 Neubauten, jetzt hat es nur 43. Trotz der geringen Zahl der Neubauten sieht es mit dem Bauarbeiterjahrzog noch traurig aus. Es sind zwar in Barmen und Eberfeld je zwei Kontrolleure von den Städten angesetzt worden, aber trotzdem müssen wir fortwährend klagen, daß die Kontrolle zu los gehandhabt wird. Wir helfen uns in der Regel am Schulmutter, wenn wir die Mängel durch die "Freie Presse" der Öffentlichkeit preisgeben, dann wird es auch die Behörde gewahrt. Schlimmer als in den genannten Städten liegt es in den Außenorten, denn dort ist überhaupt keine Kontrolle. Baubuden- und Untergrüsse sind hier häufig böhmische Dörfer. Bis herher ist die "Grundlage", die durch einen Rundschluß des Ministeriums vom 17. Juli 1907 herausgegeben wurden, noch nicht gedrungen, obwohl Rheinland doch leider auch in Kreuzen liegt. Auch haarräumende Pfirsicharbeit wird da sehr häufig gefertigt. In Schwelm z. B. hat der Unternehmer Müller die Maurer höhl gelassen, um Material zu sparen und zwar nicht nur in Front, sondern auch in Giebelmauern. Auch in Kronenberg mauernd man Stolierschichten ohne jede Verankerung und Klammer. Es würde zu weit führen, alle Verstöße hier zu nennen. Aber bei Lohndifferenzen, da waren Polizei und Gendarmerie sehr forsch. Man sieht, daß hier die Organisation noch viel Arbeit hat, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Mag ein jeder nach besten Kräften daran mithelfen!

Berlin. In der am 20. August tagenden Generalversammlung des Gesamtzweigvereins, die von nur 154 Mitgliedern besucht war, wurde zunächst das Resultat der Baukontrolle der Maurer vom 28. Juli bekannt gegeben. Vorgefunden wurden im Zweigvereinsgebiet 1370 Arbeitsstellen mit 990 Polieren, 9159 Gelegen und 1133 Lehrlingen. Von den Arbeitstellern wurden 78 in Altona ausgeführt, auf denen 979 Kollegen tätig waren. Von den Arbeitstellern befinden sich im Keller 84 mit 607 Kollegen, im Parterre 45 mit 772 Kollegen, im ersten Stock 49 mit 793 Kollegen, im zweiten Stock 44 mit 950 Kollegen, im dritten Stock 27 mit 501 Kollegen, im vierten Stock 20 mit 388 Kollegen und im Tempel 74 mit 728 Kollegen, so daß insgesamt 323 Rohbauten mit 4670 darauf beschäftigten Kollegen vorgefunden wurden. Außerdem waren auf 672 Ausbauten 239 Kollegen, auf 110-Umbauten 546 Kollegen, auf 214 Scharwerken 557 Kollegen, bei 20 Brücken- und Kanalisationsbauten 327 Kollegen und auf 22 Bauten, bei denen der Kontrollleur die Angabe der Etagenhöhe vergessen hat, wurden 181 beschäftigte Kollegen vorgefunden. Einen guten Einblick in die gegenwärtige Berliner Bauplanungsfürst gewährt ein Vergleich der diesjährigen Ergebnisse mit den Zahlen der Baukontrollen vom Jahre 1906. Es wurden Bauten vorgenommen:

	24. April 1906	30. Oktober 1906	28. Juli 1908
Im Keller	122	116	64
Parterre	42	61	45
In der 1. Etage	60	69	49
" 2. "	56	53	44
" 3. "	55	42	27
" 4. "	45	30	20
Im Tempel	94	97	74
Summa	474	468	328
Ausbauten, Scharwerke	716	748	672
Umbauten, Scharwerke	182	234	375
Gesamtsumme	1372	1445	1870

Während demnach die Zahl der vorgefundenen Arbeitstellen selbst nicht wesentlich zurückgegangen ist, hat sich doch der Charakter derselben verschoben. Bündigt ist die Zahl der Rohbauten um 31 p.ßt. zurückgegangen, besonders hat der Bau größer Bauten, Büro-, Fabrikhäuser nachgelassen, was durch den Rückgang der Konjunktur erklärt wird. Andererseits ist die große Zahl der Umbauten und Scharwerke darauf zurückzuführen, daß die Baukontrolle in diesem Jahre in die Zeit der großen Ferien fiel, die ständig zur Vornahme von Reparaturarbeiten in den Schulen und auch in den Privathäusern benutzt werden. Dies Missverständnis drückt sich auch in der Beschäftigungsziffer aus. Von den bei den Baukontrollen vorgefundenen Gelegen arbeiteten auf Rohbauten am 24. April 1906 6421 p.ßt., am 30. Oktober 1906 5754 p.ßt., am 28. Juli 1908 dagegen nur 5110 p.ßt., während für Ausbauten die entsprechenden Zahlen 2848, 30,50 und 31,21 p.ßt. und für Scharwerke 7,81, 11,96 und 17,89 p.ßt. sind. Dabei ist aber zu beachten, daß die Orte Adlershof, Alt-Glienicke, Biesdorf, Friedrichshagen, Kaulsdorf und Mahlsdorf in den Angaben vom Jahre 1906 nicht berücksichtigt sind, da sie damals selbständige Zweigvereine bildeten. 1906 aber ebenfalls gute Konjunktur hatten, jetzt dagegen noch mehr als Berlin zu leiden haben.

Unter der Wirtung des Tarifvertrages sind die Löhne wieder stabiler geworden. Von den 9159 bei der Baukontrolle vorgefundenen Gelegen erhielten 345 Kollegen 3,77 p.ßt. weniger als 75 s. 7063 = 77,12 p.ßt. erhielten 76 s. 734 = 8,02 p.ßt. mehr als 75 s. Dabei arbeiteten 979 Kollegen in Altona, 3 auf eigene Rechnung, während 82 = 11,09 p.ßt. die Auskunft verweigerten. Aus den oben angeführten Zahlen geht mit genügender Deutlichkeit hervor, daß die Berliner Bauplatzkonjunktur seit dem Herbst 1907 sturzartig zurückgegangen ist und daß für die nächste Zeit Achtung auf Besserung nicht vorhanden ist. Der Leidtragende der Krise, wie überhaupt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ist einzig und allein der Arbeiter.

Aber gleichwohl hat die Arbeitslosigkeit noch nicht den Umfang angenommen, um die Schlaflosigkeit und Energielosigkeit zu rechtfertigen, die augenblicklich hier herrschen. Vergleicht man die Zahlen der sich wesentlich zur Kontrolle meldenden arbeitslosen Kollegen dieses Jahres mit denen des Jahres 1898 — wo der Zentralverband und die Freie Vereinigung zusammen ebenso viele Mitglieder hatten, wie augenblicklich die geplante Organisation —, so ergibt sich für 1908 eine größere Arbeitslosigkeit, die sich erst von der neunten Beitragswoche an zu Ungunsten des Jahres 1908 verschiebt. Es meldeten sich Mitglieder arbeitslos:

	1908	In Vorjahren	1898
Zu der 1. Beitragswoche	1085	15,2	1781
" 2. "	1114	16,6	1614
" 3. "	1137	16,01	1584
" 4. "	1004	14,1	1481
" 5. "	897	12,6	1157
" 6. "	684	9,6	1117
" 7. "	708	9,9	1157
" 8. "	963	18,5	1178
" 9. "	862	12,1	988
" 10. "	917	12,9	823
" 11. "	984	13,1	772
" 12. "	852	12,0	655
" 13. "	876	12,3	489
" 14. "	621	8,7	694
" 15. "	731	10,2	446
" 16. "	668	9,4	298
" 17. "	578	8,1	219
" 18. "	627	8,8	221
" 19. "	475	6,6	203
" 20. "	466	6,5	317
" 21. "	487	6,8	220
" 22. "	518	7,2	186
" 23. "	547	7,7	282
" 24. "	644	9,0	329

Im ersten Quartal hat sich auch der Zweigverein Adlershof aufgelöst und ist als Zählstelle dem Zweigverein Berlin beigetreten. Außer den Cöpenicker Kollegen, denen die statutarischen Bestimmungen immer noch nicht genehmigt sind, und die darum in Eigenbrödel verharren, bildet nun das ganze Vertragsgebiet auch ein Zweigvereinsgebiet. Den im Laufe der Jahre beobachtete schlechte Verlauf der Generalversammlungen, der sich trotz aller Agitation nicht hält, und der in gar keinem Verhältnis zur Gesamtmitgliedszahl steht — gegenwärtig rund 11 000 —, macht die Frage einer Änderung des Systems der Generalversammlungen zur dringenden Notwendigkeit. Die räum-

liche Ausdehnung von Groß-Berlin macht es auch vielen Mitgliedern, die weit ab vom Tagungsort der Generalversammlung wohnen, unmöglich, an dieser teilzunehmen. Es muß aus allen den angeführten Umständen angenommen werden, daß durch eine Änderung Vorteile für die Organisation zu erzielen sind und daß sich kein Kollege bestreitet entziehen kann, der jahrelang Besucher der Generalversammlungen war. — In die Aktivitäts-Kontrollen für das Maurergewerbe wurden die Kollegen Otto Marek, Wilhelm Körting, Hermann Silber Schmidt und Gustav Schwarz als ordentliche und die Kollegen Emil Meier, Karl Stegemann, August Wittig, Alfred Witsch und Wilhelm alsstellvertretende Mitglieder gewählt. Als Schriftführer für den Gesamtzweigverein wurde der Kollege Albert Wulf gewählt. Den Kassenbericht vom zweiten Quartal erstattete der Kollege Wartenberg. In den Zählstellen und Sektionen betragen die Einnahmen inf. der alten Bestände von M. 145 653,61 M. 156 482,55. Die Ausgaben befinden sich auf M. 10 620,89, so daß aus Quartalsabfluß in diesen Säulen M. 145 861,66 verbleiben. Die Zweigvereinszölle hatte mit dem alten Bestande von M. 20 436,25 eine Einnahme von M. 141 404,95. Die Ausgabe betrifft M. 92 846,20, mittin verbleibt ein Bestand von M. 48 558,75. Zusätzlich sind also M. 194 420,41 am Orte vorhanden. Unter den Ausgaben befinden sich M. 24 523,20, die an die Saupfasse abgeführt wurden; an sonstigen Ausgaben sind noch zu verzeichnen: für Krankenunterstützung M. 24 545, für Sterbeunterstützung M. 3627,50, für Rechtsanwalt M. 1668,26, für Infektionsunterstützung M. 1192,70, für Magazinregale M. 18 306, für Bauperronen und Miete-Regelungen M. 1749,70, für Verbreitung des "Grundstein" und Einziehung der Beiträge M. 2740,70. Die übrige Summe verteilt sich auf Drucksachen, Porto, Bureau und wieviel mehr. Die Bibliothekskasse hatte eine Einnahme von M. 635,26 und eine Ausgabe von M. 361,05 aufzuweisen, so daß noch ein Kostenbestand von M. 274,21 vorhanden ist. Die Mitgliedszettel betrifft am Schluß des Quartals 10 682, davon gehörten der Gruppe der Maurer 702, der Sektion der Pütze 1948 und der Gips- und Zementbranche 1652 Kollegen an. Aufgenommen wurden im Laufe des Quartals 203 Kollegen; angemeldet haben sich 165, abgemeldet 886 und verstorben sind 32 Kollegen. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig die Discharge. Nachdem jedoch daraus hingewiesen worden war, die noch etwa restierenden Extramarter bis spätestens September zu bezahlen und sich dadurch die alte Mitgliedschaft zu erhalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Über die Bauplatzkonjunktur im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im allgemeinen ist vom Bauvorstand in Nr. 32 des "Grundstein" berichtet worden. Neben dem Rückgang der Konjunktur im einzelnen geben die in der letzten Woche im Juli von den Zweigvereinen aufgenommenen Statistiken am besten Auskunft. Allgemein ist auch hier seit dem zweiten Halbjahr des Jahres 1907 ein Nachlassen der Bauplatzkonjunktur zu beobachten. Anscheinend ist jedoch der Zustand bald wieder überwunden; wenn nicht alle Angelegenheiten trügerisch sind, so ist noch eine bessere Bauplatzkonjunktur zu erwarten. Im Stadtgebiet werden zur Zeit an öffentlichen Bauten zwei größere Säulen, eine katholische Kirche und der Knappenhofsbau ausgeführt. Im Bezirk Ehrenfeld geht das neu errichtete Apollotheater seiner Vollendung entgegen. Die Bauten der Knappenhof und die Kirche, die gleichfalls in diesem Stadtteil stehen, beeinflussen hier wesentlich die Privatbauplatzkonjunktur. Hingegen ist z. B. in der früheren Gemeinde Hoffstein — seit einigen Jahren eingemeindet — bis heute nur ein einziger Bau entstanden. In Langendreer wird zur Zeit ein Krankenhaus und ein Gebäude der Reichsbank errichtet, ein neues Postgebäude ist geplant, das diesen Bereich noch in Angriff genommen werden soll. Durch Zusammenlegung der beiden Bahnhöfe zu einem Zentralbahnhof ist der Verkehr an einen der wenigen belebten Plätze verschoben worden. Es steht hier zu erwarten, daß das in der Nähe liegende Gelände zu Bauanträgen erschlossen wird, um das Wohnungsbedürfnis der zahlreich nach hier verlegten Beamten zu befriedigen. Der Bahnhof (Unterführungen, Güterschuppen usw.) ist abgesieht vom Empfangsgebäude, fast ausschließlich aus Beton hergestellt worden. Für die Maurer ist dadurch eine nicht unterdrückende Konkurrenz entstanden. An den Betonarbeiten wurden und werden noch nur nicht gelehrte Arbeiter bei elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit beschäftigt. In der Mehrheit sind es Italiener und Polen, die hier von den Unternehmern in italienischer Weise ausgebettet werden. Diese Arbeitsschicht der Organisation zugewiesen, ist leider bisher nicht gelungen. Die Bedürfnislosigkeit und die überlangen Arbeitszeiten bilden hierbei das größte Hindernis. Am Knappenhofsbau in Berlin läuft die Betonfirma Brand-Düsseldorf täglich 18 Stunden, von morgens 6 bis abends 9 Uhr, arbeiten. Die Behandlung, die diesen Arbeitern zu teil wird, steht wesentlich von der ab, die sich die Maurer durch die Organisation erklämpft haben; als Arbeitsschicht, als Zäpfel sind sie gut genug. Mehrwert für das Kapital zu erzeugen. Eine bessere Bezahlung und Behandlung werden sie nur bekommen, wenn sie sich unserer Organisation anschließen. In Hattingen soll der längst fällige Bau eines Rathauses, nachdem endlich die Blasstrasse, nach zwei Jahren, durch das Eingreifen der Regierung zu Gunsten des Magistrats entschieden worden ist, in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Dem wird der Bau eines Anteils folgen. Die Privatbauplatzkonjunktur wird sich dann wieder von neuem beleben, um so mehr, als hier eine Wohnungsnot vorhanden ist, wie kaum in einer anderen Stadt des Industriegebietes. In den übrigen Orten des Zweigvereinsgebietes ist die Konjunktur nur mäßig. Die Arbeitslosigkeit im Baubereich hat hier so großen Umfang nicht angenommen; mit wenigen Unterbrechungen ist den Kollegen immer wieder möglich gewesen, in kurzer Zeit andere Beschäftigung zu finden. An Zugang fehlt es allerdings bisher nicht. Das Kurbgebiet, das sonst großen Scharen von Maurern aus allen Landesteilen Deutschlands Beschäftigung bot, vermag jetzt lange nicht alle aufzunehmen, die herkommen. Den Rückgang der Konjunktur veranschaulicht am besten die vor kurzem aufgenommene Statistik mit einem Vergleich der Zahlen der vorherigen Jahre. Es wurden im Gebiete des Zweigvereins Maurer beschäftigt bzw. gezählt: 1900: 1680, 1904: 1662, 1905: 1465, 1906: 1497, 1908: 1295. Die Zahl der im Jahre 1905 festgestellten Maurer kann nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil die Auf-

nahme wenige Wochen nach beendeter Aussperrung erfolgte und die durch letztere verursachte Störung im Baugewerbe noch nicht behoben war. Gegen das Jahr 1906 hat die diesjährige Feststellung ergeben, daß 652 Maurer weniger beschäftigt sind. Bei dieser Wirtschaftslage, die das Unternehmertum ebenso gut als die Arbeiter sonst, war es bestreitbar, daß die Scharfmacher den Zeitpunkt zum Kampf für günstig erachteten und am liebsten geschehen hätten, wenn die Arbeitersorganisationen den bekannten Schiedsspruch abgelehnt hätten, um ihr Berufsbüro gegen die Arbeiterverbände in der Zeit der Krise aufzuhören zu können. Das Resultat jenes Schiedsspruches hat wohl keinen Kollegen berichtet; aber die durch die jetzige Statistik festgestellten Zahlen bestätigen, daß im Interesse der Organisation nur gehandelt werden konnte, wie geschehen ist. Wenn keine oder nur geringe Lohnherabsetzungen für einzelne Orte die außerliche Wirkung der diesjährigen Bewegung wären, so ist nicht zu verlegen, daß dadurch Lohnreduzierungen, wie sie bei früheren Depressionen an der Tagesordnung waren — siehe nachstehende Tabelle — jetzt verhindert worden sind. Die Durchschnittslöhne waren in einzelnen Orten und Jahren folgende:

	1900	1902	1904	1905	1908
Böhmum	43	43	41	43	47,3
Ginden	43	40	48	47,1	50,7
Hattingen	43	38	42,7	47,0	54,1
Wittenbergh	42,5	40	44,2	50,8	51,8
Langenbeck-Werne	42,5	40	45,8	47,9	53,7
Gerthe-Altenbochum					
Pader				50	54,0

Nach der Abrechnung des zweiten Quartals hatte der Zweigverein einen Markenwert an Bogenbeiträgen von 8752, gegen 13 288 in der gleichen Zeit des vorjährigen Jahres. Für die Hauptklasse wurden insgesamt vereinbart M. 5498,40, davon wurden am Orte verbraucht: für den Kreis der Fleißerleger M. 1101,06, für Reisunterstützung M. 1,50, für Reisjunktion am zwei. Mitglieder M. 27,40, für Gemüsegeltenunterstützung an vier Kollegen M. 66,40, für Krankenunterstützung an 16 Kollegen M. 296,45, für Prozente M. 1166,10. Die Loslastsche vereinbarte insbesondere des Bestandes vom vorjährigen Quartal von M. 4304,51 M. 6454,61. Verbraucht wurden M. 2098,28, so daß ein Kostenbetrag von M. 4336,28 verbleibt. Die Mitgliederzahl ist gegen das gleiche Quartal des vorjährigen Jahres um 250 zurückgegangen, je betrug 850. Der Zweigverein erledigte seine Pflichten in 26 Mitgliederversammlungen und 5 Vorstandssitzungen. Der Besuch der Versammlungen liegt oft viel zu münzen übrig. Die Krise, die das Wirtschaftsleben gegenwärtig beeindruckt, zeigt auch ihre Spuren innerhalb der Organisation. Die Stotzchen, die nur des materiellen Vorteiles wegen dem Verbande beitreten, denen die Überzeugung des Stotzchen noch mangelt, sind die, die am faulmäsigsten ihre Beiträge entrichten und zum Teil bei irgend einer ihnen passenden Gelegenheit dem Verbande den Rücken kehren. Durch die Praktiken des Unternehmertums wird ihnen jedoch recht bald wieder klar gemacht, daß sie einzeln ohnmächtig sind und die Organisation nicht entbehren können.

Breslau: Am 25. August lagte hier eine Mitgliederversammlung. zunächst erläuterte Kollege Krügel die augenblicklich schlechte finanzielle Lage der Bauarbeiterforschungskommission, weshalb der Vorstand vorstalte, die beschlossene doppelte Rate für das dritte Quartal und in der Zukunft die von 20 auf 30,- erhöhten Beiträge zu zahlen. Die Aufstellung des Genossen Rentwich als Bautentrolleure könne der Vorstand bei der augenblicklichen Stütze im Baugewerbe nicht befürworten; denn wenn auch der Bauarbeiterfuß den Kartell angepflockt werde, so müßten wir trotzdem die Kosten dafür aufbringen, und diese würden um so höher sein, wenn, wie schon angedeutet wurde, wir nach der Gefahrenklasse eingeteilt werden. Der Vorstand unterbreitete deshalb der Versammlung folgende Resolution: „Die Mitgliederversammlung erklärt, daß der Bauarbeiterfuß am Orte gepflegt und verbessert werden muß. Die Versammlung verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Bauarbeiterforschungskommission von den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung in den Weg gelegt werden. Die Versammlung befiehlt deshalb, der Bauarbeiterforschungskommission den doppelten Beitrag für das dritte Quartal zu bezahlen. Des weiteren nimmt die Versammlung Kenntnis von dem Antrage der Bauarbeiterforschungskommission an das hiesige Gewerkschaftskartell, der dahin geht, einen besoldeten Bautentrolleur anzustellen. Die Versammlung ist jedoch der Meinung, daß die finanzielle Lage und die Stimmung der Breslauer Gewerkschaften im Baugewerbe es nicht ratsam erscheinen lassen, einen besoldeten Bautentrolleur anzustellen. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß die Arbeiten für den Bauarbeiterfuß in Breslau noch weiter nebenamtlich erledigt werden können. Die Versammlung befiehlt deshalb und beauftragt die Ortsverwaltung, im Sinne dieser Resolution tätig zu sein.“ Rentwich bestämpfte den zweiten Teil der Resolution, da er nicht verstecken kann, wie dann der sozialistische Verkehr zwischen Behörden und anderen Körperschaften gepflegt werden soll, wenn nicht eine bestimmte Person mit der Arbeit beauftragt wird. Genosse Rentwich, der bisherige Vorsitzende der Bauarbeiterforschungskommission, müsse von uns untersetzt werden, da er vom Unternehmertum gemacht wurde. Ob nun die Partei oder die Gewerkschaften ihm beschäftigen würde, sei gleich, aber richtig sei es nicht, wenn man ihn jetzt gehen lasse. Kollege Ulbrich hat aus den Ausführungen des Referenten die Überzeugung gewonnen, daß es beim alten bleiben soll. Dem Zuviel und dem erhöhten Beitrag könne er nur zustimmen; hoffentlich werde auch wieder eine bessere Zeit kommen. Kollege Rother führte aus, daß solange die Reichsregierung den Bauarbeiterfuß nicht gelegentlich regelt, die Arbeiter ihn fördern und verbünden müssen. Es müsse aber auch getan werden, daß Rentwich für den Bauarbeiterfuß erhalten werden müsse, da nur er im Stande wäre, den Kosten auszufüllen. Auch die Kosten würden seineswegs höher werden. Kollege Leibnitz war der Meinung, daß eine Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30,- nicht nötig ist, da die Modelle für M. 70 verkauft sind, obgleich manche Gewerkschaftsvorstände schon den Vorschlag gemacht hatten, sie mit der Art zu verschließen. Aber auch die M. 400 für Immobilien müssten bezahlt werden. Das Kartell habe

Geld genug. Rother stellte den Antrag, daß, wenn das Kartell bereit ist, die Hälfte zum Bauarbeiterfuß zu zahlen, unsere Delegierten beauftragt werden, der Anstellung zuzustimmen. Kollege Kuble sprach gegen die Anstellung eines Bautentrolleurs. Matinla trat nochmals für Anstellung Rentwichs ein. Rother vervollständigte seinen Antrag dahin, daß, wenn das Kartell mehr als die Hälfte zahlt, der Anstellung zugestimmt wird. Der Antrag Rother wurde gegen sechs Stimmen angenommen. Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde fast abwechselnd angenommen. Kollege Zahn betrachtet sie jedoch als ein Mausoleum. Weiter beantragte der Vorstand, durchweisenden Kollegen, deren Bürger in Ordnung sind, ein Volksfest von 50,- zu gewähren. Raddum mehre Kollegen dazu gefordert hatten, wurde beschlossen, doch soll das Geschenk bis zu M. 1 gewährt werden können.

Danzig: Am 20. August tagte unsere Mitgliederversammlung, in der Genosse Krüppen über Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit referierte. Er trug uns die Entwicklung und die Ursachen der Krisen vor Augen, indem er betonte, daß gerade die arbeitende Klasse am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen habe. Daher sei es nötig, gewerkschaftlich und politisch schlagfertig dazuzuschlagen, um jeden Angriff der Unternehmer abwehren zu können. Hierauf sprach Kollege Grünhagen über die bevorstehende Stadtwerkeverbandswahl. Mit unseren bisherigen Stadtwertern habe schon mancher trübe Erfahrungen gemacht. Sämtliche Anträge, von der Arbeiterschaft gestellt, wurden sparsam abgelehnt. So auch die Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechts. Um die Kosten M. 1500 bis M. 2000 für diesen Wahlkampf zu decken, wurde folgende Resolution angenommen. „Die Mitgliederversammlung beschließt: In Anbetracht der Wichtigkeit der bevorstehenden Stadtwerkeverbandswahl zur Definition der Kosten, die durch diese Wahlen entstehen, prüft Mitglied einen Beitrag von 30,- zu zahlen.“ Zur Abrechnung des zweiten Quartals erhielt der Käffner, Kollege Drehen, das Wort. Die Mitgliedergeld betrug am Ende des Quartals 1322. Die Einnahme der Loslastsche betrug M. 3140,24; die Ausgabe M. 2633,43; mitthilfe Kassenfond M. 2165,81. Hierzu sind M. 500 per Vortrag angelegt. Kollege Matlowitsch alsstellvertretender Revisor bestätigte die Richtigkeit der Kosten, worauf dem Käffner die Dcharge erteilt wurde. An Stelle der zwei abgelehnten Revisoren wurden die Kollegen Techius und Sieching gewählt. In „Verschiedenes“ wurde bekannt gemacht, daß von Oktober bis April zwei Unterrichtslüfte, einer über Sozialgesetzgebung und einer über Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung abgehalten werden. Die Angelegenheit Dulst-Stadt wurde als erledigt betrachtet. Dann wurde der Kollege Dulst seines Amtes als Käffner abgelöst, der wegen einer großen Ausschreitung in Raub enthoben. Kollege Adam beantragte noch einen Bericht über die Tätigkeit der Bauarbeiterforschungskommission in der nächsten Versammlung zu geben, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Centralverband geschlossen wurde.

Erfurt: Am 25. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Schulte referierte über das Thema: „Der Bauarbeiterfuß und seine Notwendigkeit für die Arbeiter.“ Er wies in seinem Ausführungen nach, daß in puncto Bauarbeiterfuß noch manches zu wünschen übrig sei; trotzdem werde die Fortdauer der baugewerblichen Arbeiter Anstellung von Bautentrolleuren aus Arbeitervierteln, von den Unternehmern, um auf das Schärfste bekämpft. Die Anstellung eines ständigen Bautentrolleurs durch den Magistrat für die Stadt Erfurt sei lebhaft zu begrüßen, und Pflicht der gesamten Bautentrolleidat sei es, den Beamten in seiner schweren Arbeit im weitesten Maße zu unterstützen und ihn auf die Mängel, die etwa noch überleben würden, aufmerksam zu machen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Referenten durch Annahme folgender Resolution zu: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Anstellung eines ständigen Bautentrolleurs für die Stadt Erfurt. Sie erachtet darin die Erfüllung einer von der gesamten Bauarbeiterfuß schon lange gestellten Forderung. Um dem Beamten sein Amt nicht zu erschweren, spricht die Versammlung den Befehl aus, daß die gesamte Bauarbeiterfuß verpflichtet ist, dessen Auordnungen als im Interesse von Leben und Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter erlaßen zu betrachten und deshalb sein Wirken nach besten Kräften zu unterstützen.“ Soll die Verbesserung des Bauarbeiterfußes für Erfurt aber vollständig sein, dann betrachtet es die Versammlung für notwendig, daß dieser Kontrolle die Bauhöfen und Aborte auf den Bauplätzen noch schwächer als bisher unterworfen werden.“ Im weiteren Verlauf der Versammlung verlas der Vorsitzende, Kollege Schlotte, die Antwort des Magistrats auf die Petition der baugewerblichen Arbeiter betrifft Einstellung von nur lärmfördernden Arbeitern an dem Neubau der Kaserne. Da diese Antwort den Kernpunkt der Petition aber vollständig übersteht, so war die Versammlung damit nicht einverstanden und gab ihre Ansicht nach kurzer Debatte durch Annahme einer weiteren Resolution Ausdruck. Diese lautet: „Nach Kenntnisnahme der Antwort des Magistrats erklärt die Versammlung sich mit dieser Antwort nicht aufzuhören geben zu können, weil sie nicht mit den in der Petition geäußerten Wünschen der Arbeiter in Einklang zu bringen ist. Der Vorstand wird deshalb beauftragt, daß dem Magistrat nochmaß zu unterbreiten und in seiner Schrift erneut darauf zu hinweisen, daß der Zweck der Petition der ist, daß bei Ausführung von Arbeiten am Kasernenneubau in erster Linie Einheimische, d. h. in Erfurt und Umgegend wohnende Arbeiter eingesetzt werden, und nicht, wie bei Begehrungen der Schachtarbeiten, die ausführende Firma sofort mit Ausländern ausübt. Die Versammlung erachtet den Magistrat in diesem Sinne eine aufzogene Antwort zu geben.“ Nachdem noch die Teilnehmer für den in der Kluge befindlichen Bildungssturz bestimmt und einige andere gesellschaftliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte 11 Uhr Schluss der Versammlung.

Hagen i. W. In der Mittwoch, den 26. August, abgehaltene Mitgliederversammlung referierte Kollege Kahl aus Dortmund über „Der Abschluß der diesjährigen Lohnbewegung“. Er faßte die Entstehung der Lohnbewegung und deren Begleitererscheinungen, zeigte an verschiedenem Beispiel auf Grund der Statistik im Gau Dortmund die

große hervorgetretene Arbeitslosigkeit und kam zum Schluss auf die schwierigen Verhandlungen zu sprechen. Trotz der ungünstigen Situation sei es gelungen, in einer Reihe von Orten eine Erhöhung des Lohnes bis zu 5,- pro Stunde zu erzielen. Kollege Kahl ermahnte die Kollegen, treu zur Organisation zu halten, trätig unter den noch fernstehenden Kollegen zu agitieren, damit diese der Organisation angeführt werden. Hierauf gab Kollege Dede das Ergebnis des jüngst aufgenommenen Statistik im Zweigverein bekannt. Im ganzen Gebiet wurden gezählt 135 Unternehmern, 180 Polizei, 189 Gefessel (darunter 345 Ausländer) und 60 Lehrlinge. Im Lohngebiet: Böle, Giebelberg, Milspen, Haspe, Herklin und Hohenlimburg wird teilweise 11 Stunden gearbeitet. Aufgabe der schlechten Bauauslastung in Hagen wurden in diesem Jahre 50 Arbeitstypen mit 349 Gefesseln weniger vorgefunden, als im Jahre 1907. Obgleich hier eine höhere Wohnungsnutzung vorhanden ist, sind noch keine Angelegen für eine besser werdende Konjunktur vorhanden. In Milspen, Giebelberg, Schwerte, Herklin und Hemer ist die Bauaktivität so lebhaft, wohingegen sie in Hapte, Hohenlimburg und Detmold sowie in Hagen-Land schlecht ist. In Herklin sind so triste Mißstände bezüglich des Bauarbeiterfußes vorgefunden worden, wie sie in keinem anderen Gebiete zu beobachten sind. Nachdem von der Verbandsleitung Angeige bei der Baupolizei erstattet worden war, hatte der Baupolizeileiter, Herr Schröder, nichts Erfügtes zu tun, als unsere Schreiber die Unternehmer leiten zu lassen. Daraufhin wurde Kollege Dede mit dem Vertreter der dreifachen Organisation am 26. August bei der Baupolizei vorstellig und führten Beschwerde. Auch haben sie sofort nach einer Anzahl Beklagten über Mißstände vorgebracht. Eine recht eigenartliche Meinung hatte der stellvertretende Beamte, als wir darauf hinwiesen, daß es doch nicht angängig sei, die Beschwerden den Unternehmern bekannt zu geben. Daraufhin sagte auch in der Baupolizeiverordnung die Befreiung betreffend Arbeitserfüllung genau zu, daß solche selten kontrolliert wird. Wissen denn die baugewerblichen Organisationen fortwährend Vorspanndienste für die Baupolizei leisten? Auch den Beamten waren mehrere Mißstände bekannt, aber von ihnen wurde nicht eingegriffen. Es wurde auf Grund unserer Beschwerden versprochen, daß eine umfassende Kontrolle von der Behörde vorgenommen werde.

Ürrach: Am 16. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die leider schwach besucht war; denn es waren bloß 25 Kollegen von 82 erschienen. Der erste Vorsitzende rügte das schärfste und betonte, daß es eine Interessengesellschaft der Kollegen sei, wenn sie an einer so wichtigen Versammlung so wenig beteiligen. Natürlich, hierzu wurde die Wahl eines ersten Vorsitzenden vorgenommen. Hierauf referierte Kollege Meunier aus Straßburg über „Wege und Ziele im Baugewerbe“. Er verstand es vorzüglich, in seinem Bericht die Kollegen zu ermutigen und ihnen den klaren Sachverhalt vor Augen zu führen; er kritisierte das starke Vorgehen des Unternehmertums und legte den Kollegen ins Herz, freu und fest zu stimmen zu wollen; wenn es gilt, einen Kampf zu besiegen; denn nur Einigkeit macht stark. Hierauf kam noch der Käffner zum Sprechen, welcher das Bezahlten der Beiträge vorbrachte; er betonte, daß einige Kollegen darunter seien, welche ihren Pflichten nicht richtig nachkommen; er habe aber besonders bewußt, daß die Kollegen in puncto Bezahlten, die schlechter sind; denn die meisten von ihnen finden es überhaupt nicht für notwendig, auch nur einen Pfennig zu zahlen; man kommt dann nach darauf zu sprechen, wie dem Uebel abzuheben wäre. Wenn man aber in dieser Sache zu seinem richtigen Entschluß kommt und mit Gewalt auch nichts ausrichten, so muß man eben noch einigste Zeit aufsuchen; d. h. leicht finden sich Mittel und Wege, um dieser Sache vorzubeugen; denn gefallen lassen können wir deutschen Kolleginnen uns das nicht. Hier auf wurde die Versammlung geschlossen.

Schnitt: Am 12. August waren wir aus folgenden Gründen genötigt, eine Spurre zu verhängen: Der Bauunternehmer Eduard Näge, Minischafer des Baugeschäfts Dittrich & Näge, beabsichtigte, die Bauarbeiten eines Hintergebäudes in Alsfeld auszuführen zu lassen. Er gab dies den Leuten bekannt, setzte den Preis schätzhaft auf 18,- für den Quadratmeter Wandputz und 30,- für Deckenputz (Mohrsdorf, der Putz ist zweierlei Kalk auszuführen). Wenn man bedenkt, daß früher bei einem Stundenlohn von 18,- bis 20,- für die Quadratelle 22,- bis 32,- gezahlt wurde, kann man staunen, wie es die Unternehmer fertig bringen, einen solden Satz zu bieten. Da, bei uns durch Zweigvereinsbesluß die Aufforderung verboten ist, so verweigerten die Kollegen den Auffordern. Die Folge war, daß der Unternehmer vier Männer entließ. Die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch und das Baugeschäft war somit gesperrt. Am selben Tage fand noch eine Sitzung der Schlichtungskommission im Kontor der Firma Näge & Dittrich statt. Hier fand keine Einigung erzielt werden. Am darauffolgenden Tage hatte der Arbeitgeberverband für Schnitt eine Sitzung. Nach dieser Sitzung ging und folgten des Schreiber zu:

Als Antwort auf die Rücksprache vom 12. August mit Herrn Friedrich und Grohmann im Kontor der Firma Dittrich & Näge teilen wir Ihnen folgendes mit: Da wir nach dem Aufforderungsparagraphen Nr. 5 keinen Arbeitnehmer zwingen können, Aufforderung auszuführen, wollen wir von allem für diesmal Abstand nehmen. Die vier Leute, welche selbst Beiseiter gemacht haben, können für diesmal wieder eingestellt werden und aufgenommen. Wir wollen auch für diesmal von der Bedingung abssehen, daß die übernommene Aufforderung fertiggestellt werden muß unter der Bedingung, daß der aufgestellte Betrag in allen seinen Teilen erfüllt und unterschrieben wird. Die Unterzeichnung des Vertrages muß bis zum 25. August 1908 stattgefunden haben. Die Zimmerer und Bauarbeiter haben dem Vertrag bereits zugestimmt. Beide müssen die in Aussicht getretenen Dinge morgen, Freitag, frühzeitig wieder aufgenommen haben.

Zum Arbeitgeberverband im Amtsgerichtsbezirk Schnitt: Kurt Kühl.

Auf Grund dieses Schreibens wurde auf Anraten des Kollegen Friedrich unter Abschluß der Bedingung, daß der Vertrag in allen seinen Teilen erfüllt und unterschrieben wird,

schrieben werden müsse, die Arbeit am 14. August wieder aufgenommen. Dieser Erfolg ist nur der Einmütigkeit der betreffenden Kollegen zuzuschreiben. Auf Grund des Schreibens machte sich eine Mitgliederversammlung notwendig, die nochmals Stellung zum Tarif nehmen musste. Diese fand am 21. August statt. Der Gauvorsteher, Kollege Friedrich, erläuterte nochmals eingehend die strittigen Punkte des Vertrages, nachdem er die Gründe der heutigen Abstimmung abgelegt hatte. Die strittigen Punkte sind der Auffordparagrapf, nach dem bekannten Muster aufgestellt, nur noch etwas schärfer, und die Abstimmungslaufzeit, die unter Umständen fünftägige Abstimmung auf den Bauten schließen kann. Der Kollege Friedrich trat nachdrücklich für die Annahme ein. Der Tarif wurde denn auch mit geringer Majorität, obwohl die meisten Männer dafür dagegen auftraten, angenommen. Der Grund, daß die Zimmermeister und Bauarbeiter den Tarif bereits angenommen hatten, mag dazu beigetragen haben. Diese haben ja auch weniger zu befürchten, da bei ihnen nicht in Alsfeld gearbeitet wird. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Es stimmten für die Annahme 37, dagegen 32, 1 Stimmzettel war unbeschrieben. Der Tarif wäre wohl kaum in dieser Fassung angenommen worden, wenn die Versammlung besser besucht gewesen wäre. Nun, die Kollegen haben es sich selber zugeschworen, wenn es nicht nach ihren Wünschen geht, an der Abstimmung hat es nicht gefehlt. Unter "Gewerkschaftliches" wurde die in nächster Zeit stattfindende Wahl der Delegierten zur Ortsversammlung angekündigt. Es wurde allseitig die Dringlichkeit der Beteiligung angedeutet. Zu Kandidaten wurden 25 Kollegen vorgeschlagen, die sich auch angemessen bereit erklärt. Als Delegierter zum Gewerkschaftsrat wurde Otto Birnstein gewählt.

Stargard i. B. Eine sehr nette Baufirma ist die hiesige Firma W. Gab. Es wurden von ihr in diesem Sommer zwei aneinanderstoßende Bauten ausgeführt, wobei natürlich das Hauptprinzip war, sie so schnell wie möglich hochzubringen, alle Regeln der Baukunst aber unbedingt zu lassen. So wurden hier zwischen einem Giebel und dem Dach des anderen Hauses nur Schutt von ungelernten Arbeitern hingebracht, ohne welches Bindungsmaterial dazwischen. Der Raum zwischen Giebel und Dach wurde von Steinbroden vollgebrachten und dann weiter direkt gemauert. Das Haus besteht aus Parterre und drei Etagen. Ein Maurer, der sich weigerte, auf diese Weise die Ringmauer weiter zu mauen, wurde von dieser Arbeit weggekommen und zu einer anderen Arbeit geschickt. Ein noch größerer Verstoß gegen die Regeln der Baukunst ist wohl darin zu erblicken, daß Bauten auf einen Rauchrohrlaufen gelegt wurden, so daß sie mit ihren Enden und der inneren Fläche des Schornsteins blindwaren. Trotz Anzeige bei der Baupolizei wurde hiergegen, soweit wir gar nichts geben, in der dritten Etage, wo die Gefahr für die daran arbeitenden Menschen immer größer wurde, sah der schneidige Sohn des Unternehmers, daß er bis dahin noch keinen einzigen Amtler vermauert hatte. Nur wurden so schnell wie möglich die Amtler von innen heraus durch die Mauer gesteckt und die Spalte von oben mit einem Bindfaden in die Decke eingelassen. (Ein lästige Beranerkung!) Die Bekämpfung derartiger Missstände durch im Verband organisierte Maurer würde wohl von größerem Erfolg begleitet sein, wenn nicht ein Teil der noch im Fachverein organisierten Kollegen sich dabei fortwährend als Hemmschuh erwiese. So war es auch bei der diesjährigen Bahnbewegung. Bei dieser Gelegenheit hielten die Fachverteiler auch mit den Meistern zusammen in einer Kette.

Werdau. In dem Bericht über die Versammlung vom 18. August (Nr. 35 des „GdSt.“) ist die Rede davon, daß der Kollege Jettel, Vertrauensmann in Zwickau, in Werdau in Alsfeld gearbeitet habe. Dies trifft aber durchaus nicht zu. Kollege Jettel ist unter Aufzehrung und Abseitung einer Beschwerde über Zwickauer Kollegen in Werdau gewesen und hat bei dieser Gelegenheit einen Fall richtig gezeigt, wo ihm zur Last gelegt wurde, auch er habe früher einmal in Alsfeld gearbeitet. Die aus dem Werdauer Bericht zu entnehmende Schlüssefolgerung, Jettel habe jetzt oder früher in Werdau in Alsfeld gearbeitet, ist also völlig irrig, was hiermit kontrastiert sei.

Zwickau. Am 23. August hielt der hiesige Zweigverein seine Versammlung ab. Neben Bekanntgabe eines Lohnstatistik lag ein Antrag der Werdauer Kollegen vor, sechs Kollegen, die im Werdauer Bezirk in Alsfeld mauen, ausschließen. Kollege Seidel aus Werdau begründete den Antrag und wies auf die schwierigen Folgen hin, die für Werdau eintreten könnten. Kollege Berger verurteilte das Verhalten der sechs Zwickauer Kollegen aufs schärfste und betonte, daß es für Zwickau eine Schande sei, einen derartigen Punkt auf der Tagesordnung zu haben. Seit Beendigung des Verbandes feiern die Schäden des Alsfelds und befürchtet werden. Von einem Ausschluß der betreffenden Kollegen möge man jedoch Abstand nehmen, da von der Spitze an bis in die Mitte hinein ausgetlossen werden müßte. Wenn die Kollegen der Meinung seien, der Vertrag gebe ihnen ein Recht zur Ablösbarkeit, so wäre diese Ansicht eine Folge der Krise; moralisch seien die Zwickauer Maurer verpflichtet, jede Ablösbarkeit zu verweigern. Scharf ging auch Kollege Heinze gegen die Alsfeldmänner vor und mahnte das ancheinend gleichgültige Verhalten gegenüber dem drohenden Ausschluß. Scharf verurteilte es, daß die Führer der Organisation mit derartigen Beispiele vorangingen. Eine Resolution wurde angenommen, die besagt, daß der Antrag der Werdauer Kollegen abgelehnt wird, die Maurer aber verpflichtet sind, nur unter außergewöhnlichen Umständen und mit Genehmigung des Verbandes Alsfeldarbeiten auszuführen. Weiter wurde ein Antrag des Vorstandes angenommen, jeden ersten Mittwoch im Monat unsere Versammlung abzuhalten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Giesenleger.

Berlin. Mittwoch, den 19. August tagte hier die Versammlung der Sektion der Chemnitz. Kollege Walheim gab den Bericht der Siedlungskommission, die sich mit dem Feierabendmachen am Sonnabend, dem Fahrgeld und der Laufzeit bei Ablösbarkeit beschäftigte. Es ist zu keiner Einigung gekommen, und sollte deswegen

eine andere Sitzung innerhalb vier Wochen stattfinden. Die Zeit ist aber schon vorbei, und noch keine Nachricht eingegangen, wann die zweite Sitzung abgehalten werden soll. Die Verkleppungstatigkeit der Unternehmer scheint wieder geübt zu werden. Die Angelegenheit mit dem Feierabendmachen beschäftigt die Siedlungskommission schon seit März d. J. und vor fünf Wochen hat die erste Sitzung stattgefunden, da die Unternehmer wegen Mangel an Zeit, niemals zu haben waren. Ein Vorschlag des Vorstandes auf fünfzige Agitation im Beruf wurde von der Versammlung gutgeheissen. Es sollen danach in allen Gesellschaften Deputierte gewählt werden, die verpflichtet sind, alle Monat eine Sitzung abzuhalten. Streitigkeiten mit den Unternehmern finden sofort im Bureau zu melden und sollen durch Angestellte des Verbandes geschlichtet werden. Walheim gab bekannt, daß sich die arbeitslosen Kollegen bei Obist in Schöneberg, Mainzerstraße, Telefon Amt 6, Nr. 7049, zu melden haben, wo ihnen Arbeit nachgewiesen wird. Vom Kontrolle der einzelnen Geschäfte arbeiten 409 Giesenleger in Berlin. Lohn wird von 80 bis 1 Pro Stunde bezahlt. Organisiert sind in der „Freien Vereinigung“ 200, in der Sektion 188, griechisch 26; die übrigen sind „wild“. Die Statistik kann aber nicht als genau betrachtet werden, da uns über die Geschäfte, die nur „Wilde“ beschäftigen, jede Kontrolle fehlt. Auf ein Bündschreiben, das an 28 Sektionen gefragt und in dem die Kollegen aufgefordert wurden, Stellung zu unseren Anträgen zum Verbandsstag zu nehmen und die Stärke der Organisation anzugeben, hat die Mehrzahl geantwortet, daß sie für die Berliner Anträge seien. In der Organisationsfrage wurde festgestellt, daß die Mehrzahl der Giesenleger im Verband organisiert ist. Die „Freie Vereinigung“ wurde überall zurückgeworfen, aber die Christlichen sangen an, sich zu machen. Unter „Vereinbarten“ gab Walheim bekannt, daß auf der Bumpstation in der Greifswalderstraße unorganisierte Giesenleger aus Mühlberg unter dem Tarif gearbeitet haben. Nach Mühlstraße mit ihnen haben sie sich alle in den Verband aufzunehmen lassen und dann die Forderung auf tariflichen Lohn gestellt. Als er ihnen verweigert wurde, haben sie die Arbeit niedergelegt und sind abgefahren. Es wurden noch einige Fälle angeführt, wo auf dem Bau im Alsfeld gearbeitet, einige Kollegen aber nur der Lohn geahndet wird. Dies wurde von der Versammlung gezeigt und ein Antrag angenommen, der besagt, daß auf einem Bau nur im Lohn oder nur im Alsfeld gearbeitet werden darf.

Isolierer und Steinholzleger.

Berlin. Unsere am 19. August abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagessitzung gab der Vorsitzende der Isolierer Quappe, am 6. August nach längeren Krankenlager verstorben ist. Die Anwesenden ehnten das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Aufgenommen resp. wieder aufgenommen wurden die Isolierer Wendisch und Otto Voigt, während ein Aufnahmeantrag des Isolierers Wilhelm Stiegl behutsam abgewehrt wurde. Aufnahmeantrag des Isolierers (?) Emil Krüger war in dieser Versammlung zum dritten Male gestellt, und jetzt dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Besonders erwähnenswert ist es noch, daß ein früheres Mitglied unserer Organisation, der Isolierer W. Weiprecht, gegenwärtig bei der Elsässisch-Wäldischen Wollfabrik beschäftigt, die Hälfte seiner Überreden verfügt, sich nicht der Organisation anzuschließen, gewiß ein nachahmenswertes Beispiel! Es folgt hierauf die Erörterung nach Alsfelder Aufnahmeantrag des Isolierers (?) Emil Krüger war in dieser Versammlung zum dritten Male gestellt, und jetzt dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Besonders erwähnenswert ist es noch, daß ein früheres Mitglied unserer Organisation, der Isolierer W. Weiprecht, gegenwärtig bei der Elsässisch-Wäldischen Wollfabrik beschäftigt, die Hälfte seiner Überreden verfügt, sich nicht der Organisation anzuschließen, gewiß ein nachahmenswertes Beispiel! Es folgt hierauf die Erörterung nach Alsfelder Aufnahmeantrag des Isolierers (?) Emil Krüger war in dieser Versammlung zum dritten Male gestellt, und jetzt dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Besonders erwähnenswert ist es noch, daß ein früheres Mitglied unserer Organisation, der Isolierer W. Weiprecht, gegenwärtig bei der Elsässisch-Wäldischen Wollfabrik beschäftigt, die Hälfte seiner Überreden verfügt, sich nicht der Organisation anzuschließen, gewiß ein nachahmenswertes Beispiel! Es folgt hierauf die Erörterung nach Alsfelder Aufnahmeantrag des Isolierers (?) Emil Krüger war in dieser Versammlung zum dritten Male gestellt, und jetzt dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Besonders erwähnenswert ist es noch, daß ein früheres Mitglied unserer Organisation, der Isolierer W. Weiprecht, gegenwärtig bei der Elsässisch-Wäldischen Wollfabrik beschäftigt, die Hälfte seiner Überreden verfügt, sich nicht der Organisation anzuschließen, gewiß ein nachahmenswertes Beispiel! Es folgt hierauf die Erörterung nach Alsfelder Aufnahmeantrag des Isolierers (?) Emil Krüger war in dieser Versammlung zum dritten Male gestellt, und jetzt dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Besonders erwähnenswert ist es noch, daß ein früheres Mitglied unserer Organisation, der Isolierer W. Weiprecht, gegenwärtig bei der Elsässisch-Wäldischen Wollfabrik beschäftigt, die Hälfte seiner Überreden verfügt, sich nicht der Organisation anzuschließen, gewiß ein nachahmenswertes Beispiel!

Zur Richtstellung!

In der Nummer 30 des „Grundstein“ vom 25. Juli befindet sich ein Versammlungsbericht aus Chemnitz. Darin wird ausgeführt, der Kollege Höne mann habe als Gauleiter die dortigen Kollegen vor dem Anschluß an den Centralverband der Maurer gewarnt. In einem längeren Schreiben an die Geschäftsführung bestreitet der Kollege Höne mann, weder für noch gegen den Anschluß gesprochen zu haben, sondern er habe zu diesem Punkt überhaupt nicht das Wort genommen.

Die Angaben des Kollegen Höne mann werden auch in einer Zuschrift des Vorsitzenden aus Chemnitz bestätigt. Wie nun dieser Irrtum entstehen konnte, ist bisher noch nicht aufgeklärt, da aus dem uns zugegangenen Bericht kein anderer Schluß gezogen werden konnte, als daß Höne mann in diesem Sinne gesprochen habe.

Da aber auch absolut kein Grund vorliegt, die Angaben des Kollegen Höne mann wie auch anderer Teilnehmer der Versammlung in Zweifel zu ziehen, so kann hier nur ein Fehler in der Berichterstattung vorliegen. Wir erfreuen die Kollegen überall, von dieser Richtstellung Kenntnis zu nehmen.

Die Geschäftsführung. H. Lange.

Lehrlingswesen.

K. II. Die Jugendorganisation des Lithographenverbandes. Von den Verteidigern der zwei Richtungen — selbständige oder angegliederte Jugendorganisationen — ist das öftere als Beweis der Mächtigkeit der Meinungen auf die bestehende Jugendabteilung des Verbandes der

Lithographen, Steinbrucker und verwandter Berufe eingewiesen worden. Da bis jetzt über diese Jugendabteilung verhältnismäßig wenig bekannt ist, so erscheint es wohl angebracht, darüber das Wichtigste der Allgemeinheit zu unterbreiten. Mit dem Plan der Organisation der Lehrlinge trug sich der Verband schon lange. Durch die in engem Zusammenhang mit den Unternehmern stehende gelbe Gewerkschaft die plötzlich unter struppelosem Zwang mit der Gründung einer Lehrlingsabteilung an die Oeffentlichkeit trat, wurde der Gedanke schneller zur Realisierung gebracht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruderei“, dessen allgemeine Tatsis durch den sehr bekannten Roman seines Verfassers, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Gerjel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandsträger gebauten gebraucht, als erst beabsichtigt war. Die

Büchse erhielten: Stuttgart A. 400, Ludwigsburg 200, Tübingen 100, Neu-Ulm 100, Gerau 100, Straßburg i. E. 100, Oppau i. d. Pfalz 50. Samna M. 1050.

Atona, den 29. August 1908.

Karl Reiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterstellt nie von Unfällen, Bauteufelkungen, überhaupt von allen wichtigen Vorlommessen auf den Bauten schütteln einen sozialen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Neustadt a. d. H. Montag, den 24. August, verunglückte am Neubau der Plattenfabrik Deidesheimer der Kollege Philipp Hörs, der mit Eisenhaltern beschäftigt war; er trat auf ein Schalbrett, das nicht genagelt war, stürzte 6 m tief ab und erlitt sehr schwere Verlebungen, Bruch der Wirbelsäule und innere Verletzungen. Schuhwerk war nicht vorhanden; dies wurde erst hergestellt, als das Unglück geschehen war. Die Zementarbeiten werden von der Firma Sperr aus Mannheim ausgeführt. Der Vorarbeiter Bahn, der früher auch Mitglied war, macht jetzt die Arbeit in Alsfeld; da wird geachtet von früh 5 bis abends 9 Uhr. Die Kollegen, die dort arbeiten, haben selbst mit Schulden an diesem Unglück, denn bei 14 Stunden Arbeitszeit ist es nicht möglich über Arbeitsschutzbestimmungen nachzudenken.

* **Bauteufelkung in Bottrop in Westfalen.** Ein schweres Bauteufelkung ereignete sich am 21. August kurz nach 7 Uhr abends in Bottrop. Der an der Eisenstraße liegende, in Eisenbeton ausgeführte Neubau des Brennerbeschaffers Joh. Brinckmann, der nahezu im Rohbau vollendet war, stürzte plötzlich in sich zusammen. Nur ein Teil der Brandmauer und des Treppenhauses blieben stehen. Vor den anderen am Bau beschäftigten Arbeitern, die die Ausführung der fertiggestellten Betondecken beobachteten, wurden vier unter den Trümmern begraben. Zwei erhielten schwere Verlebungen, einem davon mußte sofort ein Bein amputiert werden. Ein Arbeiter kam mit leichten Gelenkschädigungen davon. Die Bottroper Feuerwehr, die zu den Rettungsarbeiten ebenfalls herbeieilte, hat hier durch ihr Gebaren zur Genüge bewiesen, daß sie bei solchen Aktionen nicht im Stande ist mit einziger Umstift und Energie helfen zu können. Über die Ursachen des Bauteufels läßt sich ein abhängiges Urteil noch nicht fällen. Hier haben verschiedene Umstände zum Eintreten mit beigetragen. Nach den Angaben der dort beschäftigten Arbeiter ist auch hier wieder die Sucht nach Erhöhung des Profits eine mitwirkende Ursache gewesen. Dass das Unglück nicht einen größeren Umfang annahm, ist nur dem Glücksumstand zuzuschreiben, daß die Maurer, die die Kamine und den Giebel aus dem Dachstuhl herausmauerten, kurz vorher Feierabend gemacht hatten, während die Bergungshilfen überflundert machten, um die Betondecken auszuholzen. Das Unglück soll nach Aussage eines Beteiligten dadurch geschehen sein, daß bei der Ausführung der letzten Dede und des mittleren Trägerfeldes der leichtere einen Anfall bekam, so daß er die gewaltige Eigenlast der Betondecken nicht mehr tragen konnte und alles nach innen mit sich reißend, in die Tiefe ging. Die Ausführung der Deden hätte noch nicht vorgenommen werden dürfen, da sie erst 22 Wochen standen. Der Vorarbeiter der ausführenden Firma Böcker aus Münster hatte aber Anweisung erhalten, daß bis zum anderen Tage alles Holz verladen sein müsse, da es anderweitig gebracht würde. Diese Verordnung hat jedenfalls das Verhängnis herbeigeführt. Trotz der Warnung des Maurerpolicers wurde die Ausführung vorgenommen. Dabei wurde die Entfernung der Stützen mit solcher Gewalt und Unvorsichtigkeit ausgeführt, daß schon einmal am Nachmittage von den Maurern eine Erschütterung des Gebäudes wahrgenommen wurde, bis dann am Abend das Unglück hereinbrach. Der vorher stolz auftragende Bau glich jetzt einer Ruine. Der noch stehengebliebene Giebel zeigt verschieben Risse und hat Neigung zum Einsturz, so daß die Aufräumungsarbeiten mit großer Vorsicht betrieben werden müssen. Es wird verschiedentlich behauptet, daß die schlechte Beschaffenheit des Maurerwerks zu dem Einsturz mit beigetragen habe. Es liegt uns nun fern, für den Maurermeister Rathsäge eine Panne zu brechen, sondern zu betonen, daß die Maurersteine, beginn der verarbeiteten Mörtel, in bezug auf seine Bindungsfähigkeit alles zu wünschen übrig läßt. Es ist hier als Maurerstand der Baumgrund, ein etwas lehmhaltiger feiner Sand, verwendete worden. Da dieser nicht scharf genug ist, so ist an den abgebrühten Maurersteinen keine Spur Mörtel festgestellt geblieben. Trotzdem ist aber die aufgestellte Vermutung nach unserer Meinung falsch, da die tragenden Teile sämtlich in Eisenbeton ausgeführt waren.

Die Oberleitung des Baus lag in den Händen des Regierungsbaumeisters Stardi aus Münster. Es scheint hier zu Lande zur Unsite zu werden, daß Staats- und Kommunalbeamte im Nebenanteile die Überwachung und Leitung von privaten Bauausführungen übernehmen. Die Folge davon ist, daß die eine oder die andere Verpflichtung vernachlässigt werden muß und die Überwachung über die tägliche technische und sachgemäße Ausführung der Bauarbeiten nicht in der Weise geschehen kann, wie es notwendig ist. Hier ist es Aufgabe des Staates und der Gemeinden, ihren Angestellten im öffentlichen Interesse solche Nebenarbeiten zu untersagen.

Dieser Vorfall zeigt wieder zur Evidenz, daß der Erfolg von Vorrichtungen über die Ausführung von Eisenbetonbauten dringend notwendig ist. Bei der jetzt schon großen Ausdehnung und der noch viel größeren Entwicklungsfähigkeit des Betonbaus ist eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie, wie überhaupt des ganzen Bauaufsichts, fast nicht mehr hinauszuschieben. Das Unglück gibt aber ebenfalls wieder der Forderung der organisierten Arbeiterschaft recht: **„Aufstellung von Bauaufsichtsbeamten aus Arbeitervtreissen“**. Bei einer sachgemäßen und scharfen Kontrolle wäre das Unglück vermieden worden. Besonders

im Betonbau ist eine Überwachung außerordentlich notwendig, da in diesem Fach meistens ungerührte Arbeiter beschäftigt werden, die über Fachkenntnisse nicht verfügen und blindlings den ihnen gegebenen Anweisungen folgen lassen.

Wir hatten schon einmal Gelegenheit, an dieser Stelle auf die Zustände im Baugewerbe in Bottrop hinzuweisen. Eine Besserung ist bisher noch nicht eingetreten. Wir hoffen aber, daß dieses Ereignis dazu beiträgt, die Gemeinde zu veranlassen, auf diesem Gebiete mehr zu arbeiten als bisher getan wurde.

* **Aufarbeit und Bautenkontrolle.** Der Bauaufsicht in Charlottenburg hat uns unverdecktes Bundesgenossen gebaut. Ein bürgerliches Blatt schreibt:

Mag sonst die Aufarbeit nützlich oder auch notwendig sein, im Baugewerbe und besonders im Maurergewerbe ist sie von allergrößtem Schaden, nicht nur weil infolge der hoffigen Arbeit die Unfallgefahr gefestigt wird, noch viel mehr, weil die Bauausführung durch die Aufarbeit eine durch und durch unsolide wird. Ein Kaufmann, ja selbst jemand, der nur oberflächliche Kenntnisse vom Bauingenieur hat, wird sofort erkennen, ob eine Mauer von Aufbauautoren oder von solchen, die in Zeitlohn arbeiten, ausgeführt wurde.

Ein Bauherr, der ein Haus selbst längere Zeit besitzt will, wird den Bau kaum durch Aufbauautoren aufführen lassen; durch dieselben werden meist solche Häuser hergestellt, die von Bauplanulanten errichtet, gleich nach Fertigstellung weiterverkauft werden sollen. Weitwegen glaubt das Manöver auch, und der neue Besitzer hat dann ein Haus, an dem schon in den nächsten Jahren infolge der unsoliden Bauart die kostspieligen Reparaturen vorgesehen sind. Ebenso wird bei solchen Spekulationshäusern fast immer das schlechteste zur Verfügung stehende Material benötigt; die Bausteine haben nur eine geringe Tragfähigkeit und Festigkeit, der Mörtel ist so minderbefähigt, wie er überhaupt noch verwendbar ist, und das Holz an den Türen zeigt bald Risse und Sprünge. Nun muß der Besitzer das Haus, mit dem er so „hineingelegt“ worden ist, wieder zu veräußern suchen, und dadurch entsteht alles das Unjubiläum, was dem Bauabsatz und dem Häuserhandel in den Großstädten zum Zeichen gegeben ist. Die bisherige Kontrolle auf den Bauten muß als zu geringfügig angesehen werden; diese Kontrolle befürchtet sich bisher in der Haupthandelskraft, da der Bau so hergestellt wird, wie er nach der Bezeichnung bezeichnet sein muß; irgend eine kleine Abweichung in den Maßen und gegenüber der gezeichneten Vorlage wird gewiß bestanden, dagegen kommt eine Prüfung des Baumaterials kaum in Betracht, und auch den Schubvorschriften wird nicht die genügende Aufmerksamkeit zugeschenkt. Hier muß unter allen Umständen eine Änderung eintreten; besonders hätte sich die behördliche Kontrolle schon während des Baues auf die Qualität des Baumaterials zu erstrecken.

Das sind sehr verständige und ehrliche Worte, so daß man sich nur wundern muß, sie in einem bürgerlichen Blatt zu finden, um so mehr, da sie in der Scharfmache, Poststufen. Dass aber sogar solche Kreise anfangen, die Schäden des heutigen Bauwesens, und besonders der Aufarbeit, einzusehen, das ist für deren Verteidiger und Verteidner ein schlimmes Zeichen.

* **Frauenarbeit auf Bauten.** Über die Beschäftigung von Arbeiterninnen bei Bauten ordnete das bayerische Staatsministerium des Innern an, daß Arbeiterninnen mit Tragen von schweren Lasten, wie Mörtel, Cement, Steinen usw., und überhaupt von Baugerüsten nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung trat im Frühjahr 1909 in Kraft. Wenn sich nun das sächsische Ministerium ebenfalls dazu entschließe, dann wäre die Frauenarbeit so gernlich vom Bau verschwunden. Man sollte allerdings soweit gehen, die Frauenarbeit am Bau schlechtweg zu verbieten. Immerhin ist es ein Fortschritt, daß man sie zunächst von den Gerüsten verbannt.

* **Über den Bauherrnwindel in Berlin** macht der Deutsche Oekonomist beachtliche Mitteilungen. So ist es z. B. einem einzigen Bauunternehmer gelungen, für nicht weniger als elf Grundstücke von dreißig Siedle Beleihungen zu erhalten, die in die Millionen gehen. Der Bauunternehmer selbst hatte dabei nicht die geringsten eigenen Mittel, um auch nur für einen einzigen Bau die über die Beleihungsgrenze hinaus erforderlichen Baugelder vorzubringen zu können. Aber die Kreditinstitute geben immer neues Geld für neue Bauten, so daß der Unternehmer zunächst solvent blieb, aber allmählich in eine ganz unhaltbare finanzielle Position geraten mußte, so sehr auch die Bauhandwerker bei der Lieferung von Arbeiten gedrückt wurden. Zum Schlusse erfolgte dann schließlich doch der Zusammenbruch und der Bauunternehmer geht jetzt mit elf Grundstücken in die Zwangsversteigerung.

Nach sachfundigem Urteil sollen fast sämtliche in den letzten Jahren im Berliner Westen errichteten großen Häuser in der zweiten und unsolide hergestellt sein.

Diese neuen Häuser – von außen und innen sommige aussehend – werden schon nach wenigen Jahren so sehr lohnende Reparaturen erfordern, daß Besitzer, die nicht sehr kapitalträchtig sind, daran zu grunde gehen. Selbst die Gläubiger der ersten Hypotheken laufen bei den neuen Berliner Schwindelbauten Gefahr, mit der Zeit Verluste zu erleben.

Es ist wirklich die höchste Zeit, daß eine bessere Baupolizei dem Bauherrnwindel steuert, daß die Gesetzgebung ihm energisch zu Leibe geht. Nicht um der Kapitalisten willen, sondern zu Gunsten der ehrlichen Arbeit und des Ansehens des Baugewerbes.

Aus anderen Berufen.

* **Bodenlose Leichtfertigkeit.** Unter diesem Titel schreibt der „Tiefarbeiter“:

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 4. Berliner Reichstagswahlkreis, die am 18. August d. J. bei Keller in der Koppenstraße in Berlin stattfand, hat gelegentlich einer Debatte über die Maifeier des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten für den 12. Berliner Landtagswahlkreis, den Genosse Adolf

Hoffmann, so ehrverlebende Angriffe gegen die Gewerkschaftsbeamten im allgemeinen gerichtet, daß wir, die wir, die wir gewiß nicht als sonderlich empfindlich gelten und stets dem Grundsatz gehuldigt haben, gegenüber so manchen Angriffen auf die Gewerkschaften ein Auge zudrücken, um nur möglichst jeden Streit zu vermeiden, in diesem Falle unmöglich schweigen können. In jener Versammlung hat Genosse Hoffmann zum Abschluß gebracht, daß die Gewerkschaftsbeamten diejenigen seien, welche in der Maifeierfrage am meisten bremsen. Dies sei natürlich, denn sie seien zu besorgt um die aufgeweckten Millionen und haben offenbar Angst, wenn durch die Maifeier die Kassen gesprengt werden, sie keinen Gehalt mehr beziehen können.

Es ist nicht das erste Mal, daß man den Genossen, welche die außerordentlich verantwortliche Aufgabe haben, in den schweren Kämpfen, welche die Arbeiterschaft gegenwärtig Mann für Mann gegen das organisierte Kapital auszufechten hat, die Leitung übernehmen zu müssen – eine Aufgabe, die jedenfalls in vielen Fällen weit verantwortungsvoller ist, als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter zu sein –, welche an die niedrigsten Instanzen appellierenden Motive unterdrückt, wenn sie in geheimer Pflichterfüllung als Gewerkschaftsleiter bei manchen Gelegenheiten, und so auch bei der Maifeier, in ruhiger Bürdigung der vorhandenen Kräfte die Grenze des Menschens jagen, um die Arbeiter vorzugleben, aber schweren wirtschaftlichen Nachteilen zu bewahren. Solden an die niedrigsten Instanzen appellierenden Vorwürfe waren zwar bisher schon sehr bitter, aber da sie meist Personen zugeteilt werden, welche die Tragweite ihrer Worte, infolge ihrer Unkenntnis der Dinge, nicht ermessen konnten, so mußte eben diese Unrechtfertigung, wie so manches andere, mit diesen mildrindigen Umstänben hinabgesetzt werden.

In dem vorliegenden Falle aber fallen diese mildrindigen Umstände weg. Denn der Genosse Adolf Hoffmann würde sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, wenn man etwa sagen wollte, er sei sich infolge seiner Unkenntnis der Dinge die Tragweite seiner Worte nicht bewußt gewesen. Und wenn demnach dieser Mildebergungsgrund in Bezug kommt, so bleibt nichts übrig wie eine bodenlose Leichtfertigkeit, gegen die wir auf das allerentschiedenste Verbahrung einlegen. Der Genosse Adolf Hoffmann hat auch nicht einen Schein vom Recht, die Täufende von Parteidienst, die in der Gewerkschaftsbewegung und gegenüber der sozialdemokratischen Vorlage wird gewiß bestanden, dagegen kommt eine Prüfung des Baumaterials kaum in Betracht, und auch den Schubvorschriften wird nicht die genügende Aufmerksamkeit zugeschenkt. Hier muß unter allen Umständen eine Änderung eintreten; besonders hätte sich die behördliche Kontrolle schon während des Baues auf die Qualität des Baumaterials zu erstrecken.

Wir haben bis jetzt jederzeit das ehrliche Bestreben gezeigt, auch in der Maifeierfrage das möglichste zu tun, um ihr ihren demonstrativen Charakter zu erhalten. Wenn das nicht in dem von uns gewünschten Umfang möglich war, so lag das nicht daran, weil wir aus Angst um unser Gehalt, etwa bremsen, sondern es lag an den realen Machtschaffnissen, welche in den letzten 15 Jahren durch die Zustützung des Klassenkampfes, vorübergehend wenigstens, eine Verschärfung erfahren haben, welche die Aktionen der Arbeiter schwieriger und bedeutend opferreicher gestaltet. Das sollte aber ein Mann wie der Genosse Hoffmann, der sich rühmt, in Paris dabei gewesen zu sein, als man den Maifeier beschlußt, wissen. Er sollte es wissen. Er sollte eine leitende Stellung in der Arbeiterbewegung einnehmen und mit dieser leitenden Stellung auch die Pflicht übernommen hat, die Massen über die Hindernisse der proletarischen Bewegung aufzuklären, anstatt sie durch grundlose Beschuldigungen der Gewerkschaftsführer über solche Hindernisse hinwegzutäuschen. Von einem Manne in der Stellung des Genossen Adolf Hoffmann kann man wohl erwarten, daß er nicht durch solche leichtfertige Anschildungen die Schwierigkeiten vermeiden hilft, welche die Arbeiterbewegung am Bauwiderkommen hindern. Deshalb hängen wir seine Anschildungen hiermit niedriger.“

Wir können die ausgeregte Sprache des „Tiefarbeiter“ verstehen, denn der Vorwurf, die Gewerkschaftsführer seien darum keine Freunde der Arbeiterschaft am 1. Mai, weil sie für ihren Gehalt sorgen, ist parlamentarisch überhaupt nicht zu kennzeichnen; aber da der Vorwurf aus dem Munde des Genossen Adolf Hoffmann kommt, so hätte man ruhig darüber hinweggehen können.

* **Das Verzeichnis der Tarifverträge im Buchdruckergewerbe** zeigt wiederum ein erfreuliches Nachblühen des Geltungsbereiches des Tarifs. Von 1. Mai 1907 bis 30. April 1908 wurden 324 Firmen mit 1845 Gehälften wegen Erlöschen der Firma und 41 Firmen mit 202 Gehälften wegen Tarifbrüds getrichtet. Dagegen wurden 898 Firmen mit 3535 Gehälften neu aufgenommen, so daß sich ein Zuwachs von 357 Firmen und 2658 Gehälften ergibt. Über die Fortschritte, die die Tarifgewerkschaft seit 1897 gemacht hat, unterrichtet folgende Tabelle:

1897...	1631	tarif.	Firmen u.	18340	Geh.	an	469	Orten
1898...	2030	"	"	22468	"	"	647	"
1899...	2704	"	"	27449	"	"	880	"
1900...	3115	"	"	30630	"	"	1002	"
1901...	3372	"	"	34307	"	"	1030	"
1902...	3464	"	"	36527	"	"	1043	"
1903...	4250	"	"	39464	"	"	1815	"
1904...	4569	"	"	41483	"	"	1882	"
1905...	5184	"	"	45868	"	"	1552	"
1906...	5583	"	"	49497	"	"	1659	"
1907...	6254	"	"	54553	"	"	1808	"
1908...	6611	"	"	57211	"	"	1942	"

* **Die Tarifverträge in Österreich.** Unter diesem Titel gibt die österreichische Gewerkschaftskommission eine Übersicht über die Entwicklung der Kollektivvereinbarungen in der österreichischen Industrie gegeben wird. Bis zum Jahre 1904 waren nach Dr. Deutsch, dem bei seinen Untersuchungen das ganze einschlägige Material der Gewerkschaften zur Verfügung gestanden hat, nur erst geringe Anfänge von Tarifverträgen vorhanden, insgesamt nur 37 mit 24 656 Arbeitern. Die folgenden Jahre zeigen ein rasches Aufsteigen:

1904	75 Tarifverträge mit	76441 Arbeitern
1905	242	87602
1906	517	91784
1907	727	28864

auszummen werden (mit denen vor 1904) 1598 Tarifverträge mit 589 347 Arbeitern gehäuft.

Was die Beibauer der Tarifverträge anlangt, so zeigt sich, daß die Zahl der Verträge mit kürzerer Dauer ständig steigt. Auf weniger als drei Jahre entfielen vor 1904 25 p. 1904 68,1 p. 1905 71,2 p. 1906 68,7 p. 1907 80 p. aller abgeschlossenen Verträge; am häufigsten sind Verträge mit zweijähriger Dauer. Eine besonders große Zahl dieser Verträge, nämlich 347, läuft im Jahre 1909 ab. Das Jahr 1909 wird also voraussichtlich für die österreichischen Arbeiter ein Kampfjahr werden.

Aus den Tarifverträgen läßt sich auch der Stand der Löhne ersehen. Unter allen 1689 Minimallohnjahren waren 765 bis zu Art. 3 pro Tag, 894 mit mehr als Art. 3. Am häufigsten kam das Lohnminimum von Art. 3,50 bis Art. 4 vor. Uebrigens macht sich ein steiles, wenn auch langsam Steigen der Löhne bemerkbar. In gleich günstiger Weise wirken die Tarifverträge auf die Arbeitszeit. Es zeigt sich, daß sich die neuneinhalbstündige Arbeitszeit immer mehr durchsetzt. So war in den Jahren 1906 und 1907 die Arbeitszeit von 8 und weniger Stunden für 89 295, 9½ Stunden für 98 612, 10 Stunden für 121 907, und mehr als 10 Stunden für 38 577 Arbeiter vereinbart. Daneben sieht sich aber immer mehr die längere Arbeitszeit an den Sonnabenden durch; sie wurde im Jahre 1907 bereits in 34 p. aller Tarifverträge vereinbart. Insgesamt wurden in 883 Tarifverträgen mit 335 622 Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit vereinbart. Von großer Wichtigkeit ist ferner, daß in 64 p. aller Tarifverträge die Organisation und die Vertrauensmänner derselben ausdrücklich anerkannt werden. Die Arbeitsruhe vom 1. Mai wurde in den letzten zwei Jahren in 57 p. bzw. 62 p. aller Verträge zugesichert.

Mit Recht bemerkt Deutsch hierzu:

"Vor solchen Erfolgen verließ das Gerede von der fruchtlosigkeit gewerkschaftlicher Kämpfe sowohl als auch von eindringlicher Kaiserjagd. Über die Tarifverträge schaffen den Kläffentanz nicht aus der Welt, sie sind die Sollueme des Friedens, sondern sie sind der Erfolg des Kampfes."

Über die Tarifverträge im österreichischen Maurer-gewerbe demnächst mehr.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. Herzliche Sachverständige

bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung.

Im Verhandlungsaal eines medlenburgischen Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung äußerte fürstlich ein Arzt, der vom Gericht zur Abgabe eines Gutachtens in einer Unfallrentenfrage hinzugezogen worden war, seinen Unwillen darüber, daß das Schiedsgericht in einem anderen Falle entgegen seinem (des Arztes) Gutachten die Berufung des Unfallberichts vorbringe. Mit aller Deutlichkeit gab er zu verstehen, daß sein Gutachten von dem Gericht hätte für die Entscheidung grundsätzlich gemacht werden müssen; dafür sei er eben Sachverständiger.

Dieser Arzt hat nur ausgeprochen, was die Arzte, die vor den Schiedsgerichten als Sachverständige gehörten, werden, ganz allgemein sich vorstellen, nämlich, daß sie dazu berufen sind, dem Gerichte die Entscheidung in die Hände zu diktieren; das Gericht hat nur medianisch das Gutachten des Arztes als die Entscheidung des Gerichts an den Rentenbeirat weiterzugeben — so dachten sie.

Zu solcher Vorstellung können allerdings die Herren Arzte kommen. Denn jenes Urteil, das sich über das ärztliche Gutachten hinweggesetzt und damit den Sinn des Sachverständigen erregt hatte, bildet — leider — bei der Rechtsprechung der Schiedsgerichte eine ziemlich seltene Ausnahme. In der Regel bedeutet vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung das Gutachten des Arztes das Urteil des Gerichts.

Beide, Gericht und Arzte, verlennen nur zu oft, was

die Aufgabe der ärztlichen Sachverständigen ist — sein soll: dem Gerichte an der Hand des objektiven Befundes zu zeigen, worin Krankheit oder Gebrechen der Rentenbeirater, soweit sie für den Röntgenologen nicht erkennbar sind, bestehen, wie sie sich äußern und eventuell auf die Gebräuchsfähigkeit der zum Erwerb notwendigen körperlichen oder geistigen Kräfte einwirken. Nicht soll es Aufgabe der Arzte sein, darüber zu befinden, ob und in welcher Höhe eine Rente zu bewilligen, ob sie an Alters oder zu entziehen ist. Das zu entscheiden ist Sache der präzisen Sachverständigen, die in dem Gericht ihren Sitz haben — sollen.

Solches hat auch in unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht ein Rundschreiben des Reichsversicherungs-amtes aus dem Jahre 1901. In jenem Rundschreiben (abgedruckt, "Amtl. Nachr.", 1902, S. 178) heißt es:

"Es ist wiederholt, namentlich auch im Reichstage, zur Sprache gebracht worden, daß den über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbeirats abgegebenen Neuerungen der ärztlichen Sachverständigen bei der Entscheidung der Feststellungsorgane in Unfall- und Invalidenangelegenheiten mitunter ein zu weitgehender Einfluß ein geräumt werde.

Das Reichsversicherungsamt nimmt deshalb auf Anregung des Herrn Staatssekretärs des Innern Veran-laufung, darauf hinzuweisen, daß die Aufgabe der ärztlichen Begutachtung im allgemeinen in der Feststellung der physiologischen Folgen des Unfalls oder der reale Invalidität begründenden Gebrechen ihre Begrenzung findet, dagegen die sonstigen ärztlichen Neuerungen, insbesondere darüber, welchen Einfluß der Beurteilung auf die Erwerbsfähig-keit des Rentenbeirats ausübt, den in ihrer Entschei-dung selbständigen Feststellungsinstanzen... Keineswegs bindende Unterlagen für die Urteilsfindung bieten.

Hat im einzelnen Fälle der in der Sache gehörte ärztliche Sachverständige auf Erwischen aus freien Stücken auch eine Neuerung über den Grad der Erwerbs-unfähigkeit eines Rentenbeirats abgegeben, so darf niemals außer acht gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbslosigkeit an sich

keine rein medizinische, und daß ihre Beantwortung nicht ausschließlich in erster Linie Sache des Arztes ist, sondern in der Hauptrichtung eine der vornehmsten Aufgaben der mit der Renten- seitsfeststellung betrauten Instanzen bildet."

Und in einer Revisionseinscheidung vom 5. März 1906 sagt das Reichs-Versicherungsamt (abgedruckt: "Amtl. Nachr.", 1906, S. 688):

"Dem einmal ist die Hauptaufgabe der Arztes, für persönliche Zustände zu ermitteln, nicht aber, derer Einfluss auf die Erwerbs-fähigkeit abzuschätzen; diese Abschätzung ist viel mehr an Lester und entscheidende Stelle Sache des Gerichts."

Das ist klar und bündig. Die Herren Arzte werden hier in die Schranken gewiesen, die ihnen naturgemäß gezogen sind. Beider werden sie durch das bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung meist bestehende System, bei jeder Versicherungsstufe einen Arzt als Sachverständigen zu ziehen, nur so sehr animiert, diese Schranken zu übersteigen. So berichtet erst läufig die Mehl. Polizei, über eine Verhandlung des Schiedsgerichts für Arbeiter-versicherung in Rostock folgendes:

In dem Verfahren handelte es sich um einen Unfall-verleiter, der den Verlust des größten Teils eines Daumens aufgeladen hatte. Anstatt daß das Gericht selbst den Zustand der vertrüppelten Hand beobachtete und danach nach eigenem Sachverständigen erschien, ließ es sich von einem ärztlichen Sachverständigen die Frage prüfen, ob die von den Verbrauchsgerichten beobachtete Entziehung der Rente gerechtfertigt erscheine, ließ es sich von einem ärztlichen Sachverständigen zu jener Frage ein Gutachten erstatten. Der Arzt sprach für Entziehung der Rente und das Gericht erstand demgemäß.

Und ein anderes Mal machte der ärztliche Sachverständige demselben Gericht weitaus läufige Ausführungen über die Frage, ob in der zur Beurteilung stehenden Renten- sache es überhaupt einen "Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes" handle — eine Frage, deren Beantwortung den ärztlichen Sachverständigen zweifellos ganz und gar nichts angeht.

So versuchten jedoch die ärztlichen Gutachter, den Verhandlungsaal der Schiedsgerichte zu beherrschten.

Auf wie wadigem Fuß aber mitunter gerade die ärztlichen Sachverständigenräte stehen, und wie sehr die Arzte oftmals nicht nur bei Beurteilung des Grades der Erwerbsbehinderung, sondern auch bei Feststellung des objektiven Befundes auseinander gehen, dafür ein Beispiel aus jüngster Zeit:

Vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Neustrelitz wurde verhandelt in der Zwischenentschädigung einer älteren Frau. Es erkennen die Arzte dahin:

Dr. med. Stein: Obermedizinalrat
Die Frau ist nicht invalide. Dr. Roggenbau:

Die Hände zeigen starke Dr. Fran: Die Frau ist invalide. Die Hände haben keine Arbeitsschwierigkeiten.

In der Unfallrentenfrage eines Bimmerers begutachten die beiden Arzte:

Obermedizinalrat Dr. Stein:

Die rechte Hand ist nicht Dr. Fran:

Das rechte Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

Das linke Bein ist nicht Dr. Stein:

Das linke Bein ist nicht Dr. Fran:

unorganisierter Arbeiter handelt, sondern lediglich darum, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Vertrag zu erzielen, daß Dorn gar nicht bei dem Unternehmer Geist beschäftigt, noch an der Spurte beteiligt war, und daß das herzlose Gefüll im Wirtschaftsraum gar nicht im Zusammenhang mit dem Streit gelegen sei. Nach dem eindrücklichen Aus sagen der Beugen, Braun und Geist wurde der Angeklagte um Freispruch des Angeklagten.

Der Staatsanwalt erklärte, es sei ihm gleich, ob das Gericht wegen Rötigungsvertrags oder wegen Vergleichs gegen § 153 der C. O. verurteile. Dorn habe sich recht vorrangig am Streit beteiligt und die Strafe von 4 Wochen bei jedensorts bereitgestellt. Der Angeklagte widerlegte jedoch die Ausführungen des Staatsanwalts. Das Landgericht Zürich hob das Urteil des Schöffengerichts. Erlangen wegen Vergleichs gegen § 153 der C. O. auf, verurteilte aber Dorn wegen Rötigungsvertrags zu 4 Wochen Gefängnis.

Angeklagtes solls unbedingt Urteil wundern machen, wenn die Arbeiter zur Rettungspflege kein Vertrauen haben. Für Gulenburg wird auf seines Weise behandelt und gesucht, Studenten und Unternehmer erhalten wegen der größten Ungehörigkeit einige Markt Geldstrafe, aber einen Arbeiter schickt man wegen einer lächerlichen Leutezung im Wirtschaftsraum 4 Wochen ins Gefängnis. Er hat sich eben recht vorrangig am Streit beteiligt.

* Wie "loyal" das neue Vereinigungsgesetz gehandhabt wird, zeigen folgende zwei Vorfälle: Der Sozialdemokratische Wahlverein zu Magdeburg wollte eine außerordentliche Generalversammlung abhalten, zu der die Teilnehmer nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches zu gelassen würden. Raum hatte der Vorsteher die Versammlung auszufüllen und der verantwortliche Beamte schickte eine Polizeiabteilung und den Schriftsteller Göring, der die Polizei kommissar mit einem Schuhmann den Saal und erklärte, daß er zur Überwachung der Versammlung erschienen sei. Der Aufforderung, die Versammlung zu verlassen, gaben die Beamten keine Folge. Die Versammlung wurde daraufhin verboten und es begab sich sofort eine Deputation zum Polizeipräsidium, um diesen zu erfragen, die ungeheure Überwachung zurückzuziehen. Der Herr Präfekt, dem einmal gefragt wurde, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handle, bei der die polizeiliche Überwachung nicht zulässig sei, erklärte ganz saltatisch, er wisse, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handle. Auf den Hinweis, daß das Schöffengericht in Breslau in demselben Falle entschieden habe, gab der Herr Graf die Erklärung ab, die Tatsache sei ihm bekannt, trotzdem bleibe es bei seiner Entscheidung. Die Verhandlung der bürgerlichen Abgeordneten wurde abgebrochen. Am Sonntag, den 16. August, hat in Obersiegen, und zwar in Neudorf, im Kreise Katowic, die erste Versammlung unter freiem Himmel stattgefunden. Der Eigentümer einer Wiese vermietete diese zur Ablösung der Versammlung auf drei Stunden. Von der bekannten Seite her wurde er aber bestimmt, seinen Vertrag zu brechen; es wurde ihm ein Brief folgenden Inhalts zum Unterschreiben vorgelegt: "Mit Rücksicht darauf, daß ich dem mir vorgelegten Vertrag mit Ihnen nicht abgeschlossen habe, gestatte ich unter keinen Umständen, daß die Arzte glauben, ausgeschlaggebende Stellung bei den Schiedsgerichten einzunehmen zu müssen." Sache der Arbeiter selbst und ihrer Vertreter aber ist es auch, gegebenenfalls die Stellungnahme des oberen Instanzes, des Reichsversicherungsamtes, zur Bedeutung ärztlicher Gutachten bei den Schiedsgerichten zu verwenden. Vielleicht kommt es als dann auch die Weise bei den Schiedsgerichten einnehmen zu müssen.

Sache der Arbeiter selbst und ihrer Vertreter aber ist es auch, gegebenenfalls die Stellungnahme des oberen Instanzes, des Reichsversicherungsamtes, zur Bedeutung ärztlicher Gutachten bei den Schiedsgerichten zu verwenden.

Vielleicht kommt es als dann auch die Weise bei den Schiedsgerichten einnehmen zu müssen.

Wiederholt wird, daß es sich um eine "soziale Gewalt" handelt.

* Wiederholt wird, daß es sich um eine "soziale Gewalt" handelt.

Unter diesem Titel schreibt die "Metallarbeiter-Zeitung": Leute, die selbst nichts arbeiten, ist es stets ein Streit gewesen, daß ihnen in diesem Punkte Konkurrenz gemacht wird. Deshalb werden manche von ihnen den sogenannten "Philantropen", die dann eifrig bemüht sind, das Proletariat der Arbeit ja zu erhalten. "Philanthropie ist aller Laster Anfang" predigt man deshalb den zur Arbeit gehörten Metallarbeiter, wirkt sie überdrüssig auf die Landstraße, in der eben der Maurer Friedrich Braun sein Metzgerbecken, befehlend in gerüchtem und frischen Fleisch, verarbeitet. Er betrachtet Braun als alten Bekannten mit den Worten: "Gott Gott, Gott! — Gott Gott, Gott, Gott!" erwiderte Braun. Schmeid Dir Dein Fleisch! — sagte der "Metallarbeiter-Zeitung" — oder gar der "Wandertelle" zur Aufgabe gemacht haben. Man gründet auch sogenannte "Wanderveranstaltungen"! Diese "neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungsstationen — steht mit großen Buchstaben an dem Hauptgebäude dieser Einrichtung zu lesen. Im Hofe der Einrichtung leben wie eine Anzahl Männer mit Holzpaletten befestigt. Das Bild trägt unten folgende Inschrift: "Eine neue soziale Einrichtung" führt nur der belärmte Schriftsteller Hans Ostwald in der "Berliner Illustrirten Zeitung" Nr. 24. Ein "wohlgelehrtes Bild" veranschaulicht uns die armen Wanderer bei der Arbeit. "Wanderveranstaltungen" — Naturverpflegungs

zettel und befamen höchstens hier und da keine Orts- oder Kunngsgedächte.“

Die eigentlichen Männer, die Gründer solcher Anstalten werden aber anderer Meinung sein. Für sie sind nicht die sozialen Ursachen maßgebend, sondern der „Gang zur Faulheit“, der energisch bekämpft werden müsse. Diese „wohl-tätigen“ Herren werden auch sicher nachstehende Ausführungen Ostwalds nicht unterschreiben:

„Viele der heutigen Wanderer sind nun allerdings Mitglieder der Gewerkschaften und besitzen eine ganz aufschnelle Unterstützung. Sie gehören zur Aristokratie der Landarbeiter.“

Wer die Gewerkschaften als „Herrvereine“, vor hinter jedem Streit die „Hydra der Revolution“ wittert und nach der Polizei so schreit, kann unmöglich die Gewerkschaftsmitglieder als die „Aristokratie des Landarbeiterstandes“ ansieben. Und doch sind sie es! Stolz geht ein Gewerkschaftsmitglied an diesen Männeranstalten vorbei, er hat sich auf Grund seiner Mitgliedschaft zur Gewerkschaft Rechte erworben, er hält Reiseunterstützung, die ihn vor Not und Elend bewahrt und pfeift auf diese öffentliche „Mildtätigkeit“! Er wird deshalb auch mit Interesse die nachstehenden Ausführungen Ostwalds über das System dieser Wanderarbeitsstätten lesen:

„Eine besonders große Masse von Wanderarmen aber hat gar keine festen Belege. Sie soll nur durch das neue kreisliche Wanderarbeitsstättengesetz gefördert werden. Nach allerlei Versuchen wurden in Entfernung von Tagesmärchen Verpflegungsstationen angelegt, in denen die Wanderer Nachlager und auch etwas Essen erhalten. Weil diese Einrichtung aber nur von einzelnen Kreisen erhalten wurde, ging sie fast ganz ein. Nur in einzelnen Gegenden erhielt sich ein System, das aus den Verpflegungsstationen hervorging und sich schließlich zu den Wanderalbeitsstätten heraufzobildete. Am meisten entwidete es sich in Westfalen. Im Anschluß an die vielen Bodenschwingschen Anstalten hat man dort ein System eingeführt, das für die neuen Wanderalbeitsstätten vorbildlich wirken soll. Eine Reihe von kleineren Stationen ist über das Land zerstreut. Wer nun beim Wandern mittellos wird, kann zur nächsten Wanderalbeitsstätte gehen und erhält dort für eine mehrstündige Arbeitsleistung Nachlager und Essen. Und zwar die Verpflegung wesentlich ausgiebiger sein als in den früheren Stationen, wo die Wanderer oft nur Abendsuppe oder Morgenimbiss bekamen und manchmal in irgendeiner Stadt schlafen mußten. Auch sollen größere Städte, in denen keine Arbeitsgelegenheiten vorhanden sind, und wo die Wanderer keine Aussicht haben, irgend eine Stellung zu bekommen, mit der Eisenbahn besäßen werden.“

Man will auch jetzt größere solche Arbeitsstätten errichten, in denen die Wanderer auch „mehrere Tage auf ein Arbeitsangebot warten können“. In Görslitz und Dresdner habe man damit begonnen. Es werden wohl nicht die besten Unternehmer sein, die, zumal in niedergeliegender Konkurrenz, ihre Arbeitskräfte aus diesen Wanderalbeitsstätten beziehen. Viele dieser armen Wanderer werden deshalb lange auf Arbeit warten müssen. Ostwald bemerkt hierzu zum Schluß:

„Dort zerleinern die Wanderer Holz, fahren es aus und haben ein geräumiges Familienzimmer und gute Schlafstellen. Sie sind jedenfalls vor dem schlimmsten Unheil der Butterung und den grausamen Erfüllungen der Bettelrei geschützt — und fallen nicht mehr wegen Arbeitsstörung dem Korrektionshaus anheim. Allerdings ist es immerhin hart, daß der Wanderer, dessen Mittel gerade erschöpft sind, weil er seine ihm passende Arbeit gefunden hat, mit Polizeigewalt in eine solche Wanderalbeitsstätte gebracht werden kann, während sein Kollege, der noch einige Großherren hat oder einer Gewerkschaft angehört, frei davon wandern darf.“

Ja, man hat ja das preußische Wanderalbeitsstättengesetz so gefoßt und die Lobeckner finden es ganz in Ordnung, wenn die Armuten mit Polizeigewalt in diese Wanderalbeitsstätten gebracht werden. Das „traute Heim“, in das sie von Soldsoldaten transportiert werden! Stolz zieht da das Gewerkschaftsmitglied von dannen. Es kann „frei davon wandern“, auf der „Arbeitsstätte“ vorbei, weil es ja noch „einige Groschen“ in der Tasche hat, sich auf die Hilfe seiner Organisation verlassen darf.

Eingegangene Schriften.

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 48. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Die Bildungsstimmung in Bremen. Von Gustav Lehmann (Wannheim). — Das Proletariat und die russische Revolution. Von R. Trotski. — Der Parteitagtag und die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Von Alexander Lee. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postorte zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu bestehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?“ Ein praktischer Ratgeber von Eduard Graf, Arbeitsschreiter zu Frankfurt a. M. Verlag von Dennis Schmidt, Frankfurt a. M., Schnurgasse 36. Preis 10 Pf., bei Abnahme von 100 oder mehr 8 Pf. das Stück.

„Marx als Denker“ von Dr. Max Adler-Wien. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Aus dem Inhalt erzählen wir folgende Kapitelüberschriften: Der Wahrheitsgehalt der Hegelschen Philosophie — Marx und Hegel. — Die soziale Eigengeschichte. — Wissenschaftlicher und utopischer Sozialismus. — Die materialistische Geschichtsauffassung und ökonomische Kritik. — Wissenschaft und Politik. In einem Anhang beschäftigt sich der Verfasser mit dem Thema: Marx und die Dialektik. Preis M. 1,20. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Garantien der Harmonie und Freiheit“ von Wilhelm Weißling. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehrling. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin-SW 68.

In wenigen Monaten vollendet sich ein Jahrhundert seit der Geburt Wilhelm Weißlings, der dem ersten Jahrzehnt der deutschen Arbeiterbewegung das geistige Gepräge gegeben hat. „Mit diesen Worten führt der Herausgeber die bedeutende Arbeit Wilhelm Weißlings ein. Es ist eine sozialistische Utopie, wie viele andere vorher bereits erschienen waren. Trotzdem erreichte sie bei ihrem Erscheinen einen mächtigen Einfluß. Weißling war der erste, der sich an die Arbeiter wandte. Er war die Schwäne niemals, die sein Vorgänger an der Arbeiterklasse trennten. Preis des gut ausgestatteten Werkes kostet M. 2,50, gebunden M. 3. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Vom „Wahren Jacob“ ist die 18. Nummer des 25. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalte erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Fall Schüttung“ und „Die Finanzwirtschaft im Reich“. Der typische Teil der Nummer bringt außer zahlreichen kleinen Beiträgen noch das satirische Feuilleton „Familienzug“ derer von Ehrenberg“ und die Novelle „Der Aufseß“ von Edmund Hilscher. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

„Süddeutscher Postillon“ Nr. 10 bringt zur Centenarsfeier der Einführung der Steinischen Städteordnung die Hauptung des Südländer Bürgermeisters, ein farbiges Vollbild: Strafanzeige Banus, ein Bild Diabolos: Versicherung a. G. und ein durchdringendes Schlussbild: Die gute alte Zeit da unten. — Aktuell ist auch der Text dieser Nummer, die in jedem Orte Deutschlands für 10 Pf. zu haben ist.

Briefkasten.

Waldrode. Wir können nicht mehr feststellen, ob es wirklich so in der Anzeige stand, jedenfalls haben wir es nicht gestrichen. Um jedoch den Kollegen so weit gerecht zu werden, wie wir können, sei hier bemerkt, daß der Zweigverein Waldrode am 23. August sein fünfzigjähriges Stiftungsfest feierte.

Egerhausen, S. R. Die Sterbefälle im Krankenhaus S. R. zu Hamburg werden in die Register des Standesamtes I eingetragen. Die Ausfüllung einer Sterbeurkunde über einen solchen Fall besorgt also auch nur dieses Standesamt. Uns Adresse genügt Standesamt I in Hamburg-Halle a. d. S. Zu zahlen sind 16 Zeilen à 15 Pf. = M. 2,40 und 5 Zeilen à 20 Pf. = M. 1,50, zusammen M. 3,90.

Biere. Dazu ist der Arzt berechtigt. Walther, A. W. Da der Bericht weder Namen noch Stempel des Zweigvereins aufweist, beides aber unerlässlich ist, so müssen wir die Aufnahme ablehnen.

Bernau, Deutscher Rassentrust. Die Versammlungen haben beide am 23. August stattgefunden und die Berichte darüber erreichten uns glücklich am 1. September, eine halbe Stunde vor Redaktionsschluß!

Arnswalde. Den Bericht über die am 2. August abgehaltene Versammlung, des uns „sofort“ am 1. September bei Schluß der Redaktion zugegangen, können wir, weil berichtet, nicht mehr aufnehmen. — Schadensertrag kann nicht beansprucht werden, da der Schaden durch die Einwirkung einer höheren Gewalt, Blitzeinschlag, entstanden ist.

Neusalz. Dieser Abzug ist nicht gestattet.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bahnhofs- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alte Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt in 16 A.

Allendorf-Soden. Am 26. August starb unser Kollege Oskar Huy nach langerem Leiden im Alter von 88 Jahren.

Apolda. Am 26. August verschied unser treuer Kollege Max Blumenstock im Alter von 27 Jahren an chronischer Nierenentzündung.

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche). Am 21. August starb plötzlich unser Kollege Hermann Opitz im Alter von 36 Jahren an Gasvergiftung.

Erfurt. Am 25. August starb unser Kollege Friedrich Peix im Alter von 33 Jahren an Lungenerkrankung.

Gamle. Am 20. August starb unser Kollege Willi Niemeyer im Alter von 28 Jahren an Bauchfell- und Blinddarmentzündung.

Karlsruhe. Göttingen. Am 25. August starb unser treuer Verbandskollege Emil Ehrmann im Alter von 30 Jahren infolge eines Unfalls bei einem Gleisunfall.

König. S. o. lochau. Am 17. August starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege Franz Boettcher im 57. Lebensjahr an Magenstomat.

Mannheim. Wienheim. Am 13. August starb unser treuer Kollege Johannes Eppel IV im Alter von 29 Jahren an Darmblutungen.

Rathenow. Am 24. August starb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied August Günther im Alter von 66 Jahren an Herzschlaganfall.

Straßburg i. E. Am 24. August starb nach langer Krankheit unser Verbandskollege Alois Risch aus Brumath an der Lungenerkrankung.

Strasburg i. E. Weißtr. Am 22. August starb unser Verbandskollege Felix Kudajewsky im Alter von 32 Jahren an Tuberkulose. Er war drei Jahre Vorsteher unseres Zweigvereins.

Wilgen. Am 17. August starb unser ältester Kollege Paul Urban aus Groß-Breza im Alter von 72 Jahren an Herzschlagadererkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Die Zweigvereine der 181. Wahlperiode, die einen minderlichen Bericht vom Verbandsstage wünschen, haben sich an die Leitung des Zweigvereins Reichenbach zu wenden. Die Kosten der Verantwortung trägt der betreffende Zweigverein. Die Adresse des jetzigen Vorstandes lautet:

Michel Westenhuber. [M. 2,10]
Bad-Reichenbach, Anger 4, 1. Etage.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.
Bahnhof Luckenwalde.
Der Kassierer **Hermann Schwein** wohnt vom 1. September an Auguststraße 19. [M. 1,50]

Beleidigungsrücknahme.
(In Erfüllung eines geschlossenen Vergleiches.)

Ich nehme hiermit die beileibigen Neuverträge, die ich gegen den Vorsitzenden, Kollegen **Theodor Richly** in Katowitz, getan habe, zurück und warne vor Weiterverbreitung. **Robert Nossol**, Maurice, Katowitz. [M. 2,40]

Ad. Beermann (Verb.-Nr. 454 290), geboren in Holstein b. Hameln, wird geschaut. Kollegen, die dessen Aufenthalts kennen, werden erfußt, es dem Unterzeichneten mitzuteilen. **H. de Bour**, Zweigvereinsvorsitzender in Hameln, Sandstr. 6. [M. 1,50]

Ignatz Grutsch, geboren in Ungarn, wird erfußt, seine Adresse dem Unterzeichneten anzugeben. Kollegen, denen der Aufenthalts Grutschs bekannt ist, bitte ich um sofortige Benachrichtigung. **H. Engler**, Regensburg, Silberne Fischgasse 77, 1. Et.

Frankfurt a. d. Oder.
Sonntag, den 19. September:

Siebzehntes Stiftungsfest
bestehend in Konzert, Vorträgen, Ball und anderen Belustigungen im „Eldorado“.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. [M. 3,60]

Gotha.

Sonntag, den 12. September, abends 8 Uhr:
Elftes Stiftungsfest

in den Räumen des Volkshauses „Zum Mohren“ bestehend in Konzert, Vorträgen, Ball und anderen Belustigungen im Restaurant „Bergkeller“. Die Kollegen von nah und fern sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,80]

Werdau i. S.
Sonntag, den 13. September 1908, nachm. 4 Uhr:

Elftes Stiftungsfest
im Restaurant „Bergkeller“. Die Kollegen mit ihren Frauen sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3]

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Blauer.

Sonntag, den 6. September.
Ärnswalde, im Vereinstalat.

Bolzlg. Nachm. 4 Uhr im Vereinstalat.

Dreitzl. Nachm. 2 Uhr bei Dibbert.

Frankenhausen a. Kyffh. Nachm. 21/2 Uhr im „Barbarossa“.

Gransee. Nachm. 3 Uhr im Frankfurter Hof.

Gross-Rhüden. Nachm. 3 Uhr im Hotel des Herrn Heinr. Küller, „Gästhof zur deutschen Eiche“, Mittelstr. 12. Wichtige Tagesordnung!

Seesen. Nachm. 2 Uhr im Vereinstalat.

Zerbst. Nachm. 21/2 Uhr im Spechters Volate.

Donnerstag, den 8. September.
Liegnitz. Abends 7 Uhr. T.O.: Bericht vom außerordentlichen Verbands-

tag zu Hannover.

Schmölln. Abends 6 Uhr im „Lindenthal“. Wichtige Tagesordnung!

Sommerfeld. Abends 7 Uhr. Wichtige Tagesordnung!

Donnerstag, den 10. September.
Danzig. Abends 7 Uhr im „Bürgergarten“ in Schönb. T.O.: Bericht vom außerordentlichen Stadtverordnetenwahl-, Verschiedenes.

Glogau. Referent anwesend.

Sonntag, den 13. September.

Bamberg. Abends 11 Uhr im Gemeindesaal. T.O.: Bericht vom Verbandsvorstand sowie über die Dorfverhandlungen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Coblenz. Nachm. 11/2 Uhr im Gewerbehause. T.O.: Berichterstattung vom Verbandsablage zu Hannover, Verschiedenes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Cöln. Abends 11 Uhr Generalversammlung im Volkshaus. T.O.: Bericht vom sechsten Verbandsstag, Stellungnahme zu dem Verhalten einiger Kollegen beim Platztagstreffen, Verschiedenes.

Grafenthal. Nachm. 21/2 Uhr bei Höhlein. Referent anwesend.

Langelsheim. T.O.: Das Kartell betreffend.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Schumann. T.O.: Bericht vom Verbands-

versammlung, Abrechnung vom zweiten Quartal, Verschiedenes.

Würzburg. Beimteure. Vorm. 10 Uhr im „Hohen“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.